Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. März 1981 Nr. 14

Preis 1 DM D 21060 C

Sie wagen es nicht!

Das reaktionäre Komplott in Polen trifft auf den Widerstand der gesamten Nation / Warschauer-Pakt-Manöver unbefristet verlängert

gek. Schon am Donnerstag waren Anzeichen eines Umschwungs zu spüren. Mit rot-weißen Fahnen an allen Fabriken, Büros, öffentlichen Gebäuden demonstrierte die ganze Nation Streikbereitschaft. In größter Ruhe und Disziplin verlegte „Solidarność" ihre Leitungsogane in die großen Betriebe, in den Schutz der Arbeiter. Transparente, Plakate allenthalben gegen den Versuch eines reaktionären Komplotts.

Bis dahin schien die Initiative noch bei eben diesen reaktionären Kräften in Partei- und Staatsapparat gelegen zu haben, die – unter dem Schutz der auf polnischem Territorium stattfindenden Warschauer-Pakt-Manöver – es ganz offensichtlich auf eine Konfrontation mit der Arbeiter- und Volksbewegung angelegt hatten. Die Provokation von Bydgoszcz (Bromberg), wo führende Gewerkschafter von Sicherheitspolizei krankenhausreif geschlagen worden waren, wurde allgemein als Versuch eines Coups von rechts angesehen – eine Reaktion auf den Erfolg, den die Arbeiter in Radom 14 Tage vorher errungen haben, wo es zum ersten Mal gelang, das Prinzip der *Strafverfolgung* für die Verantwortlichen der blutigen Unterdrückungsmaßnahmen von 1970 und 1976 durchzusetzen. Von den insgesamt 30000 Partei-, Verwaltungs- und Regierungsfunktionären, die mittlerweile ihre Posten verloren haben, sind nur einige wenige bisher (wegen Korruption, Unterschlagung etc.) vor Gericht gekommen. Für den Rest hat es sich um reinen Ämterwechsel gehandelt. Ein Teil der herrschenden Klasse und ihres Beamtenkaders fühlt sich vom unaufhörlichen Fortgang der sozialen und demokratischen Bewegung in Polen nun existenziell gefährdet. Hier findet die Hegemoniemacht Sowjetunion die Kräfte, die sie braucht für ihren offen proklamierten Versuch, die Entwicklung „umzukehren".

Diese Kräfte schienen sich erstmals auch im Politbüro der Partei durchgesetzt zu haben. In einer Resolution wurde das Vorgehen der Sicherheitsorgane in Bydgoszcz gebilligt, die von „Solidarność" angekündigten Kampfmaßnahmen als „Bedrohung für die Grundlagen des sozialistischen Systems" bezeichnet, wurden die Parteimitglieder verpflichtet, „Streiks dieser Art (politischen Charakters) entgegenzuwirken und nicht daran teilzunehmen". Am selben Tag wurden die Manöver der Paktstaaten auf dem Gebiet Polens wie der UdSSR, der DDR und CSSR unbefristet verlängert – die kaum mehr reine Stabsmanöver darstellen, sondern reguläre Kriegsübungen großer *gemischter* Verbände unter russischem Kommando.

Angesichts solcher offenen Drohungen hat die Führung von „Solidarność" ihre Einheit gewahrt und mit Kühnheit und Vorsicht zugleich ihr Vorgehen festgelegt. Vorbereitungen für einen Generalstreik wurden getroffen. Zugleich wurden in 5 Punkten die dringendsten, aktuell zu lösenden Fragen konkretisiert: Bestrafung der Verantwortlichen für die Vorfälle; Zugang der Gewerkschaft zu den Medien; Einstellung *aller* politischen Verfahren; Anerkennung der „Land-Solidarität" als Bauerngewerkschaft; Annullierung einer Regierungsverordnung über die Nicht-Zahlung von Streikstunden.

Die Regierung Jaruzelski hat sich bisher weder zu den Vorgängen in Bromberg noch zu den Forderungen der Gewerkschaft festgelegt. Anfang der Woche hatte der stellv. Ministerpräsident Rakowski düster darüber orakelt, daß „weder die Führung von Solidarität noch die Regierung mehr zu entscheiden haben", daß Blutvergießen schon sicher sei. Mitte der Woche änderte sich das. Das Zentralkomitee der Partei wurde für diesen Sonntag einberufen. Die Regierung versuchte gar nicht, den 4-stündigen Streik vom Freitag abzuwenden. Fast sieht es so aus, als stützten sich die Reformkräfte in der Partei selbst auf die Massenbewegung, um dem äußeren Druck standzuhalten. Es war für die polnische Innenpolitik ein unerhörtes Ereignis, als am Mittwoch der Vorsitzende des Journalistenverbandes, Bratkowski, in einem Offenen Brief an die Mitglieder der PVAP offen einen Angriff auf die Reaktionäre führte:

„Liebe Mitgenossen, ich schreibe diesen Brief an Euch, die Mitglieder unserer Partei ... Machen wir uns keine Illusionen: Das ist die Krise der letzten Chance für diejenigen, die unsere Partei vom Weg der gesellschaftlichen Verständigung abbringen möchten, indem sie unseren Staat und die Gesellschaft in die unvermeidbare Katastrophe führen. Das sind diejenigen, die keine Verständigung wollen, selbst mit der eigenen Parteibasis, die sich vor ihr fürchten, die der Probe ehrlicher Wahlen ausweichen und mit allen Mitteln den außerordentlichen Parteitag hinausschieben ... Es sind diejenigen, die sich unsern Nachbarn als die einzige Kraft präsentieren, die in der Lage ist, die Dauerhaftigkeit unserer Bündnisse und der Gesellschaftsordnung des Staates zu garantieren. – In Wirklichkeit sind sie überhaupt keine Kraft und können niemand etwas garantieren. Man kann dieses Land nicht im Konflikt mit mehr als zehn Millionen Arbeitern regieren, im Konflikt mit Millionen Bauern, bei Unterstützung lediglich von einem Teil des Führungsapparats ... Unsere Hartköpfe vertreten kein Programm außer der Konfrontation und Desinformation. Sie versprechen uns keine Perspektive außer dem Drama. Ich beobachte ihre Tätigkeit seit Monaten und entdecke keinen Vorschlag, der über die Verteidigung der eigenen Stellungen, über den Ehrgeiz zu höheren Posten hinausgehen würde." – Indem Bratkowski feststellt, daß der Parteivorsitzende Kania und Ministerpräsident General Jaruzelski „die Billigung der Mehrheit der Nation für die Politik der gesellschaftlichen Verständigung finden könnten und können", nennt er *indirekt* die Namen derer, die er als die Häupter der reaktionären Fronde sieht: Olszowski, Grabski, Moczar u.a.

Am einhellig befolgten 4-stündigen Warnstreik vom Freitag haben sich durchweg auch die mehr als 1 Million Parteimitglieder, die zugleich in der neuen Gewerkschaft sind, beteiligt. Der Streik war eine einzige Demonstration, daß ein Putsch der Sicherheitsorgane oder ein Eingriff der Verbündeten auf den Widerstand der gesamten Nation treffen würde. Die sozialimperialistische Supermacht steht damit vor der kaum abwägbaren Entscheidung, ob sie den ruhigen Fortgang der großen Bewegung „gesellschaftlicher Selbstorganisation" (als die sie die führenden Köpfe des KOR bezeichnen und vorantreiben) oder den gewaltsamen Zusammenstoß als eine größere revolutionäre Gefahr *für sich selbst* ansehen muß.



Entschlossener noch als zuvor treten die Bauern der Regierung entgegen. Sie fordern Erlöse, die ihnen zum Leben reichen. Vor den Brüsseler Verhandlungen demonstrierten 30000 in Bonn, Zehntausende in den anderen EG-Ländern.



Entschlossener noch als zuvor treten die Bauern der Regierung entgegen. Sie fordern Erlöse, die ihnen zum Leben reichen. Vor den Brüsseler Verhandlungen demonstrierten 30000 in Bonn, Zehntausende in den anderen EG-Ländern.

Apel zum Rapport in Washington

1,28 Mrd. DM für amerikanische Eingreiftruppe zugesagt SPD-Vorstand Baden-Württemberg für Einbeziehung des Moratoriums in Verhandlungen

lup. Als rundherum erfolgreich bezeichnete Apel seinen USA-Besuch nach seiner Rückkehr nach Bonn. Der Mann braucht Trost. Vor dem Untersuchungsausschuß sieht er inzwischen reichlich alt aus. Daß die Finanzierungslücke für die Beschaffung des Tornado vor den Bundestagswahlen klar war, ist inzwischen erwiesen. Aber wahr ist wohl, daß man dafür nicht Apel allein angreifen kann. Es war ein Konzept der gesamten Bundesregierung, erst nach den Wahlen die Karten auf den Tisch zu legen und die Rechnung zu präsentieren.

Wesentlich sei, so Apel nach seiner Rückkehr, daß die USA beide Seiten des NATO-Doppelbeschlusses unterstützen, also auch das Verhandlungsangebot über Rüstungskontrolle. Diesen Verhandlungs„erfolg" benötigte Apel vor allem hinsichtlich der innerparteilichen Opposition in der SPD. Bei Anwesenheit von vier Bundesministern – Hauff, Offergeld, Bülow und Huonker – hatte der SPD-Bezirk Baden-Württemberg unter Vorsitz Epplers am vorletzten Wochenende einen Beschluß gefaßt, der, an die Adresse der USA gerichtet, die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion fordert. Das von Breschnew vorgeschlagene Moratorium könne „ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen" sein. Bundesregierung und SPD-Parteivorstand haben daraufhin umgehend ihr Festhalten an dem Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO bekräftigt. Die vier Kabinettsmitglieder entschuldigten dem Kanzler gegenüber ihr Votum damit, sie hätten Weitergehendes verhüten wollen. So bedeutsam die Entwicklung der Widersprüche in der SPD über den NATO-Beschluß ist, es kann nicht übersehen werden, daß die Opposition gegen die US-Politik durch Nachgeben gegenüber der Sowjetunion erkauft werden soll. Worauf sonst zielen die herzlichen Worte über Breschnews Moratoriumsvorschlag ab? Überhaupt ist die Forderung nach Aufnahme von Verhandlungen keineswegs geeignet, die Souveränität Westdeutschlands gegenüber den beiden Supermächten zu verteidigen, wo die Verhandlungsführer in diesem Fall gerade die beiden Supermächte selber sind.

Gegenüber der US-Regierung hat Apel die Unterstützung des NATO-Beschlusses durch die Bundesregierung bekräftigt und die Erfüllung eines Teils der US-Forderungen durch die Bundesregierung zugesagt. Die Bundesregierung sei entschlossen, die „Runderneuerung der Bundeswehr" durchzuführen. Die BRD verpflichte sich, Gelände, Infrastruktur und Personal zur Verfügung zu stellen, das nötig ist, um Waffen und Gerät von 6 amerikanischen Divisionen aufzunehmen und zu pflegen, die im Krisen- oder Kriegsfall von den USA in die BRD gebracht werden sollen. Für diese Maßnahmen werden von der Bundesregierung Investitionskosten von 1,28 Mrd. DM und jährliche Unterhaltungskosten von 170 Mio. DM angesetzt. Dadurch wird allerdings bloß eine der Forderungen erfüllt, die die US-Regierung in einem Schreiben ihres damaligen BRD-Botschafters Stoessel im April 1980 an die Bundesregierung gerichtet hat und auf deren Erfüllung sie weiterhin pocht. Weitere Forderungen sind die Verwirklichung des von der NATO 1978 beschlossenen Langzeitprogramms, das die BRD bis 1984 insgesamt 26 Mrd. DM kosten wird, für das in der gegenwärtigen Finanzplanung allerdings erst 19 Mrd. DM ausgewiesen sind. Ferner 11 Mrd. DM, die für den Bau neuer Wohnungen für die Angehörigen der US-Streitkräfte in der BRD aufgebracht werden sollen, eine halbe Milliarde für die Renovierung der Kasernen, Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 123 Mio. DM, Befreiung von verschiedenen Steuern sowie Maßnahmen zur Verschönerung des Wohnumfeldes" der Besatzer, wofür nochmal 1 Mrd. DM aufgebracht werden soll. Auf all diese Zahlungen pocht die US-Regierung weiterhin. Apel bestätigte, daß ihn die US-Regierung auf diese Forderungen hingewiesen habe. Sie würden jedoch nicht zu seinem Aufgabenbereich gehören. Darüber müsse die Bundesregierung insgesamt entscheiden, erklärte Apel.

Lage ist günstig, den Reallohn zu sichern

ped. Die Ablehnung der 4% mehr Lohn und Gehalt durch den Vorstand der Baugewerkschaft hat die Kapitalisten ziemlich erwischt. „Ein schwerer Rückschlag", denn nun seien die 4% als Marke vom Tisch gewischt und die Fünf vor dem Komma wird realistisch, kommentierte etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Gesamtmetall stoppte daraufhin alle regionalen Verhandlungen und forderte die IG Metall zu zentralen Spitzengesprächen auf.

Zwischen den einzelnen Gewerkschaftsvorständen gibt es ganz offensichtlich Widersprüche über das taktische Ziel dieser Tarifbewegung. Soll man den Reallohn verteidigen oder soll man eine Reallohnsenkung hinnehmen, um die „Volkswirtschaft" zu stützen? Die IG Metall hat die Verteidigung des Reallohnes auf ihre Fahne geschrieben. Der 4%-Abschluß für die Bauindustrie sollte die Metallarbeiter isolieren, stattdessen ist jetzt die Einheit aller Lohnabhängigen gefestigt worden. Die „neue Beweglichkeit" der IG Metall hat bisher rund 1,2 Millionen Metallarbeiter in Kampfaktionen einbezogen. Oftmals sind es Aktionen, die seit 20 oder 30 Jahren erstmals wieder von den einzelnen Belegschaften ergriffen werden. Und diese Aktionen werden keineswegs im Bewußtsein des „letzten Mittels" durchgeführt, sondern als Beginn und Auftakt, und tatsächlich sind sie die beste Vorbereitung einer Urabstimmung und eines unbefristeten Streiks. Sie können aber diesen Streik nicht ersetzen. Auch das zeigt sich zunehmend, so daß sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" besorgt fragt: „Was wird die Führung der Metallgewerkschaft tun, wenn sich erste Rufe, statt neuer Beweglichkeit' den Kampf zu praktizieren, zum Chor verdichten?" Dann wird man zahlen müssen, und dieses macht für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Fünf vor dem Komma bereits für die Verhandlungen realistisch.

2,5% produktivitätsorientiert – inzwischen bieten sie 4,1% plus Einmalzahlungen bis 125 DM; Warnstreiks würden juristisch verfolgt und man erwäge Abwehraussperrungen; – Sprüche über Sprüche hat Gesamtmetall bisher serviert und nichts von alledem verwirklicht. Der Grund ist, daß ihnen ein Streik überhaupt nicht in den Kram paßt. Die Lagerbildung ist gering, jeder Streik kostet Aufträge und damit Kunden, die zur Konkurrenz gehen. Diese Lage ist günstig und der Reallohn kann verteidigt werden, aber nur durch Streik. Nur dadurch werden die Kapitalisten erst fünf Prozent bieten müssen – was aber keineswegs den Reallohn sichert – und dann unter dem Druck des Streiks *mehr* zahlen müssen, mindestens 6% und 100 DM für die unteren Lohngruppen.

Mordanklage

bep. In Brokdorf tat sich ein knüppelschwingender Polizist bei der Verfolgung eines Demonstranten allzusehr hervor, rutschte aus, fiel in einen Graben, wurde verprügelt. Ein Großfoto des geschlagenen Polizisten erschien im Stern. Der Polizist kam auf der anderen Seite wieder aus dem Graben und wurde von einem Sanitätstrupp der Demonstranten verarztet. Die Staatsanwaltschaft sah einen Mordversuch und setzte 5000 Mark auf die Täter. Ein 19-jähriger wurde verhaftet und hat im Fall der Verurteilung mit langjährigen Haftstrafen zu rechnen.

Wer kennt die Szenen nicht, zumindest von Fotos: Ein Demonstrant ist gestürzt, niedergeknüppelt, umringt von Polizisten; zwei, drei, mehr prügeln und treten, der Rest schirmt den Vorfall ab? Wie oft ist inzwischen dokumentiert, wie Polizeitrupps für solche Aktionen in Stimmung gebracht werden? Endlose Sondereinsätze, stundenlanges Warten, dann die Horror-Meldungen im Polizeifunk, über bewaffnete Demonstranten und schwerverletzte Polizisten. Dann der Einsatz, Anonymität und Straffreiheit garantiert. Eifrige Schläger finden sich immer.

Die Massenverhaftungen von Nürnberg erregten Proteste bis weit in die Reihen der bürgerlichen Parteien. Die gewöhnliche Taktik der Staatsmacht findet dort weniger Beachtung: In Westberlin, in Brokdorf und anderswo werden einzelne herausgegriffen und exemplarisch bestraft. Das ist dann die „weiche Welle". Das soll abschrecken und zugleich die Solidarisierung vermindern.

Die Statuierung von Exempeln an „Gewalttätern" hat aber noch eine andere wesentliche Funktion: Zusammen mit der garantierten Straffreiheit für Polizisten im Einsatz soll sie den Korpsgeist der Polizei erhalten und sie zu allen Brutalitäten bereit machen. Der bürgerliche Staat macht sich offenbar Sorgen um seine Polizei. Das Gefühl, immer häufiger eine offensichtlich ungerechte oder auch in den Augen vieler Polizisten zumindest zweifelhafte Politik durchknüppeln zu müssen, geht auf die Moral. Die gegenwärtige Debatte um das Demonstrationsrecht und vor allem die militärische Aufrüstung der Polizei hat nicht zuletzt den Zweck, Bürgerkriegsstimmung auch in den Reihen der Polizei zu erzeugen.

Mit Steuererhöhungen schnell zur Hand

Mineralölsteuer ab 1.4. plus 8 Pfennig / Statt Lohnsteuersenkung: Steuer auch auf Arbeitslosengeld

frb. Nachdem die Bundesregierung monatelang im Chor jener mitgesungen hatte, die die neuerliche Wirtschaftskrise zu einem harmlosen Tempoverlust ansonsten ununterbrochenen Wirtschaftswachstums beschönigten, sucht sie jetzt ihren Haushalt über kurze und längere Sicht durch Steuererhöhungen, Mittelkürzungen und höhere Verschuldung (die zukünftige Steuererhöhungen nach sich zieht) vor den Folgen der Krise zu retten.

Endgültig beschlossen und ab 1. April fällig ist die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer. 8 Pfennig wird der Liter Benzin teurer, 7 Pfennig wegen höherer Mineralölsteuer, knapp 1 Pfennig wegen der Mehrwertsteuer, die automatisch auf diese höhere Mineralölsteuer erhoben wird. Die Flasche Korn (0,7 l / 32%) wird um etwa 75 Pfg. teurer, Weinbrand (38%) um 90 Pfg., 100 ml Rasierwasser bis zu 50 Pfg., 400 ml Haarspray um 1 DM. In Matthöfers Finanzkasse sollen 2,5 Mrd. DM noch dieses Jahr klingeln, mindestens 3,5 Mrd. DM in den kommenden Jahren.

Noch im Gang der Gesetzgebung, diesen Mittwoch einer Anhörung ausgesetzt, befindet sich das sogenannte Subventionsabbaugesetz. Es sieht vor allem vor: Umstellung der Gasölbeihilfe in der Landwirtschaft, Beseitigung der Mineralölsteuerbefreiung in dem öffentlichen Personennahverkehr, Einschränkung der Sparförderung, Erhöhung der Postablieferung von 6⅔ auf 10% der Einnahmen der Post.

Man kann zu den „Subventionen" unterschiedlich stehen, wer dafür zahlen muß, ist eindeutig. Die Bauern werden mehr für ihren Traktorenbetrieb zu zahlen haben. Öffentliche Verkehrsmittel werden rund 10% teurer, weil für sie der Liter Benzin um 50 Pfennig teurer wird. Die Beseitigung der Sparförderung, was immer man davon hält, trifft Arbeiter und Angestellte, die vielleicht den Kaufpreis für ein neues Auto sparen. ¾ der Prämiensparer sind Arbeiter, Angestellte und Rentner, und ohnehin entfällt der größte Teil der Streichungen auf die Streichung der Prämie auf Sparbeträge, für die eine Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem 624-DM-Gesetz gewährt wird, also ausschließlich auf Lohnabhängige. Lediglich etwas gekürzt wird dagegen die Bausparprämie.

Auch die Mineralölsteuer zahlen fast ausschließlich die Arbeiter und Angestellten. Unternehmen ziehen die höhere Steuer als Betriebsausgabe von ihren Einnahmen ab und müssen dann einen geringeren Gewinn versteuern. So zahlen sie weniger als die Hälfte der Steuererhöhung, die der Arbeiter zu zahlen hat, der keine „Betriebsausgaben" absetzen kann.

Doch damit nicht genug. Vor dem Finanzausschuß des Bundestages hat Matthöfer die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Rentensteuer angekündigt und mit einer Besteuerung des Arbeitslosengeldes gedroht. Die Arbeitslosigkeit sei ein großes Problem, führte er dort aus, und es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß sich regelmäßige Arbeit nicht lohne. Daher sollten Lohnabhängige, die arbeitslos waren, zur Steuer veranlagt werden.

Je weiter sich die Krise entwickelt und auf den Haushalt durchschlägt, umso mehr wird die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung zum bloßen Vollstrecker der Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft. Den Massen werden die Lebensmittel weggesteuert, die Profitmacherei wird prämiert. So fordern denn die Kapitalistenverbände eine Steuererleichterung nach der anderen für ihre Mitglieder. Zuletzt der BDI, der eine steuerfreie Investitionsrücklage, Beseitigung der Vermögensteuer auf gewerblich genutztes Vermögen, höhere Abzüge bei der Gewerbesteuer, Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, Senkung der Erbschaftsteuer und Änderungen bei der Gewinnermittlung in der Einkommen- und Körperschaftsteuer fordert.

Lächerlich dagegen, was Matthöfer und die SPD-Fraktion jetzt bei der Kilometerpauschale bieten. Für Fahrwege über 25 km zwischen Arbeitsstätte und Wohnung (einfache Strecke) soll die Pauschale von derzeit 36 auf 50 Pfg. je km angehoben werden. Das soll einen Nachlaß von 100 Mio. DM bei der Lohnsteuer – und das auch erst nach Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich – bringen. Häfele von der CDU/CSU hatte zuvor die Entlastung durch allgemeine Erhöhung der 1966 auf 36 Pfg. gesenkten km-Pauschale mit 1,2 Mrd. DM beziffert. Es zeigt sich jetzt, welch ein Irrtum es war, als die Gewerkschaften in den ersten Stellungnahmen nach dem Regierungsbeschluß zur Mineralölsteuererhöhung mit der wachsweichen Forderung nach Erhöhung der Kilometerpauschale reagierten, statt die Steuererhöhung ganz abzulehnen.

Maiaufruf des DGB – der SPD das Reden leicht gemacht

ges. Auf drei Punkte konzentriert sich der Maiaufruf des DGB: Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, Soziale Sicherheit. Sollen die Beschlüsse zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg in der Schublade bleiben? Die Zustimmung zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen muß von der Regierung zurückgenommen werden! Die Forderung paßt dem SPD-Parteivorstand und der Regierung nicht ins Konzept. Paßt sie deshalb nicht um so besser in einen Maiaufruf des DGB und muß sie also nicht umso entschiedener auf den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen erhoben werden? Freilich reicht das nicht aus. Im Grundsatzprogramm des DGB wird das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen gefordert. Am 1. Mai kann die internationale Arbeiterbewegung gemeinsam für dieses Ziel eintreten, dem sich vor allem die beiden Supermächte in den Weg stellen. Und ist der 1. Mai nicht die richtige Plattform, um gegen die Aggressionen der Sowjetunion auf das Demokratische Kampuchea und Afghanistan zu protestieren, um von den USA zu fordern, daß sie mit ihrer Einmischung in El Salvador Schluß machen sollen? Soll der 1. Mai nicht genutzt werden, um der polnischen Arbeiterbewegung und dem polnischen Volk in ihrem Kampf für nationale Souveränität und Demokratie Unterstützung zuzusichern? Ein wirksamer Weg wäre, für den Austritt aus der NATO und die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt einzutreten. Die europäischen Völker sollen ihre Angelegenheiten ohne jede äußere Einmischung selber entscheiden können. Gemeinsam können sie die Vorherrschaft der beiden Supermächte brechen. Ins Konzept der Regierung paßt sowas natürlich nicht, in einen gewerkschaftlichen Maiaufruf würden diese Forderungen aber passen. Wenigstens auf den Demonstrationen sollten sie nicht fehlen.

„Unser eigener Beitrag zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung ist die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen." Fast möchte man Ironie vermuten, wenn man diese Passage liest. Jeder Gewerkschafter weiß doch, daß die Kapitalisten und die Regierung von diesem Beitrag nichts wissen wollen. Wird von ihnen nicht sogar gefordert, die Lohnabhängigen müßten mehr leisten und den Gürtel enger schnallen? Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung bleiben richtig, aber eine Verständigung wird es darüber kaum geben. Warum das nicht offen sagen und sich vorbereiten? Sicher ist richtig, die Mitbestimmung zu verteidigen, aber kann sie jetzt die Perspektive abgeben? Soziale Sicherheit ist ein gerechtes Ziel, aber läßt es sich denn mit dem Kapitalismus vereinbaren? Erfordert nicht die Zukunft, daß sich die Gewerkschaften auf ihre sozialistische Tradition besinnen? Der 1. Mai wird eine Kampfansage an den Kapitalismus sein oder er wird zuwenig sein für die heutige Situation.

Hausbesetzer als „kriminelle Vereinigung"

Freiburg: Gemeinderat ermöglicht Abriß / Nürnberg: Massive Justizkritik

Freiburg. Vier Tage nach der Demonstration der 20000 in Freiburg gegen die Räumung des Häuserkomplexes „Schwarzwaldhof" macht die Mehrheit des Gemeinderates letzten Dienstag den Weg für den Abriß frei. Mit einer Mehrheit von 26 zu 17 Stimmen wurde ein Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, für den Schwarzwaldhof einen Bebauungsplan aufzustellen und gleichzeitig eine Veränderungssperre zu beschließen, um so den Abriß auszuschließen. Abgelehnt durch die Stadträte der CDU, FDP und FWV wurden auch ähnliche Anträge der Stadträte der Grünen und des Stadtrats der Bunten Liste, die darüber hinaus u.a. die Rückkehr der ehemaligen Besetzer des Schwarzwaldhofs auf der Basis von „Instandsetzungs-Mietverträgen" forderten. Nicht viel mehr als ein Ablenkungsmanöver war der Mehrheitsbeschluß für die Schaffung eines „alternativen Kulturzentrums", das allerdings schon früher einmal zugesagt worden war und von der Freiburger Bewegung als Ersatz für den Schwarzwaldhof als Wohnraum und Kulturzentrum nicht akzeptiert wird. Beschlossen wurde außerdem die Einrichtung einer „Jugendkommission", die binnen dreier Monate die Jugendsituation in Freiburg untersuchen soll.

Für eine sofortige Bürgerversammlung noch vor der Entscheidung des Gemeinderates waren 6000 Unterschriften gesammelt worden. Das entspricht dem geltendem Quorum. Der Gemeinderat ging dennoch zur Tagesordnung über. Die Unterschriften müßten erst geprüft werden. Hernach wurde eine Bürgerversammlung mit noch unbestimmtem Termin beschlossen. Während der Sitzung forderten bis zu 500 Zuhörer vor dem abgesperrten Rathaus eine Übertragung nach draußen, die verweigert wurde. Am folgenden Mittwoch demonstrierten 1500 für die Freilassung von G. Blumensaat, der seit über drei Wochen in U-Haft gehalten wird. Vorgeworfen wird ihm die „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung". Dieser Vorwurf ermöglicht, alle, die an Hausbesetzungen teilgenommen haben oder sie unterstützen, als Mitglieder oder Unterstützer einer kriminellen Vereinigung zu belangen. (Schon einmal, 1975 in Hamburg, wurden Hausbesetzer als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verurteilt.) Während der Demonstration am Mittwoch kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Vier Teilnehmer wurden festgenommen, ein zweiter Haftbefehl vollstreckt. Noch ein weiterer Haftbefehl besteht. Ca. 140 Ermittlungsverfahren sind in Freiburg derzeit im Gang. Am Wochenende beriet die „Aktionseinheit für die sofortige Rückgabe des Schwarzwaldhofs" über das weitere Vorgehen.

Nürnberg. Die letzten der 141 Verhafteten in Nürnberg wurden vor einer Woche freigelassen. Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" in Nordrhein-Westfalen hat die Verhaftungen als „Justiz-Putsch" und als eine verfassungswidrige Abschreckungshaft gewürdigt. Nach Prüfung des Sachverhalts komme die Arbeitsgemeinschaft zu dem Ergebnis, daß in Nürnberg Grundrechte und politische Freiheiten mit Füßen getreten worden seien. Nach einer Resolution der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ÖTV entbehrten die Haftbefehle „weitgehend einer rechtlich vertretbaren Begründung". Die nachträglichen Entlassungen seien ein Indiz dafür, daß die Voraussetzungen für die Untersuchungshaft „von Anfang an nicht vorlagen". Eine Reihe von SPD-Politikern, Schriftstellern und Gewerkschaftern, bis jetzt ca. 60, hat ihre Unterschrift unter die Forderung nach sofortigem Rücktritt von Bayerns Innenminister Tandler und Justizminister Hillermeier (CSU) gesetzt. Eine Strafanzeige gegen die fünf Ermittlungsrichter, die die Nürnberger Haftbefehle ausstellten, wegen Freiheitsberaubung und anderer Delikte ist in Nürnberg von ca. 260 Personen unterzeichnet worden.

das Reden leicht gemacht

höhung der Postablieferung von 6⅔ auf 10% der Einnahmen der Post.

Man kann zu den „Subventionen" unterschiedlich stehen, wer dafür zahlen muß, ist eindeutig. Die Bauern wer- daß sich regelmäßige Arbeit nicht lohne. Daher sollten Lohnabhängige, die arbeitslos waren, zur Steuer veranlagt werden.

Je weiter sich die Krise entwickelt schluß zur Mineralölsteuererhöhung mit der wachsweichen Forderung nach Erhöhung der Kilometerpauschale reagierten, statt die Steuererhöhung ganz abzulehnen.

Hausbesetzer als „kriminelle Vereinigung"

Freiburg: Gemeinderat ermöglicht Abriß / Nürnberg: Massive Justizkritik

Kabinett verabschiedet Wartezeitgesetz für Ausländer

gkr. Am vergangenen Mittwoch verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf für ein sog. Wartezeitgesetz für Ausländer. Danach sollen Ehegatten von Ausländern, die jetzt erst in die BRD kommen, 4 Jahre (in Härtefällen 3 Jahre) warten müssen, bis sie eine Arbeit bekommen, Kinder von Ausländern 2 Jahre und Asylbewerber 1 Jahr. Entsprechende Regelungen waren zwar schon durch Kabinettsbeschluß vom März 1979 und Mai 1980 festgelegt. In verschiedenen Fällen aber hatten Gerichte dies nicht anerkannt, da es gegen das Arbeitsförderungsgesetz verstoße. Die Regierung will die Lücke nun schließen. Es handelt sich um nichts anderes als den Versuch, auf diesem Wege die Zahl der Asylbewerber und der nachziehenden Familienangehörigen zu drosseln. Betroffen seien von dem Gesetzentwurf 250000 bis 300000 Ausländer. Der bayerische Sozialminister Pirkl forderte die Bundesregierng zu weiterem Druck auf die Ausländer auf: Bei allen Maßnahmen zur Eingliederung der Ausländer müsse versucht werden, auch „Rückkehrfähigkeit" und Rückkehrwilligkeit" der Ausländer in ihre Heimat zu erhalten. Die Freizügigkeit innerhalb der EG soll für neue EG-Mitglieder (also Griechenland, evtl. Spanien) eingeschränkt werden.

Mehrere Prozesse gegen Antifaschisten

acm. Nachdem das von der NPD geplante „Deutschlandtreffen" am 17.6. 1980 durch organisierte Gegendemonstrationen gescheitert ist, versucht diese jetzt per Anzeigen zu Prozessen gegen Antifaschisten zu kommen. Eine zentrale NPD-Anzeige erfaßt 22 Personen sowie den „Arbeitskreis Antifaschismus" Göttingen, „Bunte Liste" Göttingen, Kommunistischen Bund und „Rock gegen Rechts". Ende März/Anfang April soll der Prozeß in Bad Hersfeld beginnen, an diesem Wochenende fand eine Demonstration dagegen in Bad Hersfeld statt. – Am 31.3. beginnt in Bad Hersfeld ein Prozeß gegen einen israelischen Staatsbürger, den die Faschisten wegen „Körperverletzung" angezeigt haben. Er soll zu Gewalttätigkeiten gegen die Faschisten aufgefordert haben.

Beitragserhöhung für Arbeitslosenversicherung?

gkr. Am 7. Mai soll der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit endgültig über einen Nachtragshaushalt beschließen. Voraussichtlich wird dieser Nachtragshaushalt ein Volumen zwischen 3 und 4 Mrd. DM haben, also in einer Größenordnung von 15% des bisher beschlossenen Haushaltsvolumens von knapp 24 Mrd. DM liegen. Die Zuschüsse des Bundes würden sich um denselben Betrag auf fast 10 Mrd. DM erhöhen, wird die Arbeitslosenhilfe, die seit diesem Jahr nicht mehr über die Bundesanstalt für Arbeit abgerechnet wird, mitgezählt. Dies vor allem, weil die Einnahmen der Bundesanstalt, bei höherer Arbeitslosigkeit als dem Haushalt zunächst zugrunde gelegt, nicht steigen, sondern eher sinken werden. Das gesamte Defizit in der Arbeitslosenversicherung muß aber über den Bundeshaushalt finanziert werden. Matthöfer will dazu zunächst die Kreditaufnahme erhöhen. Über 2 Mrd. DM werden voraussichtlich zusätzlich für Arbeitslosengeld benötigt, mit 90% Leistungsberechtigten ist der Anteil bei den neu Arbeitslosen vergleichsweise hoch. Schlechtwettergeld muß in einer Größenordnung von 800 Mio. DM zusätzlich bewilligt werden. Stingl hat in der Kölner Wirtschaftszeitung „Aktiv" auch schon angekündigt, er rechne „mit Sicherheit damit, daß im Bundestag über die Höhe des Beitragssatzes diskutiert" werde.

Instandbesetzerkongreß in Münster

bur.Münster. An dem bundesweiten Treffen von Instandbesetzern, Mieterinitiativen und Initiativen für Jugend- und Kommunikationszentren, dem Kongreß zur Wohnungspolitik und Wohnraumnot in der BRD, in Münster am 28. und 29.3. beteiligten sich ca. 700 Menschen aus ca. 80 Initiativen und Städten. Im Plenum am Samstag wurde zuerst beschlossen, die zahlreich anwesende Film- und Pressemeute mit Film- und Tonaufnahmeverbot aufgrund einschlägiger Erfahrungen zu belegen. Neben Erklärungen zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD wurden Berichte von einigen Gruppen über ihren derzeitigen Stand im Häuserkampf abgegeben. In einer Resolution wurde der Rücktritt von Strauß und Tandler wegen der Nürnberger Ereignisse gefordert. Am Nachmittag wurde der Kongreß in 16 Arbeitsgruppen fortgesetzt. Er dauerte bei Redaktionsschluß an.

Landesweite Koordinierung gegen Wiederaufbereitungsanlage

ruw.Idar-Oberstein. Sprecher aller Fraktionen betonten am 18.12.80 im Landtag, die Pläne der Landesregierung zum Bau einer WAA in Rheinland-Pfalz politisch mitzutragen. Das Mainzer Kabinett hat eine Arbeitsgruppe mit der Standortsuche beauftragt, ihr Sprecher Doetz gab Anfang Dezember bekannt, mit dem Standortvorschlag für die DWK könne „im Frühjahr 81" gerechnet werden. Bisher sind Kandel/Südpfalz, Prüm/Eifel und Rennerod/Westerwald als mögliche Standorte ins Gespräch gebracht worden. Am 21.3. fand in Bad Kreuznach ein Koordinierungstreffen gegen die geplante WAA statt, auf dem 16 Bürgerinitiativen aus ganz Rheinland-Pfalz, einige Kreisverbände der Grünen und der KBW vertreten waren. Zunächst wird ein Faltblatt veröffentlicht und ein Seminar durchgeführt.

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen

löh.Frankfurt. Auf Landesebene ergaben sich bei den Hessischen Kommunalwahlen vom 22. März folgende Stimmergebnisse: die CDU konnte mit einem Verlust von 0,2%, was absolut rund 20000 Stimmen sind, und einem jetzigen Stimmanteil von 47,4% ihren 1977 bei den letzten Kommunalwahlen gewonnenen Einfluß knapp halten. Die SPD hat wie schon 1977 weiter verloren. In Prozenten 3,5% auf einen jetzigen Stimmenanteil von 39,4%. In absoluten Zahlen sind das fast 120000 Stimmen weniger. Die FDP ist die einzige bürgerliche Partei, die ihren Stimmenanteil steigern konnte. In Prozenten um 0,6% auf 6%. Absolut rund 16000 Stimmen mehr. Die Grünen bekamen 4,3%, was etwa 130000 Stimmen entspricht. Die DKP verzeichnete weiter Verluste um 0,4% auf 0,7%. Das sind knapp 1500 Stimmen weniger. Die Wahlergebnisse der Bündnisse, an denen der KBW direkt beteiligt war, sind unterschiedlich. Nirgendwo ist es allerdings gelungen, über 5% der Stimmen zu kommen. Die höchsten Stimmenergebnisse erreichten diese Bündnisse dort, wo die Grünen nicht kandidierten, so in Hanau mit 3,7%, in Michelstadt mit 3,3% und in Hofheim mit 3,7%. Weitere Ergebnisse dieser Bündnisse waren: Gießen: 0,4%, Wiesbaden 0,3%, Friedberg 0,8%. Der KBW selbst hat nur in Frankfurt kandidiert. Hier bekam er 308 Stimmen (0,1%), was gegenüber der Bundestagswahl 5 Stimmen weniger sind und gegenüber der letzten Kommunalwahl rund 800.

Eine zu beachtende Tatsache des Wahlergebnisses ist noch die Wahlbeteiligung. Sie lag mit 76,3% um 2,6% niederiger als bei der letzten Kommunalwahl. Insgesamt haben von den knapp 4 Millionen Wahlberechtigten fast eine Million nicht gewählt.

Versuch der Erklärung durch die Parteien – Gesamteinschätzung der Bourgeoisie

Ausgehend von ihrem Parteienhorizont sind die Stellungnahmen der bürgerlichen Politiker notwendig unterschiedlich. Die CDU wertete das Ergebnis als Erfolg und klopfte Sprüche. So Dregger, hessischer CDU-Vorsitzender: „Hessen ist nicht mehr rot". Oder Leisler-Kiep, der für die Wahlen in West-Berlin ein „Signal" sah und auf den „Nachbrennereffekt" hoffte. Besonders wurde Frankfurt erwähnt, wo die CDU unter Führung Wallmanns ihre 1977 gewonnene absolute Mehrheit weiter ausbauen konnte um 2,9% auf 54,2%. Allerdings auch mehr auf Grund der sinkenden Wahlbeteiligung, denn nur 957 Stimmen mehr haben für die Prozentsteigerung ausgereicht. – Die Sozialdemokratie hat keine einheitliche Stellung zum Ausgang der Wahlen und insbesondere nicht zu den eigenen Stimmenverlusten. Die Führungsgremien der Partei sehen den Grund für die Stimmenverluste vor allem in der niedrigen Wahlbeteiligung und nur in einem geringeren Ausmaß in den Stimmengewinnen der Grünen oder Bürgerinitiativen. Eine halbe Million SPD-Stammwähler hätten sich nicht an der Wahl beteiligt, vergleicht man es mit den letzten Bundestagswahlen. Erste, genauere Analysen scheinen diese Auffassung des SPD-Landesvorstands zu bestätigen. So lag z.B. in Frankfurt die Wahlbeteiligung in den ausgeprägten Arbeitervierteln deutlich unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. Zwischen 45% und 65% betrug sie hier nur noch. Börner, SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident, führte als Ursache aus: „Die allgemeine Wirtschaftslage und die Zukunftsangst vieler Bürger. Außerdem ist es der SPD in der letzten Zeit offensichtlich nicht gelungen, dem Wähler klarzumachen, wie ernsthaft die Landesregierung sich für sichere Arbeitsplätze einsetzt." Weiter wurde genannt die „anhaltende Zerstrittenheit" der hessischen SPD über Projekte wie Wiederaufbereitungsanlage und Startbahn West etc. Die hessischen Jusos sehen die Sache ganz anders und brachten es auf die kurze Formel: die „Antwort der Wähler auf die hessische Atom- und Betonpolitik". Gleichzeitig sehen sie im Wahlergebnis eine „politische Niederlage des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner" und kündigten für die Landtagswahlen 1982 an, den „lernunfähigen Teil der SPD-Abgeordneten auszuwechseln." – Die Sprecher der FDP gaben sich im großen und ganzen zufrieden, abgesehen von Frankfurt, wo die FDP zukünftig nicht mehr im Stadtparlament vertreten sein wird, weil sie nur 4,3% der Stimmen bekam. Hier zog der Listenführer der FDP, von Schoeler, seine Konsequenzen und trat als Kreisvorsitzender zurück. Seinen eigentlichen Posten, Staatssekretär im Bonner Innenministerium, will er selbstverständlich weiter behalten.

Nun ist die Stellungnahme der bürgerlichen Politiker ausgehend von ihrem Parteienhorizont beschränkt und spiegelt nur punktuell eine Gesamteinschätzung des Wahlergebnisses durch die Bourgeoisie wieder. Hatte man vielleicht erwartet, die Repräsentanten der Bourgeoisie würden über das Wahlergebnis frohlocken, von wegen Stabilisierung der CDU, so sah man sich getäuscht. Unruhe und Unzufriedenheit ist deutlich zu spüren. So schreibt P. Boenisch in der „Welt" vom 23.3.: „Nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten haben ihrem Unbehagen an den etablierten politischen Kräften Ausdruck gegeben. Teilweise deutlich. Die SPD ist der große Verlierer, aber die CDU im Landesdurchschnitt nicht der große Sieger, und die FDP ist, wie so oft, halb gestorben und halb am Leben geblieben. Der eigentliche Gewinner sind die, mit denen kaum noch einer gerechnet hat: Die Grünen. Ihre Wiedergeburt in Hessen sollte alle Parteien nachdenklich stimmen. Als Außenstehender wird man das Gefühl nicht los, daß es hier nicht nur um das eine oder andere Großbauvorhaben geht. Mehr Bürgernähe ist gefragt. Der Wähler wehrt sich mit seinem Kreuz gegen das Kreuz der Bevormundung." Und Autor Fromme von der „FAZ" mochte nicht mal das Wahlergebnis der CDU in Frankfurt als Erfolg der CDU gewertet wissen, sondern schreibt warnend: „Die CDU hat gewonnen, wo sie ‚überparteilich' war. Die SPD hat gewonnen, wo sie einen Politiker vorstellte, der – wie Metzger in Darmstadt – als rechter Sozialdemokrat, also eigentlich als Überparteilicher vorgezeigt werden konnte. Die Grünen haben allenthalben dort gewonnen, wo die von ihnen so genannten ‚etablierten' Parteien sich irgendwelchen ‚Anliegen', wie es in der Politiker-Sprache heißt, der Bürger nicht zu deren Zufriedenheit angenommen haben. Manchmal hat das die SPD begünstigt, wo sie sich atomaren oder auf Flughäfen bezogenen Beton-Plänen der Landespartei und ihres Ministerpräsidenten Börner widersetzte. Manchmal hatte die CDU den Vorteil, indem die bis dahin übermächtige SPD Federn lassen mußte zugunsten der Grünen, die sich jene Federn nicht an den Hut stecken konnten, weil Grüne keinen Hut tragen, sondern alternative gestrickte Wollmützen – jedenfalls soweit nicht Jakobinermützen im Spiel sind ... Ein runder Erfolg für die Union, wie sich das nach einer verlorenen Bundestagswahl eigentlich schickt, waren diese Kommunalwahlen nicht. Aber sie waren ein Warnsignal für die etablierten Parteien." (FAZ, 24. 3.).

Einige Gesichtspunkte zur Einschätzung des Wahlergebnisses

Die skeptischen Töne von Boenisch und Fromme hängen unzweideutig mit dem Wahlergebnis der Grünen zusammen. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die Grünen einen beachtlichen Erfolg erzielt haben. 130000 Stimmen und in vielen Stadtparlamenten vertreten, darüber hinaus in wichtigen mittleren und großen Städten wie Frankfurt, Offenbach, Kassel, Gießen, Marburg, Bad Homburg sowie in fünf Kreistagen. In diesem Zusammenhang sind auch zu erwähnen die Stimmenergebnisse für andere Wahlzusammenschlüsse, so insbesondere die „Bürgerliste Volkmarsen", die auf Anhieb 42% der Stimmen bekam und wesentlich angetreten war unter der Forderung, daß keine Wiederaufbereitungs anlage in Volkmarsen errichtet wird, und die „Wählergemeinschaft Darmstadt", die ihren Stimmenanteil von 8% bei der letzten Kommunalwahl auf nunmehr 10,1% steigern konnte und deren Schwerpunkt ebenfalls auf der Umweltpolitik liegt.

Die Wahlergebnisse der Grünen oder Wählergemeinschaften etc. sind in zweierlei Hinsicht von wichtiger Bedeutung. Zum einen sind sie in welch verzerrter Form auch immer, Ausdruck von Kämpfen, von Klassenauseinandersetzungen. Sie spiegeln Fronten wider zwischen den Volksmassen auf der einen Seite und den Kapitalisten und ihrem Staat auf der anderen Seite, die sich über bestimmte Fragen und Kämpfe schroff herausgebildet haben. Dafür einige typische Beispiele: Volkmarsen (möglicher Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage): Die CDU verliert 25% der Stimmen, die SPD 16% und die Bürgerinitiative bekommt knapp 42%. Mainhausen (Standort einer zentralen hessischen Giftmülldeponie): Die SPD verliert 6%, die CDU 5%, die FDP schafft die 5% nicht mehr, die Bürgerinitiative, die vor allem gegen die Giftmülldeponie auftritt, bekommt 10,9%. In den Gemeinden, die im Zentrum des Kampfes gegen die Startbahn West liegen, sind die Ergebnisse nicht anders. Mörfelden-Walldorf: Die SPD verliert fast 14%, die CDU 8%. Die „Grüne Bürgerliste" (Hauptprogrammpunkt gegen die Startbahn West) bekommt 25,2% der Stimmen. Groß-Gerau: die SPD verliert über 5%, die CDU ebenfalls. Die Grünen bekommen 12,6%. Rüsselsheim: (hier ist noch die Besonderheit des Opel-Werkes) die SPD verliert fast 14% der Stimmen, die CDU stagniert, die Wählergemeinschaft bekommt 16,5%, nachdem sie bei den letzten Kommunalwahlen 5% der Stimmen bekommen hatte. Man könnte noch weitere solcher Beispiel anführen. Die genannten sollten genügen, um zu belegen, daß vollkommen unabhängig davon, was man von der Politik der Grünen oder Wählergemeinschaften etc. hält, jedenfalls Tatsache ist, daß in ihren Stimmen Interessen der Volksmassen zum Ausdruck kommen, die in Kämpfen gegen den Staat stehen. Zum zweiten zeigt sich mit ziemlicher Deutlichkeit, auf welchem dünnen Eis doch die bürgerlichen Parteien als angebliche Volksvertreter stehen. Plötzlich zählt es nur noch wenig, daß man bisher immer eine der bürgerlichen Parteien gewählt hat. Die Interessen liegen offen zu Tage, Kompromisse und eine Taktik des Abwiegelns und der Entspannung von den bürgerlichen Parteien sind kaum noch möglich. Die „Sachzwänge" der kapitalistischen Akkumulation verlangen die Wiederaufbereitungsanlage, die Startbahn West etc. Die Massen beugen sich diesen „Sachzwängen" nicht, sondern bekämpfen die Zerstörung der Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts durch die kapitalistische Produktionsweise. Daß die bürgerlichen Politiker auf der andren Seite der Barrikade stehen, drückt sich aus in den teilweise einbruchartigen Stimmenverlusten. Die Fähigkeit der bürgerlichen Parteien, die Massen zu binden, hat unübersehbar abgenommen. Das ist eine günstige politische Entwicklung und die eigentliche Sorge von Boenisch und Fromme, zumal diese politische Entwicklung basiert auf einer objektiven Verschärfung der Widersprüche, die durch noch so viele Warnungen nicht aus der Welt geschaffen werden können. Und man sollte auch nicht die Kritik der Grünen etc. an den bürgerlichen Parteien als „etablierte" Parteien unterschätzen. Was verbindet man mit diesem Begriff? Die mehr oder minder große Verflechtung dieser Parteien mit dem Kapital und dem Staatsapparat. Das ist bei den Grünen und anderen Wählergemeinschaften offensichtlich nicht der Fall und es besteht die ausdrückliche Verpflichtung, diesen Weg nicht zu gehen, sich nicht von den Kapitalisten und von den Konzernen kaufen zu lassen und sich ihren „Sachzwängen" unterzuordnen und/oder sich in eine Staatsbeamtenkarriere einzugraben. Daß es eine Illusion ist, auf dem Wege des Parlamentarismus grundsätzliche Veränderungen und gesellschaftliche Umwälzungen vornehmen zu können, spielt nur eine untergeordnete Rolle, viel wichtiger ist, daß solche Umwälzungen gewollt werden und sich im gewissen Umfang Ausdruck bei diesen Wahlen verschafft haben. Eine starke Strömung für Demokratie kommt in der Wahl für die Grünen oder Wählergemeinschaften sichtbar zum Ausdruck. Einer Demokratie, die unvereinbar ist mit der bürgerlichen Demokratie.

Andererseits sollte man nicht das Wahlergebnis überbewerten und die negativen Aspekte übersehen. Es spiegelt auch wieder den Bruch zwischen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Keine politische Kraft konnte die Arbeiterklasse repräsentieren und das ihre für die Einheit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung tun. Die Krise der Sozialdemokratie ist deutlich: Der Gang der wirklichen Entwicklung schwächt starke Positionen der Sozialdemokratie. So hebt Börner in seiner Stellungnahme auf die Arbeitsplatzsicherheit ab. Es sei nicht gelungen, die Anstrengungen dieser Politik zu verdeutlichen. Das ist auch ziemlich schwer möglich, weil die kapitalistische Produktion und ihre Entwicklung zunehmend selbst beweist, daß unter diesen Produktionsverhältnisse das „Recht auf Arbeit" eine Illusion ist.

Ja, noch mehr. Gesellschaftlicher Fortschritt, Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, wird zum Ausdruck seines Gegenteils, einer wachsenden industriellen Reservearmee. Dasselbe zeigt sich, was die Naturbedingungen betrifft. Die kapitalistische Produktionsweise untergräbt sie, genauso wie die Arbeits- und Lebenskraft der Lohnabhängigen. Die Sozialdemokratie aber grenzt sich nicht nur von der Bewegung für Umweltschutz ab, sondern steht bei der Durchsetzung bestimmter Projekte an der Spitze, die die Umwelt- und Naturbedingungen zerstören. Das bringt sie unvermeidlich in immer schrofferen Gegensatz zu großen Teilen des Volkes und ist politisch ein Beitrag der Spaltung zwischen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Die Grünen sind natürlich auch nicht Ausdruck der Einheit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Wollen das auch gar nicht sein, man denke nur an ihre Programmatik, die mal abgesehen von allem anderen, der Ökologie verhaftet bleibt. So ist es kein Wunder, daß neben niedriger Wahlbeteiligung in den Arbeitervierteln hier zusätzlich, jedenfalls in Frankfurt, der Stimmenanteil für die Grünen mit 2-3% unterdurchschnittlich ist.



Wahlplakat des Bündnisses „Demokratie und Umweltschutz" in Friedberg

in Michelstadt mit 3,3% und in Hofheim mit 3,7%. Weitere Ergebnisse dieser Bündnisse waren: Gießen: 0,4%, Wiesbaden 0,3%, Friedberg 0,8%. Der KBW selbst hat nur in Frankfurt kandidiert. Hier bekam er 308 Stimmen (0,1%), was gegenüber der Bundestagswahl 5 Stimmen weniger sind und gegenüber der letzten Kommunalwahl rund 800.

Eine zu beachtende Tatsache des Wahlergebnisses ist noch die Wahlbeteiligung. Sie lag mit 76,3% um 2,6% niederiger als bei der letzten Kommunalwahl. Insgesamt haben von den knapp 4 Millionen Wahlberechtigten fast eine Million nicht gewählt.

Versuch der Erklärung durch die Parteien – Gesamteinschätzung der Bourgeoisie

Ausgehend von ihrem Parteienhorizont sind die Stellungnahmen der bürgerlichen Politiker notwendig unterschiedlich. Die CDU wertete das Ergebnis als Erfolg und klopfte Sprüche. So Dregger, hessischer CDU-Vorsitzender: „Hessen ist nicht mehr rot". Oder Leisler-Kiep, der für die Wahlen in West-Berlin ein „Signal" sah und auf den „Nachbrennereffekt" hoffte. Besonders wurde Frankfurt erwähnt, wo die CDU unter Führung Wallmanns ihre 1977 gewonnene absolute Mehrheit weiter ausbauen konnte um

der letzten Zeit offensichtlich nicht gelungen, dem Wähler klarzumachen, wie ernsthaft die Landesregierung sich für sichere Arbeitsplätze einsetzt." Weiter wurde genannt die „anhaltende Zerstrittenheit" der hessischen SPD über Projekte wie Wiederaufbereitungsanlage und Startbahn West etc. Die hessischen Jusos sehen die Sache ganz anders und brachten es auf die kurze Formel: die „Antwort der Wähler auf die hessische Atom- und Betonpolitik". Gleichzeitig sehen sie im Wahlergebnis eine „politische Niederlage des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner" und kündigten für die Landtagswahlen 1982 an, den „lernunfähigen Teil der SPD-Abgeordneten auszuwechseln." – Die Sprecher der FDP gaben sich im großen und ganzen zufrieden, abgesehen von Frankfurt, wo die FDP zukünftig nicht mehr im Stadtparlament vertreten sein wird, weil sie nur 4,3% der Stimmen bekam. Hier zog der Listenführer der FDP, von Schoeler, seine Konsequenzen und trat als Kreisvorsitzender zurück. Seinen eigentlichen Posten, Staatssekretär im Bonner Innenministerium, will er selbstverständlich weiter behalten.

Nun ist die Stellungnahme der bürgerlichen Politiker ausgehend von ihrem Parteienhorizont beschränkt und spiegelt nur punktuell eine Gesamteinschätzung des Wahlergebnisses durch

Wahlergebnis der CDU in Frankfurt als Erfolg der CDU gewertet wissen, sondern schreibt warnend: „Die CDU hat gewonnen, wo sie ‚überparteilich' war. Die SPD hat gewonnen, wo sie einen Politiker vorstellte, der – wie Metzger in Darmstadt – als rechter Sozialdemokrat, also eigentlich als Überparteilicher vorgezeigt werden konnte. Die Grünen haben allenthalben dort gewonnen, wo die von ihnen so genannten ‚etablierten' Parteien sich irgendwelchen ‚Anliegen', wie es in der Politiker-Sprache heißt, der Bürger nicht zu deren Zufriedenheit angenommen haben. Manchmal hat das die SPD begünstigt, wo sie sich atomaren oder auf Flughäfen bezogenen Beton-Plänen der Landespartei und ihres Ministerpräsidenten Börner widersetzte. Manchmal hatte die CDU den Vorteil, indem die bis dahin übermächtige SPD Federn lassen mußte zugunsten der Grünen, die sich jene Federn nicht an den Hut stecken konnten, weil Grüne keinen Hut tragen, sondern alternative gestrickte Wollmützen – jedenfalls soweit nicht Jakobinermützen im Spiel sind ... Ein runder Erfolg für die Union, wie sich das nach einer verlorenen Bundestagswahl eigentlich schickt, waren diese Kommunalwahlen nicht. Aber sie waren ein Warnsignal für die etablierten Parteien." (FAZ, 24. 3.).

Einige Gesichtspunkte zur Einschätzung des Wahlergebnisses

und Umweltschutz

Wahlplakat des Bündnisses „Demokratie und Umweltschutz" in Friedberg

Giftmülldeponie): Die SPD verliert 6%, die CDU 5%, die FDP schafft die 5% nicht mehr, die Bürgerinitiative, die vor allem gegen die Giftmülldeponie auftritt, bekommt 10,9%. In den Gemeinden, die im Zentrum des Kampfes gegen die Startbahn West liegen, sind die Ergebnisse nicht anders. Mörfelden-Walldorf: Die SPD verliert fast 14%, die CDU 8%. Die „Grüne Bürgerliste" (Hauptprogrammpunkt gegen die Startbahn West) bekommt 25,2% der Stimmen. Groß-Gerau: die SPD verliert über 5%, die CDU ebenfalls. Die Grünen bekommen 12,6%. Rüsselsheim: (hier ist noch die Besonderheit des Opel-Werkes) die SPD verliert fast 14% der Stimmen, die CDU stagniert, die Wählergemeinschaft bekommt 16,5%, nachdem sie bei den letzten Kommunalwahlen 5% der Stimmen bekommen hatte. Man könnte noch weitere solcher Beispiel anführen. Die genannten sollten genügen, um zu belegen, daß vollkommen unabhängig davon, was man von der Politik der Grünen oder Wählergemeinschaften etc. hält, jedenfalls Tatsache ist, daß in ihren Stimmen Interessen der Volksmassen zum Ausdruck kommen, die in Kämpfen gegen den Staat ste-

pitalisten und von den Konzernen kaufen zu lassen und sich ihren „Sachzwängen" unterzuordnen und/oder sich in eine Staatsbeamtenkarriere einzugraben. Daß es eine Illusion ist, auf dem Wege des Parlamentarismus grundsätzliche Veränderungen und gesellschaftliche Umwälzungen vornehmen zu können, spielt nur eine untergeordnete Rolle, viel wichtiger ist, daß solche Umwälzungen gewollt werden und sich im gewissen Umfang Ausdruck bei diesen Wahlen verschafft haben. Eine starke Strömung für Demokratie kommt in der Wahl für die Grünen oder Wählergemeinschaften sichtbar zum Ausdruck. Einer Demokratie, die unvereinbar ist mit der bürgerlichen Demokratie.

Andererseits sollte man nicht das Wahlergebnis überbewerten und die negativen Aspekte übersehen. Es spiegelt auch wieder den Bruch zwischen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Keine politische Kraft konnte die Arbeiterklasse repräsentieren und das ihre für die Einheit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung tun. Die Krise der Sozialdemokratie ist deutlich: Der

han. Das iranische Neujahrsfest, das wichtigste nicht religiöse Fest im Iran, das traditionell mit unserem Frühlingsanfang zusammenfällt, war für die Völker des Iran eines der tragischsten der letzten Jahre. Die Zerrüttung der Wirtschaft, die innenpolitischen Spannungen, die Verletzung demokratischer Rechte durch staatliche und nichtstaatliche Organe und die dadurch hervorgerufene Unsicherheit, der jetzt schon sechs Monate dauernde Krieg mit dem Irak, die durch die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran entstandene internationale Isolierung, all dies prägt die bedrückende Atmosphäre im Land, und viele Iraner sehen ihre durch die Revolution gegen das Pahlevi-Regime geweckten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft bitter enttäuscht.

Die nach der Revolution mit großem Elan begonnenen Veränderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet sind im Ansatz stecken geblieben, sofern sie überhaupt angepackt wurden. Die Einheit der wichtigsten politischen Kräfte des Landes, die eine entscheidende Bedeutung beim Sturz des Schah-Regimes spielte, ist längst aufgekündigt worden durch den monopolistischen Machtanspruch eines Teils der islamischen Bewegung. Dieser Teil, organisiert durch die Partei der Islamischen Republik (IRP – schon der Name drückt den absoluten Anspruch aus) und repräsentiert durch Ayatollah Beheschti und Ministerpräsident Radjai, versucht seine Auffassung von ,,islamischer Ideologie" allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten aufzuzwingen und bedient sich dabei seines bestimmenden Einflusses auf alle wichtigen staatlichen Institutionen. Willkürliche Verletzungen der Meinungs-, Presse-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind an der Tagesordnung.

Wie weit die Despotie der IRP-Führer heute schon geht, wird daran deutlich, daß selbst Proteste von Staatspräsident Bani Sadr, der laut Verfassung zweitwichtigsten Persönlichkeit nach dem Revolutionsführer, gegen die Verletzung demokratischer Rechte des Volkes nicht fruchten, weil er kaum über politische Mittel verfügt, außer seiner zweifellos noch zunehmenden Sympathien unter den Massen.

Zwar hat sich auch Ayatollah Khomeiny in der letzten Zeit verschiedentlich gegen die willkürlichen Maßnahmen der IRP ausgesprochen, insbesondere betonte er, daß Maßnahmen der Exekutive nur von den verfassungsmäßig vorgesehenen Organen durchgeführt werden dürfen und rief die Geistlichen dazu auf, sich aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Insgesamt hat er es aber versäumt, wirksame Maßnahmen gegen die Eroberung der Macht durch die IRP einzuleiten, aus der Furcht heraus,

Die Partei der Islamischen Republik errichtet im Iran eine reaktionäre Despotie

es mit einer der beiden Seiten zu verderben und die Einheit des Landes aufs Spiel zu setzen.

Der Sturz des vom US-Imperialismus abhängigen Schah-Regimes vor zwei Jahren konnte erfolgreich sein, weil alle antiimperialistischen Klassen des Iran unter dieser Herrschaft litten und keinerlei Perspektiven für eine Entwicklung sahen. Obwohl schon während des Kampfes gegen dieses Regime bestimmte Gruppen der islamischen Bewegung eine Führung für sich beanspruchten, war die islamische Revolution ein Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der wichtigsten antiimperialistischen Kräfte des Landes, getragen von allen Volksklassen. Schon bald nach dem Februar 1979 zeigte sich jedoch, daß ein kleinbürgerlich-extremistischer Flügel der islamischen Bewegung versuchte, die Macht an sich zu reißen. Einen Markstein auf diesem Weg bildete die Verabschiedung der Verfassung 1979, in der die oberste Souveränität im Staat dem Islam und nicht dem Volk zugebilligt und alle wichtigen Entscheidungen dem islamischen Führer bzw. Führungsrat und dem islamischen Wächterrat überläßt.

Die islamische Bewegung ist keine Bewegung mit einheitlicher sozialer Basis. Sie stützt sich sowohl auf das städtische Kleinbürgertum, als auch auf die Bauernschaft, die nationale Bourgeoisie und sogar die Arbeiterklasse, was mit der relativen Schwäche der Marxisten-Leninisten zu tun hat. Gerade weil die Einheit der islamischen Bewegung nach der Revolution zerbrochen ist, kann man auch nicht sagen, sie habe ihre historische Rolle ausgespielt, wie vor kurzem in der KVZ (1–2/81) geschehen. Die iranische Revolution ist gegenwärtig eine nationale und demokratische, deswegen verlangt die Lösung dieser Aufgaben ein Bündnis aller antiimperialistischen Kräfte der Nation. Die gegenwärtigen Kämpfe und Spannungen entbrennen gerade um die Frage, auf welchem Kurs und unter welcher politischen Führung sie fortgesetzt werden muß.

Wie schädlich es ist, wenn über diese Grundfragen der iranischen Revolution keine Klarheit herrscht, zeigt sich an dem Weg der Organisation ,,Volksfedayin" (Fedayin-e-Khalgh) in den letzten Jahren. Diese Organisation, die sich als marxistisch-leninistisch versteht, hatte während der Schah-Diktatur durch ihre bewaffneten Aktionen einen gewissen Anteil bei der Organisierung der Massen gegen das Regime. Schon bald nach der Revolution begann sie einen wütenden Kampf gegen die Provisorische Regierung Bazargan, die sie als ,,liberal" und ,,pro-amerikanisch" bezeichnete. Die ,,Volksfedayin" waren der Meinung, daß Bazargan als Vertreter der Nationalbourgeoisie keine antiimperialistische Politik betreiben könne. Deshalb begrüßten sie den Sturz der Regierung Bazargan durch die Geiselnahme in der US-Botschaft, die sie begeistert unterstützten. Genauso kämpfen sie heute gegen Präsident Bani Sadrs Kurs der Unabhängigkeit von beiden Supermächten, der den engen Zusammenschluß mit der Dritten Welt und engere Beziehungen zur Zweiten Welt mit einschließt.



Kundgebung Bani Sadrs am 2. Jahrestag der Revolution

Dieser Kurs der ,,Volksfedayin" hat zu einer Spaltung der Organisation in mehrere Gruppen geführt, die Mehrheit jedoch zu einer Annäherung an die moskauhörige Tudeh-Partei und an die IRP gebracht.

Auf der anderen Seite jedoch sammeln sich auch die Kräfte, die gegen die Despotie ankämpfen und die den Kampf für die Unabhängigkeit des Landes mit der Demokratie und dem wirtschaftlichen Aufbau verbinden. Wichtigster Repräsentant dieser Bewegung ist der Staatspräsident Bani Sadr, der in der letzten Zeit immer entschiedener zum Kampf gegen die Despoten aufgerufen hat. Seine größte Schwäche besteht jedoch darin, daß er eine Art ,,spontaneistisches" Konzept vertritt und darauf verzichtet, den Kampf für seine Linie zu organisieren: es bereitet ihm keine Schwierigkeiten, eine Million oder mehr Anhänger zu einer Kundgebung in Teheran zu mobilisieren, wie am 2. Jahrestag der Revolution am 12. Februar. Außer der Zeitung ,,Islamische Revolution" und ,,Verbindungsbüro des Präsidenten" sowie großer Teile der Armee, verzichtet er jedoch auf eine Organisierung des Kampfes. In jüngster Zeit waren Kundgebungen des Präsidenten Ziele von Angriffen von IRP-Schlägerbanden, wie in der Universität Teheran. Neben dem Staatspräsidenten haben auch politische Vertreter der nationalen Bourgeoisie wie Bazargan, der frühere Ministerpräsident und Führer der ,,Nationalen Front" und Foruhar ihren Kampf verstärkt.

Aus den Reihen der islamischen Bewegung haben verschiedene Geistliche wie die Ayatollahs Lahuti und Schirazi, aber auch Ahmad Khomeiny ihre Stimme gegen die herrschende Despotie erhoben. Wichtigste organisierte Kraft der islamischen Bewegung sind die Moudjahedin des Volkes, die während der Zeit des Schah-Regimes bewaffnete Aktionen durchgeführt haben und dadurch Ansehen, insbesondere unter der Jugend und den Studenten erworben haben. Ihre Programmatik kann man als eine Art ,,islamischen Sozialismus" bezeichnen, der sich auf die Prinzipien des Koran stützt, aber auch auf die Schriften des Soziologen und Theologen Dr. Schariati und Ayatollah Taleghanis. Ihre Vorstellung von der ,,Djame-e-Tauhidi", d.h. der Gesellschaft nach dem Willen Gottes, beinhaltet Gleichheit aller und Demokratie. Nicht zuletzt deshalb waren sie in den letzten beiden Jahren heftigen Unterdrückungsmaßnahmen durch die herrschende IRP-Partei ausgesetzt. Einer ihrer Führer wurde wegen angeblicher Spionage zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, und heute vergeht kaum eine Woche, wo nicht Mitglieder der Moudjahedin vom Pasdaran oder Killerkommandos der IRP ermordert werden.

Auch die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Linke haben in der letzten Zeit sehr zugenommen. Mitglieder und Funktionäre der ,,Partei des Proletariats des Iran" wurden in den letzten Wochen verhaftet und gefoltert, Einrichtungen und Büros dieser Organisation überfallen und beschlagnahmt. Die revolutionäre Linke ist nach wie vor in mehrere Organisationen gespalten, wenn auch die Gründung der Partei des Proletariats vor gut einem Jahr einen Fortschritt hin zur Einheit der Marxisten-Leninisten darstellte, als sich 9 Gruppen und Zirkel zusammenschlossen. Diese Partei fordert eine ,,Große Nationale Einheitsfront", bestehend aus fortschrittlichem Nationalismus, kämpferischem Islam und revolutionärem Sozialismus, um die wichtigsten Aufgaben des Landes zu lösen: nationale Unabhängigkeit, wirtschaftlichen Aufbau und Demokratie.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer revolutionärer linker Organisationen wie ,,Bund der Kommunisten Irans" oder ,,Tufan", über deren Tätigkeit mir im Moment nichts bekannt ist.

Interessant ist noch, daß die revisionistische Tudeh-Partei und die Volksfedayin-Mehrheit die Abwesenheit von Demokratie und Freiheit im Iran bestreiten. Die Tudeh-Partei hofft wohl, daß ihre Chancen steigen, je mehr Zersplitterung und Chaos anwachsen, um dann mit einer ,,Revolution" nach afghanischem Vorbild die Macht zu übernehmen. Jedenfalls scheut sie nicht davor zurück, eine enge Zusammenarbeit mit den IRP-Führern zu suchen und ständig die ,,revolutionäre Linie des Imams" (Khomeiny) zu beschwören, während ihre Spießgesellen in Afghanistan die islamische Bewegung niederhalten.

Zusammenfassend könnte man sagen, daß die verschiedenen politischen Kräfte des Iran heute im wesentlichen durch die äußere Bedrohung durch den Krieg gegen Irak einigermaßen zusammengehalten werden. Aber auch schon in den vergangenen sechs Monaten des Krieges haben die Vertreter der IRP viele Anstrengungen gemacht, ihre uneingeschränkte Diktatur über das Land zu errichten. Je intensiver sie damit fortfahren, desto näher rückt die Gefahr eines offenen Bürgerkriegs. Das käme den beiden Supermächten, speziell der Sowjetunion, sehr gelegen, um Iran in den Griff zu bekommen.

Aus Dokumenten verschiedener politischer Kräfte des Iran

schaftlichen Klassen und Schichten aufzuzwingen und bedient sich dabei seines bestimmenden Einflusses auf alle wichtigen staatlichen Institutionen. Willkürliche Verletzungen der Meinungs-, Presse-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind an der Tagesordnung.

Wie weit die Despotie der IRP-Führer heute schon geht, wird daran deutlich, daß selbst Proteste von Staatspräsident Bani Sadr, der laut Verfassung zweitwichtigsten Persönlichkeit nach dem Revolutionsführer, gegen die Verletzung demokratischer Rechte des Volkes nicht fruchten, weil er kaum über politische Mittel verfügt, außer seiner zweifellos noch zunehmenden Sympathien unter den Massen.

Zwar hat sich auch Ayatollah Khomeiny in der letzten Zeit verschiedentlich gegen die willkürlichen Maßnahmen der IRP ausgesprochen, insbesondere betonte er, daß Maßnahmen der Exekutive nur von den verfassungsmäßig vorgesehenen Organen durchgeführt werden dürfen und rief die Geistlichen dazu auf, sich aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Insgesamt hat er es aber versäumt, wirksame Maßnahmen gegen die Eroberung der Macht durch die IRP einzuleiten, aus der Furcht heraus,

städtische Kleinbürgertum, als auch auf die Bauernschaft, die nationale Bourgeoisie und sogar die Arbeiterklasse, was mit der relativen Schwäche der Marxisten-Leninisten zu tun hat. Gerade weil die Einheit der islamischen

tik betreiben könne. Deshalb begrüßten sie den Sturz der Regierung Bazargan durch die Geiselnahme in der US-Botschaft, die sie begeistert unterstützten. Genauso kämpfen sie heute gegen Präsident Bani Sadrs Kurs der Unab-



Kundgebung Bani Sadrs am 2. Jahrestag der Revolution

Leider habt Ihr in der letzten Zeit Eure frühere Wachsamkeit gegenüber

tet er jedoch auf eine Organisierung des Kampfes. In jüngster Zeit waren Kundgebungen des Präsidenten Ziele von Angriffen von IRP-Schlägerbanden, wie in der Universität Teheran. Neben dem Staatspräsidenten haben auch politische Vertreter der nationalen Bourgeoisie wie Bazargan, der frühere Ministerpräsident und Führer der ,,Nationalen Front" und Foruhar ihren Kampf verstärkt.

Aus den Reihen der islamischen Bewegung haben verschiedene Geistliche wie die Ayatollahs Lahuti und Schirazi, aber auch Ahmad Khomeiny ihre Stimme gegen die herrschende Despotie erhoben. Wichtigste organisierte Kraft der islamischen Bewegung sind die Moudjahedin des Volkes, die während der Zeit des Schah-Regimes bewaffnete Aktionen durchgeführt haben und dadurch Ansehen, insbesondere unter der Jugend und den Studenten erworben haben. Ihre Programmatik kann man als eine Art ,,islamischen Sozialismus" bezeichnen, der sich auf die Prinzipien des Koran stützt, aber auch auf die Schriften des Soziologen und Theologen Dr. Schariati und Ayatollah Taleghanis. Ihre Vorstellung von der ,,Djame-e-Tauhidi", d.h. der Gesellschaft nach dem Willen Gottes, beinhaltet Gleichheit aller und Demo-

Feindseligkeit in die Reihen der Nation treiben ...

Interessant ist noch, daß die revisionistische Tudeh-Partei und die Volksfedayin-Mehrheit die Abwesenheit von Demokratie und Freiheit im Iran bestreiten. Die Tudeh-Partei hofft wohl, daß ihre Chancen steigen, je mehr Zersplitterung und Chaos anwachsen, um dann mit einer ,,Revolution" nach afghanischem Vorbild die Macht zu übernehmen. Jedenfalls scheut sie nicht davor zurück, eine enge Zusammenarbeit mit den IRP-Führern zu suchen und ständig die ,,revolutionäre Linie des Imams" (Khomeiny) zu beschwören, während ihre Spießgesellen in Afghanistan die islamische Bewegung niederhalten.

Zusammenfassend könnte man sagen, daß die verschiedenen politischen Kräfte des Iran heute im wesentlichen durch die äußere Bedrohung durch den Krieg gegen Irak einigermaßen zusammengehalten werden. Aber auch schon in den vergangenen sechs Monaten des Krieges haben die Vertreter der IRP viele Anstrengungen gemacht, ihre uneingeschränkte Diktatur über das Land zu errichten. Je intensiver sie damit fortfahren, desto näher rückt die Gefahr eines offenen Bürgerkriegs. Das käme den beiden Supermächten, speziell der Sowjetunion, sehr gelegen, um Iran in den Griff zu bekommen.

Aus Dokumenten verschiedener politischer Kräfte des Iran

Offener Brief der Partei des Proletariats des Iran an alle fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte und Persönlichkeiten der Welt und an alle internationalen juristischen Organisationen (Auszug)

,,Der Iran hat sich in ein großes Gefängnis für Iraner verwandelt. Diese Ungerechtigkeit wird durch einen Flügel der Herrschenden angewendet, der jetzt alle Machtorgane besitzt, und, um die Macht zu behalten, keine Verbrechen scheut. Diese Leute sind dank der Märtyrer der Revolution an der Macht. In dieser Epoche unserer Geschichte trägt die iranische Nation die Last der Unterdrückung und der Diktatur derjenigen, die ihre Stellung durch den heldenhaften Kampf des iranischen Volkes erworben haben. Die Mitglieder unserer Partei, die einst neben anderen Patrioten seit über 20 Jahren gegen den SAVAK und das despotische Schahregime, in den Gefängnissen, unter Folterungen im In- und Ausland gekämpft haben, werden von denjenigen verhaftet und gefoltert, die sich damals nicht am Kampf beteiligt oder unter dem Druck des SAVAK kapituliert haben. Sicher ist, daß unsere Nation – genau wie sie es mit dem Schahregime getan hat – die heutigen Despoten in den Mülleimer der Geschichte werfen wird.

Unser Volk hat im Zuge seines Kampfes gegen das Schah-Regime stets die Unterstützung und die Sympathie der freiheitsliebenden und fortschrittlichen antiimperialistischen Kräfte der Welt genossen. Wir fordern auch jetzt alle freiheitsliebenden demokratischen und antiimperialistischen Organisationen und Persönlichkeiten sowie internationale juristische Gremien auf, gegen die Willkür und Unterdrückung unserer Partei, gegen die Angriffe auf die Menschenrechte und die Verstöße gegen die Gesetze im Iran zu protestieren und ihr Möglichstes zu tun, um die freiheitsliebenden Menschen im Iran zu unterstützen."

Moudjahid (Zentralorgan der Organisation der Volksmoudjahedin) 10. Februar '81, Auszüge aus einem Artikel über Despotismus

Es ist eine Wahrheit, daß, wenn die Zuständigen, vor allem im Rechtsbereich, die Despotie abschaffen wollten, sie es schon längst hätten machen können. Es ist aber inzwischen sicher, daß die Despotie für sie Gewinn bringt und sie, die herrschenden Monopolisten (gemeint: die IRP, Red.) selber hinter der Despotie stehen. Und dies dient ihnen, neben ihren anderen reaktionären Methoden, dazu, ihre politischen Gegner aus dem Weg zu räumen ...

Es genügt nur einen Blick in die Geschichte der Despotie dieser Herrschaften zu werfen, um zu merken, daß sie ganz offen die Schlägertruppen verteidigen und sie als ,,das Volk" bezeichnen ...

Es ist auch klar, daß jede Erwartung, von ihnen die Beseitigung der Despotie zu erhoffen, ganz vergeblich ist. Das Volk selbst muß diese Sache in die Hand nehmen. Nur mit der aktiven Teilnahme des Volkes kann dieses Verbrechen ein Ende haben. Dieses Volk ist dasselbe, das gegen die Schlägertruppen vom Aria-Mehr (gemeint: der Schah, Red.) und SAVAK gekämpft hat. Deshalb können sie auch die Schlägertruppen dieser Reaktionäre bekämpfen und die Sicherheit der Gesellschaft wiederherstellen, obwohl diese Leute vor keinem Verbrechen zurückschrecken und das Volk aufs Schärfste unterdrücken.

Kar, Zentralorgan der Volksfedayin (Mehrheit), 26. Dezember 1980 Auszüge aus einem offenen Brief an die Organisation der Volksmoudjahedin

,,Wir fordern einen klaren Standpunkt gegen die Liberalen, aber Ihr findet das nicht zu Gunsten der Revolution ...

Sagt dem Volke, daß ihr das hinterhältige Lächeln von Bazargan & Co. an Euch nicht mögt und daß ihr die antiimperialistische Bewegung gegen sie unterstützt ...

Wie könnt Ihr gegen die Verhaftung von Ghotbzadeh protestieren und dies als ,Zeichen der Diktatur' bezeichnen. Freunde, das ist eine Katastrophe ...

Die Anwendung von Gewalt und brutalen Methoden durch Euch zur Durchsetzung ,der politischen und freiheitlichen Rechte' verdirbt heutzutage die demokratische Atmosphäre in unserer Gesellschaft und schadet den kämpferischen und revolutionären Kräften ...

Meint Ihr nicht, daß die Zeit gekommen ist, daß wir mit aller Kraft versuchen, in den Schulen und Fabriken, im Haus und in Wohnvierteln jede Auseinandersetzung und jeden Zusammenstoß zu vermeiden, weil die Verursacher entweder reaktionäre Konterrevolutionäre sind oder Elemente, die kein politisches Bewußtsein haben oder auf irgendetwas reingefallen sind ...

Leider habt Ihr in der letzten Zeit Eure frühere Wachsamkeit gegenüber den Anhängern des Kapitalismus aufgegeben. Viele Leute denken jetzt, daß Ihr mehr für die Liberalen seid, als für die Linie des Imam. Viele denken, daß ihr die Pasdaran als Feinde bezeichnet. Im Gegenteil, Ihr sollt die Pasdaran als eine antiimperialistische Kraft und als Verteidiger der Revolution bezeichnen ...

Der Herr Präsident meint, daß sich der Iran nicht mit den fortschrittlichen Ländern, sondern mit dem europäischen und japanischen Imperialismus verbünden soll. Wie kann eine revolutionäre und radikale Kraft, jetzt, wo unser Land dabei ist, seine internationalen Freunde zu suchen, eine Politik unterstützen, die offen eine Annäherung an den Westen (Europa u. Japan) sucht ...

Wenn Ihr die Politik des Demokratischen Jemen, Libyens, Syriens und Algeriens gegenüber der Islamischen Republik standhaft unterstützt hättet, hättet Ihr einen Beitrag dazu geleistet, daß diejenigen, die diese Verbundenheit ,,schädlich" fanden und sich stattdessen an Europa und Japan annähern wollen, geschlagen werden."

Haghighat (Wahrheit) Organ des ,,Bund der Kommunisten des Iran" Nr. 107, Februar '81

Wer sind diese Leute, die am meisten von ,,weder West noch Ost" sprechen, aber sowohl vor dem Westen kapitulieren als auch mit dem Osten kooperieren, im Namen des Imams Diktatur und Despotie durchsetzen, im Namen der Ideologie bewaffnete Gruppen bilden, im Namen der Armen die Reichtümer des Landes verschwenden, im Namen des Islam Spaltung und Feindseligkeit in die Reihen der Nation treiben ...

Sie sind die Islamische Republikanische Partei und ihre Helfer, die Organisation der Moudjahedin der Islamischen Revolution (nicht verwechseln mit Volksmoudjahedin, d.V.) und ihre militärischen und paramilitärischen Gruppen. Sie wollen ein reaktionäres, von Großmächten abhängiges Regime zustandebringen und die Zeit des Schah-Regimes wiederbeleben. Die iranische Nation wird einen großen Schritt nach vorn machen, wenn sie diesen ,,Flügel" entmachtet. Die Zerschlagung dieses ,,Flügels" ist ein großer Schritt für die demokratische, antiimperialistische Revolution im Iran.

Brief von Seid Ahmad Khomeiny (der Sohn von Ayatollah Khomeiny. d.V) an die Parlamentsabgeordneten über das Attentat auf Ayatollah Lahuti (Auszüge):

,,Sie, die Abgeordneten des Parlaments, sind vom Volke gewählt. Sie dürfen nicht schweigen ... Die Despotie ist gefährlich, wenn wir dies vermeiden wollen, müssen wir schnell handeln ... Warum bleiben unsere Rechtsorgane ruhig und tun nichts dagegen? Warum fordern sie nicht die Bevölkerung auf, diese Banden anzuzeigen ... Warum sind die Rechtsorgane nicht in der Lage, solche Verbrecher zu verhaften, während sie innerhalb von Minuten jeden Mann und jede Gruppe verhaften, die sie verhaften wollen ... Der Islam ist in Gefahr, das Volk will keinen Islam, der über solche Taten schweigt ... Wir müssen mit aller Kraft standhalten und das, was wir vor der Revolution verteidigten, verteidigen – die Freiheit – und dürfen nicht zulassen, daß einige die Ehre aller in Gefahr bringen ..."

Der Arbeiteraufstand von Nowotscherkask 1962

„Dissidenten"bewegung in der Sowjetunion (2)

gek. In der ersten Folge dieser Serie* haben wir festgestellt, daß die breite Entwicklung einer politischen Opposition in der Sowjetunion auf die Zeit um 1956 datiert und ihre Haupttriebkraft die „Entstalinisierung" war. Chrustschows Angriffe gegen den „Personenkult" dienten – unter dem Druck der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die die UdSSR ebenso wie die osteuropäischen Staaten erfaßt hatte – gerade dazu, eine revolutionäre Lösung der aufgestauten gesellschaftlichen Widersprüche, wie sie sich in Polen und Ungarn anbahnte, zu vermeiden. Indem Stalin zum Alleinschuldigen gemacht wurde, wusch sich die unter seiner Autokratie aufgekommene neue Bourgeoisie die Hände in Unschuld und versuchte, sich selbst an die Spitze der Reformbewegung zu stellen, um ihre soziale und politische Basis zu konsolidieren. Die alten Bolschewiki, die aus den Lagern zurückkamen, ihre Rehabilitierung verlangten, auf Parteiversammlungen auftraten und vor allem die „Wiederherstellung der Lenin'schen Normen und Prinzipien" in der Partei forderten (vgl. unseren letzten Artikel), konnten damit kein wirksames Gegenprogramm entwickeln. Die Parteibürokratie selbst war der Kern der neuen Klasse. Und zu groß war die historische Distanz zwischen dem revolutionären Rußland von 1917 und der Sowjetunion von 1956. Aber ihre Enthüllungen und Anklagen waren zugleich solche gegen den herrschenden Apparat, zumal sie ein großes Echo in der Literatur fanden, und wurden vom Partei- und Staatsapparat daher nach Kräften behindert und unterdrückt. Sehr schnell verfliegen die in Chrustschows „Liberalisierung" gesetzten Hoffnungen und Erwartungen auf Seiten der Intelligenz (wozu die Niederschlagung des ungarischen Aufstands ihr Übriges tut).

Für die Arbeiter und Bauern hatte sich die Lage ohnehin kaum gebessert. Schon 1953 waren die Paßgesetze für die Bauern neu erlassen worden, die ihre faktische Ankettung an die Scholle gesetzlich regelten, entsprechend der schon bestehenden Praxis. Auf die teilweise durch die Häftlinge selbst erzwungene Auflösung der Zwangsarbeitslager reagiert die herrschende Klasse mit den ab 1957 nacheinander in den Unionsrepubliken verabschiedeten „Anti-Parasitismus-"Gesetzen, die für die ganze Gesellschaft den Arbeitszwang unter Androhung von Deportation und Zwangsarbeit für 2 bis 5 Jahre durchsetzen. Damit einher geht ein umfassender Ausbau vielfältigster Bespitzelungs- und Unterdrückungsorgane, wie der sog. „Kameradschaftsgerichte" oder der „Freiwilligen Volksmiliz".

Auch die „materiellen Anreize" bei den Löhnen stellten sich schnell genug als Methoden des materiellen Zwangs



Festbankett zu Chrustschows Geburtstag im Kreml, 1964

oder auch der direkten Lohnschneiderei heraus. Die ganze Lage der Arbeiter blieb drückend wie vorher und kontrastierte immer greller mit der gewaltigen Akkumulation von Kapital in den Händen des Staates. Nach vielen einzelnen Streiks kam es 1962 in Nowotscherkask in der Nähe von Rostow zu einer Erhebung, die militärisch niedergeschlagen wurde. Darüber gibt es einen Augenzeugenbericht von J. Jelin, der damals als Praktikant im Budjonny-Werk für E-Lok-Bau, einem Großbetrieb mit 20000 Beschäftigten, arbeitete.

„Die Unruhen in Nowotscherkask brachen aus zweierlei Gründen aus. Erstens, es wurde eine Preiserhöhung auf Fleisch- und Milcherzeugnisse bekanntgegeben. Zweitens, zur gleichen Zeit wurden in etlichen Betrieben die Leistungslohntarife für die zu erzeugenden Güter herabgesetzt. Wenn man auch das ohnehin sehr schwere Leben vieler Arbeiter in Betracht zieht, die Menschen kamen kaum mit ihrem Geld aus und wohnten in überbevölkerten Wohnungen. So schürten die gleichzeitigen Preiserhöhungen und die Herabsetzung der Leistungslohntarife die allgemeine Empörung und den Protest. Außerdem wußten alle von Lebensmittellieferungen nach Kuba, Indien, Ägypten, was auch wachsende Unzufriedenheit hervorrief.

Alles fing in der Mittagspause am 1. Juni an, etwa um elf Uhr. In dieser Zeit wurde durch den Werkslautsprecher durchgegeben, daß in der Stahlgießereiabteilung der Leistungslohntarif für einige Einzelteile gesenkt wurde. Die Arbeiter der Abteilungen wurden unruhig. Zur gleichen Zeit wurde im Radio die Nachrichtensendung aus Moskau eingeschaltet. Unter den Neuigkeiten gab es eine Nachricht über Erhöhung vieler Lebensmittelpreise. Diese Nachricht verbreitete sich im Werk und löste sofort Empörung in der Arbeiterschaft aus. Die Menschen konnten es nicht fassen. Hier senkt man den Leistungslohntarif und dort Lebensmittelpreiserhöhung. Wie sollen jetzt unterbezahlte Arbeiter leben?

Es war Mittagspause, die Arbeiter sammelten sich in Gruppen und sprachen immer furchtloser und lauter über die gehörten Nachrichten. Es fielen Ausrufe wie: „Die Löhne sind klein, die Preise steigen. Womit sollen wir die Kinder ernähren? Es ist unrecht! An was denkt die Obrigkeit?"

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß viele unserer Werkarbeiter wirklich ärmlich lebten und manchmal auch sehr schwer. Guter Verdienst eines Facharbeiters betrug damals 100 bis 110 Rubel. Es gab auch manche, die 60 bis 70 Rubel verdienten, wie alleinstehende Mütter, die als Hilfsarbeiterin oder als Putzfrau arbeiteten, und manche unter ihnen verdienten noch weniger. War nun die Familie zu groß und nur ein Verdiener, so mußte man hungern. Bei den meisten war die Hauptnahrung Brot, Kartoffeln, Sauerkohl, eingelegte Tomaten und Gurken. Den Kindern wurde Milch und Quark, selten aber Butter gekauft. Fleisch kam sehr selten auf den Tisch eines einfachen Arbeiters. Nach den Preiserhöhungen war an Butter oder Fleisch auch im Traum nicht zu denken. (...)

Am Morgen, den 2. Juni, erzählte man mir, daß große Menschenmassen in die Stadt zum städtischen Parteikomitee marschierten. Die vorbeigehenden Menschen wurden von den Militärs nicht behindert, sondern sie gingen auf die Seite. Die Menschenmenge umzingelte die Soldaten. (...) In der Stadtmitte waren alle Straßen, Anlagen und Plätze von Menschen verstopft. Einige hielten in den Händen Spruchbänder und Plakate. Auf den Spruchbändern waren Aufrufe mit ökonomischen Forderungen. Rein politische Forderungen habe ich nicht gesehen. Als ich zum Gebäude des Stadtsowjet durchdrang, sprach dort vom Balkon der Erste Sekretär des Stadtparteikomitees von Nowotscherkask. Er behauptete, daß die Partei des Volkes Sorge trage, daß die Preiserhöhungen eine Notwendigkeit wären und im Interesse der Werktätigen durchgeführt würden. Solange er diesen politischen Unsinn vorbrachte, wurde er die ganze Zeit von Sprechchören der Demonstranten unterbrochen. (...)

Als ich die Zigaretten gekauft hatte und an meinen Platz zurückkam, hörte ich weiter vorn Schüsse fallen und sah Rauch aufsteigen. Die Menschenmenge erstarrte. Alle reckten ihre Hälse und sahen nach vorn, was da los sein könnte. Dann folgten erneut Schüsse. Ein Kommando habe ich nicht gehört. Die Menschen rührten sich nicht von der Stelle und sahen nur verwundert einander an. Niemand wollte daran glauben, daß die eigenen Truppen in die Arbeitermenge schießen würden, unter denen sich auch viele Frauen, Kinder und Greise befanden. In diesem Moment krachte eine neue Maschinenpistolensalve. Die Menschenmenge wog zurück, so als ob sie sich spalten und auflösen würde. In den hinteren Reihen begriffen die Menschen immer noch nicht, was geschah. Diejenigen, die näher am Gebäude des Stadtparteikomitees und des Stadtsowjet standen, drängten sich mit erschrockenen Gesichtern zurück und schrien: „Es wird geschossen! Es wird getötet!" Und schon wurde ein chaotisches Maschinenpistolenfeuer eröffnet. Die Menschen rannten in alle Richtungen, suchten nach Schutz und Rettung. Ich lief auch und fand mich in dem Geschäft wieder, in dem ich Zigaretten gekauft hatte.

Die Schießerei hielt nicht lange an. Als sich alles beruhigte, schaute ich durch das Fenster des Geschäfts und sah, daß der gesamte Platz vor dem Stadtparteikomitee mit Verwundeten und Toten bedeckt war. Sie wurden in Sanitäts-, Miliz- und Feuerwehrautos verfrachtet. Sanitäter und Milizionäre traten an die Leichen und Verwundeten heran, griffen sie an Händen und Füßen, wie Mehlsäcke oder Holz, warfen sie auf Lkw und andere Fahrzeuge. Sofort spülten die Feuerwehrleute das Blut vom Straßenpflaster und streuten Sand auf diese Stellen. Alles wurde sehr schnell und organisiert gemacht. Wahrscheinlich hatte man sich auf die Erschießung der Werktätigen schon vorbereitet, denn alles war bereit, vom Stand bis zu den Feuerwehrfahrzeugen, die die Spuren des Blutvergießens beseitigen sollten.

Es ist schwer zu sagen, wieviel Tote es gab. Auf dem Platz waren schätzungsweise 200 bis 250 Menschen. Aber auch in anderen Stadtteilen gab es Erschießungen. Augenzeugen berichten, daß die Soldaten der Garnison von Nowotscherkask sich weigerten, diesen verbrecherischen Befehl auszuführen. Später wurden sie dafür mit längeren Freiheitsstrafen und zum Tode durch Erschießung verurteilt. In die Menschenmenge schossen einheimische KGB-Truppeneinheiten und auch dafür mit Flugzeugen nach Nowotscherkask eingeflogene Verbände. (...)

Ich glaube, die Ereignisse in Nowotscherkask hatten ihren Nutzen. Sie zeigten, daß Partei und Regierung keine Maßnahmen scheuten, um ihre Macht zu verteidigen. Diese Ereignisse zeigten aber auch, daß unser Volk unorganisiert, sich nicht einig ist und keine Erfahrung hat im offenen Auftreten gegen die Macht. Nur mit eigener Erfahrung, nur wenn man eine Organisation hat, kann man Erfolge erzielen." (Zit. a. A. Schwendtke: Arbeiteropposition in der Sowjetunion, Reinbek b. Hamburg, 1980)

Die Nachrichten über das Massaker von Nowotscherkask wurden unterdrückt; vollständig war das jedoch nicht möglich. In vielen Städten der UdSSR begannen sich in der Illegalität politische Organisationen zu bilden. Einige traten auch offen hervor. Zum überwiegenden Teil war nach wie vor ihr Programm die Rückkehr zur Lenin'schen Politik des Aufbaus des Sozialismus. Auf diese Entwicklung einer demokratischen und revolutionären Opposition in der Sowjetunion hat jedoch die Polemik der KP Chinas gegen die von der KPdSU vertretene Generallinie der internationalen kommunistischen Gewegung kaum einen Einfluß gewinnen können. Chrustschow als „Gulaschkommunisten" und Verräter an der revolutionären Politik Stalins anzugreifen, die zu 70% richtig gewesen sei und nur um 30% zu korrigieren gewesen wäre – das konnte niemals ein Programm der Opposition in der Sowjetunion sein. Wenn es nur Gulasch gegeben hätte!

Wird fortgesetzt.

* *Vgl. KVZ 8/1981*

und Staatsapparat daher nach Kräften behindert und unterdrückt. Sehr schnell verfliegen die in Chrustschows „Liberalisierung" gesetzten Hoffnungen und Erwartungen auf Seiten der Intelligenz (wozu die Niederschlagung des ungarischen Aufstands ihr Übriges tut).

Für die Arbeiter und Bauern hatte sich die Lage ohnehin kaum gebessert. Schon 1953 waren die Paßgesetze für die Bauern neu erlassen worden, die ihre faktische Ankettung an die Scholle gesetzlich regelten, entsprechend der schon bestehenden Praxis. Auf die teilweise durch die Häftlinge selbst erzwungene Auflösung der Zwangsarbeitslager reagiert die herrschende Klasse mit den ab 1957 nacheinander in den Unionsrepubliken verabschiedeten „Anti-Parasitismus-"Gesetzen, die für die ganze Gesellschaft den Arbeitszwang unter Androhung von Deportation und Zwangsarbeit für 2 bis 5 Jahre durchsetzen. Damit einher geht ein umfassender Ausbau vielfältigster Bespitzelungs- und Unterdrückungsorgane, wie der sog. „Kameradschaftsgerichte" oder der „Freiwilligen Volksmiliz".

Auch die „materiellen Anreize" bei den Löhnen stellten sich schnell genug als Methoden des materiellen Zwangs

* Vgl. KVZ 8/1981

zelnen Streiks kam es 1962 in Nowotscherkask in der Nähe von Rostow zu einer Erhebung, die militärisch niedergeschlagen wurde. Darüber gibt es einen Augenzeugenbericht von J. Jelin, der damals als Praktikant im Budjonny-Werk für E-Lok-Bau, einem Großbetrieb mit 20000 Beschäftigten, arbeitete.

„Die Unruhen in Nowotscherkask brachen aus zweierlei Gründen aus. Erstens, es wurde eine Preiserhöhung auf Fleisch- und Milcherzeugnisse bekanntgegeben. Zweitens, zur gleichen Zeit wurden in etlichen Betrieben die Leistungslohntarife für die zu erzeugenden Güter herabgesetzt. Wenn man auch das ohnehin sehr schwere Leben vieler Arbeiter in Betracht zieht, die Menschen kamen kaum mit ihrem Geld aus und wohnten in überbevölkerten Wohnungen. So schürten die gleichzeitigen Preiserhöhungen und die Herabsetzung der Leistungslohntarife die allgemeine Empörung und den Protest. Außerdem wußten alle von Lebensmittellieferungen nach Kuba, Indien, Ägypten, was auch wachsende Unzufriedenheit hervorrief.

Alles fing in der Mittagspause am 1. Juni an, etwa um elf Uhr. In dieser Zeit wurde durch den Werkslautsprecher durchgegeben, daß in der Stahlgießereiabteilung der Leistungslohntarif für einige Einzelteile gesenkt wurde. Die Arbeiter der Abteilungen wurden unruhig. Zur gleichen Zeit wurde im Radio die Nachrichtensendung aus Moskau eingeschaltet. Unter den Neuigkeiten

bensmittelpreiserhöhung. Wie sollen jetzt unterbezahlte Arbeiter leben?

Es war Mittagspause, die Arbeiter sammelten sich in Gruppen und sprachen immer furchtloser und lauter über die gehörten Nachrichten. Es fielen Ausrufe wie: „Die Löhne sind klein, die Preise steigen. Womit sollen wir die Kinder ernähren? Es ist unrecht! An was denkt die Obrigkeit?"

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß viele unserer Werkarbeiter wirklich ärmlich lebten und manchmal auch sehr schwer. Guter Verdienst eines Facharbeiters betrug damals 100 bis 110 Rubel. Es gab auch manche, die 60 bis 70 Rubel verdienten, wie alleinstehende Mütter, die als Hilfsarbeiterin oder als Putzfrau arbeiteten, und manche unter ihnen verdienten noch weniger. War nun die Familie zu groß und nur ein Verdiener, so mußte man hungern. Bei den meisten war die Hauptnahrung Brot, Kartoffeln, Sauerkohl, eingelegte Tomaten und Gurken. Den Kindern wurde Milch und Quark, selten aber Butter gekauft. Fleisch kam sehr selten auf den Tisch eines einfachen Arbeiters. Nach den Preiserhöhungen war an Butter oder Fleisch auch im Traum nicht zu denken. (...)

Am Morgen, den 2. Juni, erzählte man mir, daß große Menschenmassen in die Stadt zum städtischen Parteikomitee marschierten. Die vorbeigehenden Menschen wurden von den Militärs nicht behindert, sondern sie gingen auf die Seite. Die Menschenmenge umzingelte die Soldaten. (...) In der Stadtmitte waren alle Straßen, Anla-

Stadtsowjet durchdrang, sprach dort vom Balkon der Erste Sekretär des Stadtparteikomitees von Nowotscherkask. Er behauptete, daß die Partei des Volkes Sorge trage, daß die Preiserhöhungen eine Notwendigkeit wären und im Interesse der Werktätigen durchgeführt würden. Solange er diesen politischen Unsinn vorbrachte, wurde er die ganze Zeit von Sprechchören der Demonstranten unterbrochen. (...)

Als ich die Zigaretten gekauft hatte und an meinen Platz zurückkam, hörte ich weiter vorn Schüsse fallen und sah Rauch aufsteigen. Die Menschenmenge erstarrte. Alle reckten ihre Hälse und sahen nach vorn, was da los sein könnte. Dann folgten erneut Schüsse. Ein Kommando habe ich nicht gehört. Die Menschen rührten sich nicht von der Stelle und sahen nur verwundert einander an. Niemand wollte daran glauben, daß die eigenen Truppen in die Arbeitermenge schießen würden, unter denen sich auch viele Frauen, Kinder und Greise befanden. In diesem Moment krachte eine neue Maschinenpistolensalve. Die Menschenmenge wog zurück, so als ob sie sich spalten und auflösen würde. In den hinteren Reihen begriffen die Menschen immer noch nicht, was geschah. Diejenigen, die näher am Gebäude des Stadtparteikomitees und des Stadtsowjet standen, drängten sich mit erschrockenen Gesichtern zurück und schrien: „Es wird geschossen! Es wird getötet!" Und schon wurde ein chaotisches Maschinenpistolenfeuer eröffnet. Die Menschen rannten in alle Richtungen, suchten nach Schutz und Rettung. Ich lief auch und fand mich in

scheuten, um ihre Macht zu verteidigen. Diese Ereignisse zeigten aber auch, daß unser Volk unorganisiert, sich nicht einig ist und keine Erfahrung hat im offenen Auftreten gegen die Macht. Nur mit eigener Erfahrung, nur wenn man eine Organisation hat, kann man Erfolge erzielen." (Zit. a. A. Schwendtke: Arbeiteropposition in der Sowjetunion, Reinbek b. Hamburg, 1980)

Die Nachrichten über das Massaker von Nowotscherkask wurden unterdrückt; vollständig war das jedoch nicht möglich. In vielen Städten der UdSSR begannen sich in der Illegalität politische Organisationen zu bilden. Einige traten auch offen hervor. Zum überwiegenden Teil war nach wie vor ihr Programm die Rückkehr zur Lenin'schen Politik des Aufbaus des Sozialismus. Auf diese Entwicklung einer demokratischen und revolutionären Opposition in der Sowjetunion hat jedoch die Polemik der KP Chinas gegen die von der KPdSU vertretene Generallinie der internationalen kommunistischen Gewegung kaum einen Einfluß gewinnen können. Chrustschow als „Gulaschkommunisten" und Verräter an der revolutionären Politik Stalins anzugreifen, die zu 70% richtig gewesen sei und nur um 30% zu korrigieren gewesen wäre – das konnte niemals ein Programm der Opposition in der Sowjetunion sein. Wenn es nur Gulasch gegeben hätte!

Wird fortgesetzt.

Der Süden Italiens und die Folgen des Erdbebens

Sondersteuern – Massen fordern Wiederaufbau unter Volkskontrolle

heh/pip.Rom. Das Erdbeben, das am 23. November 1980 Süditalien heimsuchte, ist die schwerste Naturkatastrophe Italiens seit Jahrzehnten gewesen. Tausende von Toten, viele vollständig zerstörte Dörfer und teilweise zerstörte Städte (Neapel, Salerno, Avellino) waren das Resultat. In Wirklichkeit waren weite Teile der Basilicata und der Campania bereits zuvor zerstört – weniger offensichtlich zwar, aber gründlicher als es jedes Erdbeben vermocht hätte. Jahr für Jahr sind die jungen Bauern und Handwerker der Region in die großen Industriestädte des Nordens gewandert, um Arbeit und Brot zu finden. Die kleinen Städte und Dörfer des Südens verödeten.

Die industrielle Unterentwicklung Süditaliens hat ihre historischen Wurzeln bereits in der Errichtung des italienischen Nationalstaates durch die militärische Einverleibung des Königreiches von Neapel und Siziliens durch die Bourgeoisie des ökonomisch fortgeschrittenen Piemont (Turin) im Jahre 1860. Piemont hatte damals als einziger der italienischen Staaten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Politisch bedeutet diese nationale Vereinigung einen Kompromiß zwischen der norditalienischen Bourgeoisie und der süditalienischen Grundbesitzerklasse. (Erst 90 Jahre später wurde in Süditalien eine Landreform durchgeführt.) Ökonomisch bedeutete sie die industrielle Vorherrschaft des Nordens über den Süden, durchaus vergleichbar mit dem Verhältnis zwischen Metropole und Kolonie.

Heute stellen die Pensionen der Rentner und die staatlichen, öffentlichen Arbeiten die beiden einzigen wichtigen Einkommensquellen der unterentwickelten Gebiete des Südens dar.

Nicht zuletzt durch die Finanzen der öffentlichen Arbeiten und unter Ausnutzung der Staatsmacht, hat die Democrazia Cristiana, die christdemokratische Partei, es verstanden, den Mezzogiorno (Süden), zu einer ihrer Hochburgen auszubauen.

Die „Cassa del Mezzogiorno", staatliches Finanzierungsinstitut zur „Entwicklung des Südens" (Straßenbau, Kanalisation und Infrastrukturarbeiten, auch Unterstützung von Privatinvestitionen) wurde nicht nur zu einem Instrument der Bereicherung der Bourgeois, sondern auch zur Schaffung einer von der DC vielfältig abhängigen Klientel. Daneben organisierte der von der DC aufgebaute und beherrschte Bauernverband nicht nur den Verkauf der Produkte und den Ankauf der Produktionsmittel der Bauern, sondern ebenso deren Krankenversicherung und Pensionskasse. Mit hilfreicher Unterstützung der Kirche und der Mafia gelang es so der DC, ein fast vollständiges Netz von Abhängigkeit, Bestechung und Unterdrückung zu knüpfen.

In Neapel hat das Erdbeben vor allem die Altstadt verwüstet, die einzige Altstadt dieser Größe übrigens in ganz Italien. 200 Straßenzüge wurden von der Stadtverwaltung zugemauert, 130000 Menschen obdachlos. Neapel ist das einzige größere Industriezentrum der Region. Neben einem Heer von Arbeitslosen gibt es dort ein ganzes Spektrum von Gelegenheitsarbeitern, Straßenhändlern und kleinen Handwerkern, die sich gerade so über Wasser halten können und vor allem in der Altstadt wohnten.

Und in Neapel konzentrieren sich die politischen und ökonomischen Kämpfe der Region. In den vergangenen Jahren haben vor allem die Arbeitslosen zunehmend Kämpfe geführt und eine „Bewegung der Arbeitslosen" gebildet, die sich in Komitees organisiert. Zu diesen sind von einem Tag auf den anderen die 130000 Obdachlosen gestoßen, und die Streiks und Demonstrationen reißen seitdem nicht mehr ab.

Von der Regierung wurde gleich nach dem Erdbeben ein Generalbevollmächtigter (Zamberletti) ernannt. Seine verschiedenen unkoordinierten Versuche, die Einwohner der Bergdörfer und von Neapel an die Küste (in Hotels, Ferienwohnungen u.ä.) umzusiedeln, wurden durch die Bevölkerung im wesentlichen abgelehnt. Nicht, weil diese eine kürzfristige Umsiedelung nicht zum Teil für unumgänglich hält (ganze Dörfer sind vom Erdboden verschwunden), doch die Menschen verlangen von der Regierung vor allem einen Wiederaufbauplan und sofortige Maßnahmen des Wiederaufbaus an den betroffenen Orten. Sie wollen wissen, *wann* und *wie* sie zurückkehren können. Wie sonst können sie ihr Land, ihre Gelegenheitsarbeiten und ihre einzigen Einkommensquellen verlassen? Lieber schlagen sie Zelte auf und organisieren sich am Ort in Wiederaufbaukommitees. Sie fordern, daß diese Kommitees und die Kommunen der betroffenen Orte wesentlich an dem Wiederaufbauplan beteiligt werden. In Neapel fordern die Obdachlosen außerdem die Beschlagnahmung der etwa 20000 aus Spekulationsgründen leerstehenden Wohnungen.

Vor kurzem hat die Regierung eine Sondersteuer auf das Benzin und in Höhe von 5% auf die Einkommensteuer erhoben, um ein Wiederaufbauprogramm zu finanzieren. Die 1980 aufgelöste „Cassa del Mezzogiorno" soll wieder eröffnet werden. Große Staatsbetriebe, wie IRI (Istituto per la Recostructione Industriale) und Fiat haben bereits angeboten, den Wiederaufbau zu organisieren – und großes Interesse an den Steuergeldern gezeigt. Demgegenüber fordern die Volksmassen in den zerstörten Gebieten: Wiederaufbau, organisiert durch die Kommunalverwaltungen, ausgeführt durch die örtlichen Betriebe und unter Kontrolle der „comitati popolari", der Volkskomitees, in denen die Erdbebenopfer sich organisieren.

Ausgehend von Neapel und mit Unterstützung der Gewerkschaften wurden diese Komitees aufgebaut. Die Forderung nach Volkskontrolle haben die drei vereinigten Gewerkschaften, CGIL, CISL, UIL, inzwischen allerdings wieder fallen gelassen. Überhaupt gibt es von seiten der Gewerkschaften bisher noch keine präzisen Forderungen. Sie fordern Auskunft von der Regierung, wofür sie das Geld ausgeben will und sprechen sich für eine finanzielle Unterstützung von Handwerk und Landwirtschaft aus.

Die praktischen Schritte der Regierung gegenüber der Volksbewegung bestehen bisher allerdings vor allem in der Konzentrierung von Polizeikräften in Neapel und wachsender Unterdrückung.

Ob die Democrazia Cristiana so weitermachen kann, wie in den vergangenen 30 Jahren, ist noch nicht ausgemacht.

Die Frage ist, ob die Volksbewegung im Süden in Verbindung mit der Arbeiterklasse des Nordens Fortschritte machen kann mit ihrer Forderung nach Wiederaufbau und Volkskontrolle, d.h. ob es gelingt, die demokratische Bewegung gegenüber dem korrupten und verrotteten christdemokratischen Staat zu stärken und einige grundlegende soziale Fortschritte zu erkämpfen. Gelingt dies nicht, wird die Emigration und die Resignation zunehmen und der Status quo erhalten, das heißt die DC noch einmal siegen.

Wie lange ist der „liberale Absolutismus" in Ungarn noch haltbar?

krk. Die Ereignisse in Polen und die sich daraufhin entwickelnde Lage im Lande haben die ungarische Parteiführung vor ein Dilemma gestellt: verhält sie sich einigermaßen wohlwollend gegenüber der Regierung in Polen und nimmt sie weiterhin mit einer gewissen Gelassenheit die Aktivitäten der „Solidarität" hin, ermutigt sie die demokratische Bewegung und die Opposition aller Schattierungen in Ungarn selbst. Dies ist bereits eingetreten. Die bisher auch in Ungarn oft verbreitete Meinung, „In dem zur Machtsphäre der Sowjetunion gehörendem Osteuropa könne es nicht besser sein, als im Ungarn Kádárs" (Vajda Mihály, ungarischer Soziologe), ist über die Kämpfe in Polen erschüttert worden. „Das erreichbare Maximum in Osteuropa ist nicht der liberale Absolutismus der Kádárschen Konsolidierung" (Vajda), diese Einsicht verbreitet sich.

In von ihm bisher ungewohnt scharfem Ton wandte sich Kádár gegen diese Opposition auf dem letzten Kongreß der Patriotischen Front, Mitte März. Nachdem er auf die sich verschärfende internationale Lage und die „schwierige Lage in Polen" zu sprechen kam, sagte er: „Wir sind uns auch bewußt, daß der Sozialismus in Ungarn seine Feinde gehabt hat, und sie vereinzelt auch noch hat, an der Zahl sehr verringert und sehr isoliert. Offen können sie nicht auftreten, weil die überwiegende Mehrheit des Volkes das sozialistische System und die sozialistischen Programme unterstützt. Es gibt Wirrköpfe und einige, die es juckt, sich öffentlich zu produzieren, die auf herostratische ‚Heldentaten' aus sind. Dieselben – weil sie positiv zur Sache der Gesellschaft nichts beizutragen haben – möchten wenigstens durch negative Taten berühmt werden. Es gibt verantwortungslose Menschen, die nicht daran denken, daß die Sache der Allgemeinheit allem vorangeht. Diese Leute sind in der letzten Zeit etwas lebendiger geworden.

... Wir arbeiten schön ruhig weiter, unsere Politik und unser Programm sind klar und genießen die Unterstützung der Massen. Vor den positiven Debatten haben wir keine Angst, die halten wir für notwendig und bedürfen ihrer. Aber auch das müssen wir sagen: nirgendwo dulden wir destruktive Angriffe gegen unsere Errungenschaften ... unsere Errungenschaften bewahren und vermehren wir, aber mit dem Schicksal des Volkes, des Landes zu spielen erlauben wir niemandem, damit darf nicht gespielt werden. Wir denken, dies ist bei uns ein *gesellschaftliches Abkommen*, woran sich jeder zu halten hat."

Die Ereignisse in Polen haben das bereits wankende „gesellschaftliche Abkommen" weiter erschüttert. Das Volk will sich daran immer weniger halten. Sollte Kádár einem eventuellen Marschbefehl nach Polen gehorchen, entzieht er dem Abkommen – und damit seiner eigenen politischen Legitimation – endgültig selbst den Boden.

Juan Carlos' ‚energische Offensive' im Baskenland – Stärkung der Reaktion

chm. Nach der Ermordung von zwei spanischen Oberstleutnanten des Heeres durch die ETA militar im Baskenland hat die spanische Armee offensichtlich ihre Machtbefugnisse ausgedehnt. In Zukunft wird sie direkt im Antiguerillakampf eingesetzt werden. Das Kabinett beschloß folgende Maßnahmen am vergangenen Montag: Die Streitkräfte werden direkt an der Grenze zwischen dem spanischen und dem französischen Baskenland eingesetzt, auch Einheiten der Marine vor den Küsten ausgefahren. Unter Leitung des Innenministeriums wurde ein einheitliches Oberkommando für Armee, Polizei und Guardia Civil geschaffen. Diese Stationierung im Baskenland, für die pro forma das Einverständnis des baskischen Ministerpräsidenten eingeholt wurde, ist ein Verstoß gegen das im vergangenen Jahr verabschiedete Autonomiestatut.

Das Kabinett hat dem Parlament die Verabschiedung von zwei Gesetzesvorlagen empfohlen, die eine zur Verschärfung des Strafrechts, und die andere betrifft genaue Regelungen für den Alarm-, den Belagerungs- und den

nicht auftreten, weil die überwiegende Mehrheit des Volkes das sozialistische System und die sozialistischen Programme unterstützt. Es gibt Wirrköpfe
Marschbefehl nach Polen gehorchen, entzieht er dem Abkommen – und damit seiner eigenen politischen Legitimation – endgültig selbst den Boden.

Juan Carlos' ‚energische Offensive' im Baskenland – Stärkung der Reaktion

chm. Nach der Ermordung von zwei spanischen Oberstleutnanten des Heeres durch die ETA militar im Baskenland hat die spanische Armee offensichtlich ihre Machtbefugnisse ausgedehnt. In Zukunft wird sie direkt im Antiguerillakampf eingesetzt werden. Das Kabinett beschloß folgende Maßnahmen am vergangenen Montag: Die Streitkräfte werden direkt an der Grenze zwischen dem spanischen und dem französischen Baskenland eingesetzt, auch Einheiten der Marine vor den Küsten ausgefahren. Unter Leitung des Innenministeriums wurde ein einheitliches Oberkommando für Armee, Polizei und Guardia Civil geschaffen. Diese Stationierung im Baskenland, für die pro forma das Einverständnis des baskischen Ministerpräsidenten eingeholt wurde, ist ein Verstoß gegen das im vergangenen Jahr verabschiedete Autonomiestatut.

Das Kabinett hat dem Parlament die Verabschiedung von zwei Gesetzesvorlagen empfohlen, die eine zur Verschärfung des Strafrechts, und die andere betrifft genaue Regelungen für den Alarm-, den Belagerungs- und den
Ausnahmezustand. Die Verschärfung des Strafrechts ist schon beschlossen worden. Die Unterstützung des Terrors gilt als Vergehen gegen die Verfassung und wird mit Höchststrafen geahndet. Als Unterstützung des Terrors gilt z.B. das Drucken oder Verbreiten von Informationen, die Terroristen nutzen könnten, weil es eine „indirekte Hilfe" für sie darstellt.

Erstes Opfer ist die linke baskische Koalition, Herri Batasuna, die bei den letzten Wahlen im Oktober zum Regionalparlament ca. 20% der Stimmen bekommen hatte. Sie soll verboten werden, ihre Zeitungen dürfen nicht mehr erscheinen und etwa 50 ihrer Mitglieder sind verhaftet worden. Die zweite Gesetzesvorlage ist nicht neu. Sie wird seit 1979 von der Verfassungskommission blockiert, weil sie die Verfassung faktisch außer Kraft setzt. Jetzt rechnet sich die Regierung gute Chancen aus, sie durchzubekommen.

Die ersten Einheiten der Marine sind schon am Donnerstag vor den Küsten der baskischen Provinzen Viscaya und Guipuzcoa aufgefahren. Aus dem gesamten Grenzgebiet sind sämtliche Polizeieinheiten abgezogen und durch Armee-Einheiten ersetzt worden. Ebenso hat die Armee den Schutz aller „vitalen" Anlagen wie Flughäfen, Industriebetriebe, Straßenknotenpunkte u.ä. übernommen. Auf der Sitzung, die Juan Carlos mit den Führungsstäben der Streitkräfte, dem Ministerpräsidenten und einigen ausgesuchten Ministern durchgeführt hat, sprach er sich für eine „energische Offensive gegen den Terrorismus" aus. Worin sie besteht, wird jetzt deutlicher: Stärkung der Kräfte der Reaktion und eine unweigerliche Schwächung der demokratischen Kräfte in ganz Spanien.

Khieu Samphan erläutert die Ergebnisse seiner Gespräche mit Sihanouk

lup. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus einem Interview, welches Khieu Samphan im Anschluß an seine Gespräche mit Sihanouk am 12. März den Nachrichtenagenturen AFP und Reuter gegeben hat. Das Zustandekommen und die bisherigen Ergebnisse sind bereits ein Erfolg der Einheitsfrontpolitik der Regierung des Demokratischen Kampuchea, die sich auf die militärischen und politischen Fortschritte im Inneren des Landes stützt. Eine Einigung mit Sihanouk und den Kräften um Sonn Sann würde vor allem die *internationale* Einheitsfront gegen die vietnamesischen Aggressoren und deren sowjetische Hintermänner stärken. Vorübergehend ist es aber durchaus möglich, daß diese Einheitsfront gefährdet wird. Dann nämlich, wenn ein Teil der Länder, insbesondere die USA und westeuropäische Länder, die weitere Unterstützung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO von definitiven Ergebnissen der Gespräche mit N. Sihanouk *abhängig* machen. Dies würde den Versuchen Vietnams, den Sitz Kampucheas in der UNO vakant werden zu lassen, neuen Auftrieb geben. Um so wichtiger ist es, die selbständige Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea fortzusetzen. Diesem Zweck dient eine internationale Solidaritätskonferenz mit Kampuchea, die vom 31. April bis 4. Mai in Tokio in Fortsetzung der Stockholmer Solidaritätskonferenz durchgeführt werden soll. – Der KBW hat seit der Invasion des Demokratischen Kampuchea durch Vietnam Anstrengungen unternommen, politische und materielle Unterstützung für das kampucheanische Volk und seine legitime Regierung zu mobilisieren. Insgesamt haben die von uns durchgeführten Sammlungen ein Ergebnis von 611521 DM erbracht. Gerade in der Vorbereitung des 1. Mai sollten wir diese Sammlung fortsetzen. Spenden können überwiesen werden auf das Konto: Frankfurter Volksbank eG, Mainzer Landstr. 150, Konto-Nr. 01/27132-6, Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Spendenkonto Kampuchea.

Prinz Sihanouk hat in einem Telefongespräch, das ich mit ihm geführt habe, von Differenzen in einem bestimmten Punkt, den er als sehr wichtig erachtet, gesprochen.

Khieu Samphan: Ich möchte Ihnen kurz die wichtigsten Punkte, über die wir Übereinstimmung erzielt haben und die, die wir noch weiter diskutieren müssen, aufzählen.

Zuallererst haben wir dem Prinzen vorgeschlagen, daß wir unser Gespräch auf die Herstellung eines politischen Minimalprogramms hinorientieren sollten, das uns als Basis gemeinsamer Aktionen dienen kann, sowohl auf militärischer als auch auf politischer und diplomatischer Ebene. Wir haben ihm die wichtigsten Punkte eines solchen politischen Minimalprogramms vorgelegt:

Erstens, entschlossen den Kampf auf militärischer Ebene fortsetzen mit der Waffe in der Hand. Wir sind der Auffassung, daß ohne den bewaffneten Kampf an der Front der Vietnamesen niemals unser Land verlassen werden.

Zweitens, in unserem Kampf an der diplomatischen Front ist es unserer Meinung nach notwendig, uns auf die Legitimität des Staates des Demokratischen Kampuchea, auf die Resolutionen der 34. und 35. Vollversammlung der Vereinten Nationen zu stützen, die den Rückzug aller vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea fordern und eine internationale Konferenz über die Kampuchea-Frage vorsehen, um den Zeitpunkt des Rückzugs der vietnamesischen Aggressionstruppen festzulegen. Wir müssen uns ebenfalls auf die Resolutionen der Außenministerkonferenz der Blockfreien Staaten in Neu Delhi stützen.

Drittens, wenn wir uns auf dieses Minimalprogramm geeinigt haben, sollten wir auf der Grundlage dieses Programms die am besten geeigneten Persönlichkeiten wählen, um sie mit dieser oder jener verantwortlichen Position zu betrauen. Wir, das Demokratische Kampuchea, sind der Meinung, daß das politische Minimalprogramm das wichtigste ist; wir werden nicht diesen oder jenen verantwortlichen Posten fordern. Entscheidend ist, daß alle Parteien das Minimalprogramm diskutieren und gemeinsam verabschieden.

Der Prinz sagte, daß er mit diesen wichtigsten Punkten des Programms völlig einverstanden sei.

Er hat uns jedoch nach unserem Standpunkt in Bezug auf drei Fragen gefragt. Er hat betont, daß er die anderen Punkte, die er in seinem Memorandum dargelegt hatte, fallengelassen habe. Ich habe gegenüber dem Prinzen meinerseits betont, daß ich meine Auffassung in Bezug auf diese drei Punkte lediglich als Diskussionsgrundlage äußere. Zum ersten Punkt, der das Recht einer jeden bewaffneten Gruppe, die gegen die vietnamesischen Aggressoren kämpft, weiterzubestehen, betrifft, (so haben wir gesagt), daß wir keine Einwände hätten.

Der zweite, vom Prinzen hervorgebrachte Punkt betrifft die Freiheit, politische Parteien zu gründen und ein parlamentarisches System aufzubauen. Das ist in unserem Programm der Front der Großen Nationalen Patriotischen und Demokratischen Einheit Kampucheas vorgesehen.

Was den dritten Punkt angeht, der die Entwaffnung aller bewaffneten Gruppen betrifft, so haben wir den Prinzen gebeten, ihn für den Augenblick zurückzustellen, da unsere Kämpfer zur Zeit unter ausgesprochen schwierigen Bedingungen kämpfen und wir sie unbedingt in diesem Kampf ermutigen sollten. Abgesehen davon werden wir im Laufe unseres gemeinsamen Kampfes auf der Grundlage des gerade vorgelegten Minimalprogramms mit allen Parteien diskutieren, um den adäquaten Weg zur Bildung einer nationalen Armee zu finden, weil wir auch in Zukunft gezwungen sein werden, die Integrität unseres nationalen Territoriums zu verteidigen. Das ist das, was ich dem Prinzen dargelegt habe.

Ich habe außerdem die Gelegenheit wahrgenommen, um dem Prinzen zu versichern, daß angesichts der gegebenen geopolitischen Lage, in der sich unser Land befindet, es uns unmöglich ist, zur politischen Linie der Jahre '75 – '78 zurückzukehren. Wir, das Demokratische Kampuchea, begreifen sehr wohl, daß es notwendig ist, eine breite nationale Einheit herzustellen, sowohl jetzt als auch in der Zukunft. Anders handeln wäre der Beweis für politische Blindheit, es würde unsere Nation zum Verderben verurteilen, weil es an unserer Ostgrenze ein Vietnam gibt, das ständig bereit ist, uns zu schlucken. Wir brauchen die nationale Einheit im Inneren des Landes und die internationale Unterstützung, die Unterstützung aller Länder, die ein Interesse daran haben, die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit in Südostasien zu festigen. Also haben wir keine andere Möglichkeit, als das Programm der nationalen Einheitsfront zu verfolgen.

Der Prinz sagte, daß er wisse, daß wir klug genug seien, die Politik zwischen '75 und '78 nicht mehr zu verfolgen. Aber er ist bei seiner Auffassung geblieben.

Wenn ich zurückkommen dürfte auf die Frage der Entwaffnung der kampucheanischen Streitkräfte, so ist die Position des Prinzen Sihanouk Ihnen gegenüber die, daß er von Ihrer Aufrichtigkeit nicht vollständig überzeugt ist, das hat er uns zumindest gesagt.

Khieu Samphan: Uns hat er es auch offen gesagt.

Haben Sie ihm als Antwort eine Garantie angeboten, daß sich eine Situation wie 1975 nicht wiederholen werde?

Khieu Samphan: Ich habe ihm gesagt, daß die objektive Lage, so wie ich sie dargestellt habe, eine bessere Garantie darstellt als jede Zusicherung. Es ist ein lebensnotwendiges Muß (genau das Programm der Nationalen Einheitsfront zu befolgen).

Prinz Sihanouk sagt, daß er überhaupt keine Eile hätte im Rahmen der Gespräche, die er mit Ihnen führt. Haben Sie es eilig?

Khieu Samphan: Wir würden gern so schnell wie möglich zum Ergebnis kommen.

Warum?

Khieu Samphan: Um unseren Kampf voranzubringen, um die Vietnamesen so schnell wie möglich zum Abzug zu zwingen, weil Tag für Tag unser Volk Opfer dieses rassistischen Ausrottungskrieges und vor allem der Hungersnot, die in unseren Dörfern tobt, ist. Deswegen haben wir ein Interesse daran, die Vietnamesen so schnell wie möglich zu vertreiben. Jeder Tag, den wir gewinnen, bedeutet ein Gewinn von tausenden von Menschenleben für unser Volk. Deswegen wünschen wir lebhaft, daß eine internationale Konferenz über die Kampuchea-Frage durchgeführt wird, entsprechend der Resolution der 35. UN-Vollversammlung, um den Zeitpunkt des Abzugs der vietnamesischen Truppen festzulegen, damit wir Kampucheaner unsere Angelegenheit unter uns regeln können. Wir sind auch der Meinung, daß die Einheit aller Kräfte, die den Kampf führen, ebenfalls den Abzug der vietnamesischen Aggressoren beschleunigen wird.

(Auszüge)

Schwere Haftstrafen gegen Oppositionelle in Estland

gek. In Estland haben die sowjetischen Sicherheitsorgane eine Prozeßwelle gegen Bürgerrechtler und jugendliche Demonstranten eingeleitet. Zwei Oberschüler in Tallinn wurden zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil sie bei den Demonstrationen im letzten Oktober sowjetische Fahnen verbrannt haben. Weitere sechs Jugendliche sitzen im Zentralgefängnis von Tallinn und warten auf ihre Aburteilung als Rädelsführer dieser Demonstrationen, die sich hauptsächlich gegen die Einführung des Russischen als allgemeine Unterrichtssprache richteten. – Zu vier Jahren Arbeitslager wurde der estnische Bauingenieur Veljo Kalep verurteilt, weil er um die Genehmigung zur „Gründung einer sozialdemokratischen Partei" nachgesucht haben soll.

Stützpunktverhandlungen Griechenland – USA ohne Ergebnis

lup. Die Verhandlungen zwischen Griechenland und den USA sind offenbar festgefahren, und es ist unklar, ob sie vor dem Wahlkampf in Griechenland noch zu einem Ergebnis führen. Der Hauptstreitpunkt ist die Frage der Souveränität über die Gebiete, in denen die USA Stützpunkte errichten wollen. Die USA verlangen uneingeschränkte Verfügung. Die griechische Regierung besteht bislang darauf, daß die Stützunkte mit voll verantwortlichen griechischen Befehlshabern besetzt werden, und daß die stationierten US-Truppen nur für NATO-Aufgaben eingesetzt werden dürfen. Das richtet sich offenbar vor allem gegen einen möglichen Einsatz im Nahen Osten.

Geplante Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in USA

chm. Richard Schweiker, Gesundheitsminister im Kabinett Reagan, will das in den USA bestehende Abtreibungsgesetz so novellieren, daß in Zukunft Schwangerschaftsunterbrechungen nur bei Gefahr für das Leben der Mutter zugelassen werden. Die Bundesmittel, die für Schwangerschaftsunterbrechungen und für Sexualerziehung und Familienplanung ausgegeben werden, sollen gestrichen werden. Die „Antiabtreibungslobby" und die Bewegung „Recht auf Leben" spielten eine wichtige Rolle bei der Wahlpropaganda von Reagan. An ihrer Spitze stehen die Senatoren Jesse Helms und Henry Hyde. Durch mehrere Gesetzesvorlagen ist es Hyde gelungen, die Zahl der mit Bundesmitteln finanzierten Schwangerschaftsunterbrechungen von 300000 im Jahre 1977 auf 2000 im Jahre 1979 zu drücken. Damit ist faktisch die Entscheidung des Obersten Gerichts von 1973 aufgehoben. Die US-Bürgerrechtsbewegungen, vor allem die Organisationen der schwarzen Amerikaner, haben Aktionen gegen die geplante Verschärfung angekündigt.

Dänemark: kommunales Wahlrecht für Ausländer durchgesetzt

bag. Aarhus. Das dänische Parlament hat in zweiter Lesung einem Vorschlag der Regierungsparteien zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer nach 3jährigem Aufenthalt im Land zugestimmt. Bisher galt dies Recht nur für die 22500 Einwanderer aus andern skandinavischen Ländern. Aus EG-Ländern sind 25000, aus der Türkei 12000, aus Jugoslawien 7000 und aus Pakistan 6000 Einwanderer in Dänemark. Die Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts auch für sie ist ein Erfolg einer Aktion verschiedener Ausländerorganisationen Anfang dieses Jahres, unterstützt von den Gewerkschaften.

Zia ul Haq versieht sich mit neuen Vollmachten

chm. In Pakistan hat Staatspräsident Zia ul Haq verfügt, daß eine „provisorische Verfassungsverordnung für 1981" in Kraft getreten sei. Sie hebt faktisch die Verfassung von 1973 auf und schafft alle Grundrechte ab. Die Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf fünf Jahre wird ebenfalls aufgehoben. Das bisher existierende Verbot aller Oppositionsparteien wird durch Verfassungsbestimmungen legitimiert. Die Bekanntgabe der Verfassung war zugleich mit einer Verhaftungswelle gegen oppositionelle Politiker verbunden, vor allem um zu verhindern, daß der von der „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" ausgerufene Aktionstag am 23.3. ein Erfolg wird. (s. KVZ 13/81) Dieser Zusammenschluß von 9 Parteien hatte den Nationalfeiertag Pakistans zu einem Tag des zivilen Ungehorsams erklärt und den Generalstreik ausgerufen. Der Präsident der Bewegung, Abdul Qayum Khan hat alle geplanten Aktionen abgesagt.

Zimbabwe-Konferenz: Imperialisten erhöhen Hilfszusagen

lup. Während der von der Regierung Zimbabwes in der vergangenen Woche durchgeführten Hilfskonferenz haben verschiedene imperialistische Länder ihre bislang übernommenen Hilfsverpflichtungen erhöht. Großbritanien will bis 1983 Hilfe in Höhe von 307 Mio. $ aufbringen, die USA 225 Mio. $. Zimbabwe hatte sich um Zusagen in Höhe von 2 Mrd. $ bemüht. Dies Geld wird insbesondere benötigt, um Landkäufe durch die Regierung zu finanzieren, wenn die Verpflichtungen des Lancaster-Abkommens erfüllt werden sollen, Landenteignungen nur gegen Entschädigungen durchzuführen. Großbritannien hatte sich dabei verpflichtet, die Gelder zur Finanzierung eines Umsiedlungsprogramms für die afrikanischen Bauern zu mobilisieren. Ob das erwartete Ergebnis, Hilfszusagen in Höhe von 1 Mrd. $, bis zum Ende der Konferenz erreicht wurde, war bei Redaktionsschluß nicht bekannt.

6. vds-MV: eine Reihe von Fragen sind aufgeworfen, die es zu klären gilt

Hauptantrag und Vorstand fest auf MSB-Kurs / Ansätze für eine Vereinheitlichung der fortschrittlichen Studenten

vol. Die 6. ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hat ein strammes revisionistisches Programm für die weiteren Tätigkeiten des Dachverbandes beschlossen. Im Vorstand sind Vertreter von revisionistischen, vielleicht besser prosozialimperialistischen Auffassungen mit drei von vier in der Mehrheit. Außer dem MSB und SHB ist der Vertreter der Jusos Mitglied der sogenannten staatsmonopolistischen Fraktion, der Vertreter der LHV ist im Augenblick noch nicht klar einzuordnen. Dieser Vorstand ist entschlossen, auf der Grundlage des Rechenschaftsberichts des alten Vorstands und des Hauptantrags dieser Mitgliederversammlung die Politik des letzten Jahres fortzusetzen.

Wenn man den Hauptantrag der Viererfraktion (MSB, SHB, Jusos, LHV) durchgeht, wird man vielleicht mit dieser Einschätzung nicht so ganz einverstanden sein. Es finden sich dort viele Forderungen der Fachtagungen und Projektbereiche; es gibt dort Forderungen, die in den Kämpfen des letzten Semesters eine wichtige Rolle gespielt haben im Kampf gegen die Mittelkürzungen, Forderungen, die die internationale Solidarität der Studenten mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, zum Beispiel in Mittel- und Lateinamerika wie aber auch im südlichen Afrika ausdrücken.

Trotzdem hat sich in drei entscheidenden Punkten die DKP/MSB Richtung durchgesetzt: dem Kurs „Bildungs- statt Hochrüstungspolitik", unter den alle Forderungen untergeordnet werden sollen; der Forderung nach Teilnovellierung des HRG, auf den sich alle Forderungen zu den Rechten der Studenten und der Studienreform beziehen sollen; wie auch in der Charakterisierung der USA als der „aggressivsten imperialistischen Macht", gegen die sich die Studentenbewegung bei der internationalen Solidarität wenden muß. Der Kurs der DKP/MSB zielt darauf, den Kampf gegen die Bourgeoisie in der BRD mit einer Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu verbinden.

Dies ist nicht neu. Und es ist zu einem großen Teil den Fehlern geschuldet, die die revolutionären Studenten, insbesondere der KBW, gemacht haben, daß diese Form des Hauptantrags und die daraus folgende Politik innerhalb der vds seit mehr als drei Jahren schlechte Tradition ist. Hatte es noch bei der Gründung der vds 1975 in all

spielt haben im Kampf gegen die Mittelkürzungen, Forderungen, die die internationale Solidarität der Studenten mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, zum Beispiel in Mittel- und Lateinamerika wie aber auch im südlichen Afrika ausdrücken.

Trotzdem hat sich in drei entscheidenden Punkten die DKP/MSB Richtung durchgesetzt: dem Kurs „Bildungs- statt Hochrüstungspolitik", unter den alle Forderungen untergeordnet werden sollen; der Forderung nach Teilnovellierung des HRG, auf den sich alle Forderungen zu den Rechten der Studenten und der Studienreform beziehen sollen; wie auch in der Charakterisierung der USA als der „aggressivsten imperialistischen Macht", gegen die sich die Studentenbewegung bei der internationalen Solidarität wenden muß. Der Kurs der DKP/MSB zielt darauf, den Kampf gegen die Bourgeoisie in der BRD mit einer Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu verbinden.

Dies ist nicht neu. Und es ist zu einem großen Teil den Fehlern geschuldet, die die revolutionären Studenten, insbesondere der KBW, gemacht haben, daß diese Form des Hauptantrags und die daraus folgende Politik innerhalb der vds seit mehr als drei Jahren schlechte Tradition ist. Hatte es noch bei der Gründung der vds 1975 in all
diesen Fragen – so wie sie sich damals stellten – heftige Auseinandersetzungen gegeben, ist mit der Festlegung auf „Konzentrationspunkt Kampf gegen das BAföG-System, Kampf der Hochschulreform in den Seminaren" auf eine Kritik dieser Auffassungen verzichtet worden. Dies ging soweit, daß dem Hochschulrahmengesetz gerade in den Punkten, wo es heute die Kürzungspolitik und die Verschärfung der Prüfungs- und Studienordnung durch die Bundesregierung und die Kultusbürokratie ermöglicht, ein fortschrittlicher Charakter zugesprochen wurde, weil dies gegen die Ordinarienherrschaft gerichtet sei. Daß dabei die Willkürherrschaft der Ordinarien durch eine nur fähigere bürokratische Kontrolle aller Studenten durch den bürgerlichen Zentralstaat ersetzt wurde und jegliche Form von Demokratie, die erkämpft war, beseitigt wurde, wurde außer acht gelassen. Aufgrund dieses Verzichts der revolutionären Studenten auf Klärung der politischen Entwicklungen und aufgrund direkter Fehler in der Analyse der Widersprüche zwischen Kapital und Wissenschaft, bürgerlichem Staat und Studenten konnten die Revisionisten mit Hilfe verschiedener Theorien aus der Studentenbewegung der 60er Jahre, die damals durchaus fortschrittlich waren, ihren Einfluß unter den Studenten vergrößern. Ein Beispiel dafür ist der Antrag zu Polen des MSB und SHB, der versucht, direkt an den Kampf gegen den Revanchismus der westdeutschen Bourgeoisie anzuknüpfen und so eine Stellungnahme gegen die Einmischung der Sowjetunion in Polen verhindern will.

Neu war allerdings auf dieser Mitgliederversammlung, daß der Hauptantrag und die bisherige Politik des Vorstandes in fast allen Punkten schwer bekämpft wurde. Die Polarisierung in einer unter Führung des MSB agierenden Koalition von revisionistischen und prosozialimperialistischen ASten und einer Koalition, die unter dem Titel „Basisgruppen" firmierte, führte zum fast vollständigen Verschwinden der sozialliberalen Position, wie sie z.B. heute durch die Bundesregierung repräsentiert wird. Einzig der AStA Saarbrücken zeigt in seinen Anträgen zu Polen und zum Hauptantrag Ansätze, die in Richtung auf Regierungspolitik deuten. In der Abstimmung über den Hauptantrag innerhalb der Juso-Fraktion stand es 12 zu 11 zugunsten Zustimmung. Innerhalb dessen, was wir Basisgruppenfraktion nennen, hatten sich die Vertreter von Fachschaftsgruppen, SB, BWK, KBW und Grüne zusammengeschlossen. Da ein großer Teil der Anträge sowieso erst auf der Mitgliederversammlung geschrieben bzw. veröffentlicht werden, nimmt der Verlauf einer solchen Mitgliederversammlung stark parlamentarische Züge an, mit allen Tricks der Geschäftsordnung, Fraktionsberatung und hauptsächlich demagogisch motivierter politischer Debatte. Idiotischerweise sind häufig gerade die ASten, die als Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte einer Universität oder Fachhochschule zustandegekommen sind und den Drang nach Zusammenschluß der Studenten über einzelne politische Organisationen hinweg repräsentieren „geblockt", d.h. der MSB o.ä. hat sie zur Enthaltung in allen wichtigen Fragen verpflichtet.

Mit der Festlegung auf „Bildungs- statt Hochrüstungspolitik" und der Verabschiedung eines Forderungs- und Tätigkeitskatalogs, der so ziemlich alles umfaßt, was unter Studenten diskutiert wird, verzichtet der Dachverband auf jede Schwerpunktfestlegung für die Kämpfe im Sommer- und Wintersemester 81/82. Geklärt wird nur, unter welcher Propagandastoßrichtung der Vorstand bzw. die Mitgliedsasten arbeiten sollen. Die gegenwärtigen Kürzungen der Bundes- und Landesregierungen sollen durch Streichungen im Verteidigungshaushalt ersetzt werden, ist die scheinbar plausible Botschaft. Tatsache ist, daß die Ausgaben des Staatsapparates für Bildung und Wissenschaft gekürzt werden sollen. Diese Kürzungen werden gerechtfertigt mit einer Verlangsamung des Steigens der Steuereinnahmen. Gerechtfertigt werden Kürzungen auf diesem Gebiet weiterhin mit der Notwendigkeit für staatliche Investitionen, die die kapitalisti-

motivierter politischer Debatte. Idiotischerweise sind häufig gerade die ASten, die als Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte einer Universität oder Fachhochschule zustandegekommen sind und den Drang nach Zusammenschluß der Studenten über einzelne politische Organisationen hinweg repräsentieren „geblockt", d.h. der MSB o.ä. hat sie zur Enthaltung in allen wichtigen Fragen verpflichtet.

Mit der Festlegung auf „Bildungs- statt Hochrüstungspolitik" und der Verabschiedung eines Forderungs- und Tätigkeitskatalogs, der so ziemlich alles umfaßt, was unter Studenten diskutiert wird, verzichtet der Dachverband auf jede Schwerpunktfestlegung für die Kämpfe im Sommer- und Wintersemester 81/82. Geklärt wird nur, unter welcher Propagandastoßrichtung der Vorstand bzw. die Mitgliedsasten arbeiten sollen. Die gegenwärtigen Kürzungen der Bundes- und Landesregierungen sollen durch Streichungen im Verteidigungshaushalt ersetzt werden, ist die scheinbar plausible Botschaft. Tatsache ist, daß die Ausgaben des Staatsapparates für Bildung und Wissenschaft gekürzt werden sollen. Diese Kürzungen werden gerechtfertigt mit einer Verlangsamung des Steigens der Steuereinnahmen. Gerechtfertigt werden Kürzungen auf diesem Gebiet weiterhin mit der Notwendigkeit für staatliche Investitionen, die die kapitalisti-
sche Produktion wieder in Schwung bringen sollen. Zugrunde liegt dieser Entwicklung also die Krise der kapitalistischen Produktionsweise und die Interessen der Kapitalistenklasse, den Teil des Mehrwerts, der dem Staat zufließt, stärker zur Steigerung der Ausbeutung und damit der Profitrate einzusetzen.

Was auf der Ebene des bürgerlichen Staatsapparates als Mangel, Kürzungen, erscheint, hat als Ursache die Überproduktion von Kapital und zeigt die Notwendigkeit der Beseitigung der Fesselung der Produktivkräfte durch die Kapitalistenklasse auf. Auf dieser Grundlage ist auch eine Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf gegen diese Politik der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staatsapparats möglich, im Kampf für eine Überwindung dieses Zustandes. Die revisionistische Stoßrichtung klärt diese Zusammenhänge nicht auf, verzichtet auf revolutionäre Propaganda und schafft darüberhinaus zusätzliche Spaltungslinien. Denn nicht jeder, der bereit ist, gegen die Kürzungen des Staatsapparates in der gesellschaftlichen Reproduktion zu kämpfen, ist bereit, auf Verteidigungsausgaben zu verzichten. Ein Angriff auf diese Verteidigungsausgaben setzt heutzutage voraus, daß geklärt wird, wie sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen gegen äußere Aggression der beiden Supermächte zur Wehr setzen können. Deshalb muß die Kritik an den Verteidigungsausgaben mit Kampf gegen die Allianzpolitik der westdeutschen Bourgeoisie, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Blockfreiheit und Volksbewaffnung verbunden sein. Bei den Revisionisten ist es noch nicht einmal so, daß Einheit im Kampf gegen die Kürzungen an den Hochschulen für eine Aktionseinheit ausreicht, sondern – wie z.B. in Aachen gegenüber der ÖTV geschehen – wird die Einheit über die Kürzung der Rüstungsausgaben zur Voraussetzung gemacht, um gegen die Mittelkürzungen an den Hochschulen z.B. gemeinsam zu kämpfen. Diese Art von Sektierertum ist nur zu verstehen, wenn man die Absichten des Sozialimperialismus der UdSSR hinzuzieht, die an beiden Seiten, sowohl an militärischer Schwächung der westdeutschen Imperialisten als auch an Schwächung der Lohnabhängigen und Volksmassen, ein direktes Interesse hat. Auch von daher kann man erklären, warum auf Bundesebene der MSB überhaupt kein Interesse zeigt, an der Vereinheitlichung der Kämpfe der Studenten zu arbeiten, z.B. durch eine gemeinsame Zeitung oder Entfaltung der Tätigkeit des Zentralrates als Vertretungsorgan aller Asten. Dagegen kommen die vielen zersplitterten Aktionen, an denen sich die MSB-Mitglieder oft führend beteiligen, einer solchen Propaganda und politischen Stoßrichtung entgegen. So kann man jahrzehntelang von „Rechtsentwicklung" reden, ohne bei dem Gedanken rot zu werden, daß zur Unterstützung der Kämpfe von ca. 100000 Studenten im letzten Semester der vds-Vorstand nicht einmal eine vds-Massenpresse rausgekriegt hat.

Es bleibt unsere Aufgabe, diese Widersprüche zu klären und so weit wie möglich aus dem Verlauf der Tätigkeit der Bundes- und Landesregierungen



20000 Studenten und Schüler demonstrierten am 2. Dezember in Wiesbaden gegen die Kürzungen im Bildungsbereich.

und den Kämpfen der Studenten Möglichkeiten zu gemeinsamen Kampfaktionen herauszuarbeiten. Positiv hat sich der Zusammenschluß in den Basisgruppen schon bei dieser vds-MV gezeigt: Vorbereitung der Unterstützung des polnischen Volkes, Unterstützung der Instandbesetzungen, Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft, in der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Möglicherweise können die bundesweiten Seminare der Basisgruppen ein Mittel zu einer solchen Verständigung sein, falls es gelingt, vorher Fortschritte in der Untersuchung zu machen. Die Widersprüche innerhalb dessen, was Basisgruppenfraktion genannt wird, sind bei einigen politischen Fragen sicherlich schnell lösbar. Es gibt aber in Bezug auf die Klärung der Ursachen der Krise des Kapitalismus und ihrer revolutionären Lösung wie auch der Aufgaben der Revolutionäre unter den Studenten und in den internationalen Fragen größere Differenzen. Es wäre allerdings ein erheblicher Fortschritt für die Entwicklung der Kämpfe der Studenten, wenn die Auseinandersetzung um diese Fragen im nächsten Semester Fortschritte macht.

kann man jahrzehntelang von „Rechtsentwicklung" reden, ohne bei dem Gedanken rot zu werden, daß zur Unterstützung der Kämpfe von ca. 100000 Studenten im letzten Semester der vds-Vorstand nicht einmal eine vds-Massenpresse rausgekriegt hat.

Es bleibt unsere Aufgabe, diese Widersprüche zu klären und so weit wie möglich aus dem Verlauf der Tätigkeit der Bundes- und Landesregierungen

gruppen schon bei dieser vds-MV gezeigt: Vorbereitung der Unterstützung des polnischen Volkes, Unterstützung der Instandbesetzungen, Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft, in der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Möglicherweise können die bundesweiten Seminare der Basisgruppen ein Mittel zu einer solchen Verständigung sein, falls es gelingt, vorher Fortschritte in der Untersuchung zu

Ursachen der Krise des Kapitalismus und ihrer revolutionären Lösung wie auch der Aufgaben der Revolutionäre unter den Studenten und in den internationalen Fragen größere Differenzen. Es wäre allerdings ein erheblicher Fortschritt für die Entwicklung der Kämpfe der Studenten, wenn die Auseinandersetzung um diese Fragen im nächsten Semester Fortschritte macht.

Dokumentation: Auseinandersetzung um die Unterstützung des polnischen Volkes

vol. Die Auseinandersetzung um die Unterstützung des polnischen Volkes in seinem Kampf um für Unabhängigkeit und Freiheit zog sich durch die gesamte Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften. Nachdem die Vertreter vom unabhängigen Studentenverband NZS gleich zu Anfang über ihren Kampf berichtet hatten, nahmen die Vertreter der staatlichen Studentenorganisationen später Stellung. Sie griffen die Unterstützung für den NZS so wie er durch die Basisgruppen beantragt war (Aktionen, falls die SU interveniert, Geld für eine Offset-Maschine und publizistische Aufklärung) als Einmischung in die inne-

radikaldemokratischen und sozialistischen Bemühungen in Westeuropa zur Folge haben würde. Die Hoffnungen beider sind objektiv aufs Engste miteinander verknüpft. Um „Solidarität", um Sozialismus und Demokratie in der VR Polen zu befördern, gilt es hier vor allem gegen Aufrüstung und Militarisierung zu kämpfen und den Wandel und die Demokratisierung in einem Land des „realen Sozialismus" solidarisch materiell und politisch zu unterstützen. Die polnische Zukunft ist eng mit dem Schicksal der Linken in der BRD verbunden.

Auf dem 26. Parteitag der KPdSU hat Breschnew unmißverständlich zu

schen Auseinandersetzungen beteiligten Kräfte. Trotzdem stellen sie übereinstimmend fest:

– Sie erkennen die bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen seit der Befreiung vom Faschismus an, vor allem die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

– Sie wehren sich gegen alle Versuche, die Krise in Polen zu nutzen, um alte und neue Formen des Revanchismus zu beleben.

– Sie bekennen sich gerade als fortschrittliche Kräfte der Bundesrepublik zum Prinzip der *Nichteinmischung*: Es ist nicht ihre Aufgabe, den Polen gesellschaftliche Zielvorstellungen vorzu-

Dokumentation: Auseinandersetzung um die Unterstützung des polnischen Volkes

vol. Die Auseinandersetzung um die Unterstützung des polnischen Volkes in seinem Kampf um für Unabhängigkeit und Freiheit zog sich durch die gesamte Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften. Nachdem die Vertreter vom unabhängigen Studentenverband NZS gleich zu Anfang über ihren Kampf berichtet hatten, nahmen die Vertreter der staatlichen Studentenorganisationen später Stellung. Sie griffen die Unterstützung für den NZS so wie er durch die Basisgruppen beantragt war (Aktionen, falls die SU interveniert, Geld für eine Offset-Maschine und publizistische Aufklärung) als Einmischung in die inne-
ren Angelegenheiten Polens an. Schließlich verstiegen sie sich zu der Behauptung, „die Basisgruppen würden mit ihrem Antrag eine Intervention des Warschauer Paktes förmlich herbeireden". Diese Provokation war offensichtlich auf Regie des MSB durchgeführt worden, um die eigene Fraktion beisammenzuhalten. Die Argumentation, wie sie sich im Antrag von MSB und SHB wiederfindet, wird wohl die Standardargumentation im Kampf gegen ihre Unterstützung des polnischen Volkes werden. Auch in der Resolution der Basisgruppen, die wir hier nur stark gekürzt wiedergeben können, findet sich noch die Scheu, für die Unabhängigkeit Polens gegenüber der Sowjetunion konsequent einzutreten.

6.a Ordentliche Mitgliederversammlung in Bielefeld – Antragsnummer 623, Antragsteller: Basisgruppen-Fraktion – Kurztitel: Solidarität mit Solidarność

8. Die tragische Geschichte Polens in Europa ist Ausdruck und Ergebnis der historischen Ereignisse dieses Kontinents gewesen. Angesichts der Konfrontation der Machtblöcke gilt dies heute mit weitaus fataleren Konsequenzen noch immer: Eine politische Verschärfung der Konfrontation zwischen NATO und WP, wie sie sich augenblicklich herausbildet, gefährdet den emanzipatorischen Prozeß in Polen. Eine blockübergreifende Abrüstungs- und Friedenspolitik in Europa ist demnach Bedingung für das Überleben des demokratischen Prozesses dort. Umgekehrt steht außer Zweifel, daß ein Scheitern dieses Prozesses Erschwernis und großes Hindernis für die

radikaldemokratischen und sozialistischen Bemühungen in Westeuropa zur Folge haben würde. Die Hoffnungen beider sind objektiv aufs Engste miteinander verknüpft. Um „Solidarität", um Sozialismus und Demokratie in der VR Polen zu befördern, gilt es hier vor allem gegen Aufrüstung und Militarisierung zu kämpfen und den Wandel und die Demokratisierung in einem Land des „realen Sozialismus" solidarisch materiell und politisch zu unterstützen. Die polnische Zukunft ist eng mit dem Schicksal der Linken in der BRD verbunden.

Auf dem 26. Parteitag der KPdSU hat Breschnew unmißverständlich zu
verstehen gegeben, daß „niemand an unserer Entschlossenheit zweifeln (sollte), unsere Interessen zu sichern ...". Militärische Manöver der Warschauer-Pakt-Truppen finden an den Grenzen Polens statt. Die Gefahr einer militärischen Intervention der UdSSR in Polen besteht, um die politischen Kämpfe der Arbeiter- und Studentenbewegung niederzuhalten. Demgegenüber erklären die VDS, daß sie jegliche Einmischung und Intervention in Polen ablehnen, genauso wie sie jegliche Einmischung seitens der USA oder anderer westlicher Staaten ablehnen. Die VDS unterstützen das Selbstbestimmungsrecht der Polen und werden im Falle einer militärischen Intervention der UdSSR zu Protestaktionen (Kundgebungen, Demonstrationen etc.) aufrufen.

– Die VDS nehmen zum unabhängigen Studentenverband NZS als gleichberechtigten zweiten polnischen Studentenverband offizielle Beziehungen auf.

– Die VDS organisieren für das Sommersemester 1981 eine Rundreise von Vertretern des NZS durch verschiedene Städte Westdeutschlands.

– Die VDS unterstützen die NZS politisch und materiell. Ein erster Schritt ist die Bereitstellung von 6000 DM für die NZS für eine Offset-Druckmaschine.

SOLIDARITÄT MIT SOLIDARNOSC!!!"

Antragsnummer: 625
Antragsteller: MSB & SHB
Kurztitel: Zur Situation in Polen

2. Die VDS-Mitgliederversammlung und die sie tragenden Kräfte haben keine Übereinstimmung über die politischen Positionen der an den polni-

schen Auseinandersetzungen beteiligten Kräfte. Trotzdem stellen sie übereinstimmend fest:

– Sie erkennen die bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen seit der Befreiung vom Faschismus an, vor allem die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

– Sie wehren sich gegen alle Versuche, die Krise in Polen zu nutzen, um alte und neue Formen des Revanchismus zu beleben.

– Sie bekennen sich gerade als fortschrittliche Kräfte der Bundesrepublik zum Prinzip der Nichteinmischung: Es ist nicht ihre Aufgabe, den Polen gesellschaftliche Zielvorstellungen vorzu-
schreiben oder zu bewerten.

(...)

3. Gerade als Linke der Bundesrepublik tragen wir hier besondere Verantwortung. Denn es waren die Armeen Hitlerdeutschlands, die weite Teile des polnischen Volkes ausrotteten. Es waren die Nachkriegsregierungen der Bundesrepublik, die bis zur Durchsetzung der Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre Gebietsansprüche gegen die Volksrepublik Polen erhoben. Und bis heute wird die Oder-Neiße-Grenze von einflußreichen Kräften der Bundesrepublik weit über die revanchistischen Vertriebenenverbände hinaus nicht anerkannt. Erst vor wenigen Wochen haben sich alle Kultusminister einschließlich derjenigen aus sozialdemokratisch regierten Bundesländern darauf geeinigt, die deutschen Grenzen von 1937 in die Schullandkarten aufzunehmen.

Die Hoffnungen der bürgerlichen Kräfte werden dadurch bestärkt, daß Teile der polnischen Opposition um das KOR überlebte Gesellschaftsformen und Besitzverhältnisse wiederherstellen wollen. So strebt Kuron („Gedanken zu einem Aktionsprogramm") die Einführung eines parlamentarischen Systems nach dem Beispiel in den kapitalistischen Ländern an.

4. Die VDS wehren sich gegen alle Versuche, die innenpolitischee Destabilisierung Polens zur Wiederbelebung alter Roll-Back-Strategien zu nutzen. Noch vor knapp zehn Jahren war die Roll-Back-Konzeption, das „militärische Aufrollen" der sozialistischen Länder, offizielle NATO-Doktrin. Heute ist eine Wiederbelebung dieser Kriegsstrategie im Rahmen des verschärften aggressiven US-Kurses eine reale Gefahr.

BRD und Frankreich brechen Getreideembargo

frb. Wie das Bundeslandwirtschaftsministerium am 27. März mitgeteilt hat, hat die BRD im vergangenen Jahr für 682 Mio. DM Güter der Land- und Ernährungswirtschaft in die UdSSR exportiert. Das waren 552 Mio. DM oder 425% mehr als 1979. Wichtigste Produkte waren Zucker mit einem Anteil von 29% des Exportwerts, Müllereierzeugnisse – hauptsächlich Mehl – mit 23%, Butter mit 21% und Fleisch mit 16%. Das Ministerium behauptet, die starke Exportzunahme auch bei Produkten, die unter das US-Embargo gegenüber der UdSSR fallen, sei vor allem auf die Erfüllung von Altlizenzen zurückzuführen. Weiter heißt es dann: „Hinzu kam die Bereitschaft der UdSSR, Agrarprodukte trotz höherer Preise zu kaufen." Die Mitteilung erfolgte, nachdem die französische Regierung die BRD beschuldigt hatte, das Embargo durch Lieferung von 800000 Tonnen Mehl gebrochen zu haben. Scheinheilig hat sich die westdeutsche Regierung über die Absicht Frankreichs erregt, 600000 Tonnen Getreide aus dem diesjährigen Ernteüberschuß in die UdSSR zu liefern.

VW baut Montagewerk in Ägypten

frb. Nach 4jährigen Verhandlungen hat VW jetzt einen Vertrag abgeschlossen, der die Errichtung eines Montagewerkes für 80 Mio. DM in der Nähe von Alexandria vorsieht. Es ist das erste europäische PKW-Werk in Ägypten. VW hält 40% des Kapitals, die Deutsche Entwicklungsgesellschaft beteiligt sich mit 11%, die restlichen 49% sind ägyptisches Kapital. 20000 Wagen sollen in zwei Jahren das Werk verlassen, bei einem geschätzten Absatzmarkt von ca. 45000. Die Bauteile für den Beetle wird VW do Brasil liefern, 10–15% der Teile sollen ägyptischer Produktion entstammen. Die Regierung Ägyptens mußte zusagen, fünf Jahre lang keinem anderen Unternehmen die Errichtung einer Automobilfabrikation zu genehmigen.

8,5 Mio. Arbeitslose in der EG

frb. Ende Februar waren in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 8,5 Millionen Lohnabhängige arbeitslos gemeldet. Das waren 30% mehr als ein Jahr zuvor, den größten Anstieg verzeichnete Großbritannien vor den Niederlanden und Irland. Die Arbeitslosenquote beträgt 7,8% im Durchschnitt.

	Arbeitsl. zahl Febr.	Veränd. zu Jan.	Arbeitsl. quote
BRD	1299000	– 9700	5,0
F	1667700	– 12600	7,4
I	1935100	+ 900	8,8
NL	346700	+ 3900	6,8
B	427200	+ 2300	10,6
Lux.	1544	– 66	1,0
GB	2463300	+ 43800	9,5
Ire	126300	+ 1200	10,5
DK	246100	– 1200	9,5

Die Gegensätze in der EG treten hervor

Ergebnislose Gipfelkonferenz / Die Wirtschaftskrise verschärft die nationale Konkurrenz

frb. Der EG-Gipfel zu Maastricht ist ohne greifbares Ergebnis zu Ende gegangen, die Hoffnungen, strittige Einzelfragen würden zugunsten höherer Einsicht bereinigt, sind zerstoben. Die Fischereipolitik bleibt auf absehbare Zeit ungeklärt. Für den gemeinsamen Kohle- und Stahlmarkt liegt nicht mehr als das leere Bekenntnis vor, Subventionen nur noch bei gleichzeitigem Kapazitätsausbau zu vergeben. Und kaum jemand glaubt, daß die Agrarminister sich noch vor dem 1. April auf die Agrarpreise des kommenden Wirtschaftsjahres einigen; Frankreich hat bereits für den Fall der Nichteinigung nationale Maßnahmen zugunsten seiner Landwirtschaft vorbereitet.

Brüchig ist selbst die Einheit nach außen, empfänglich für sozialimperialistischen Honig, unterwürfig gegenüber den USA. Immerhin gab es zur Außenpolitik noch gemeinsame Erklärungen. Polen soll Nahrungsmittelhilfe und Leihkapital zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Kredit sollen gewisse „Vorstellungen" über seine Verwendung verbunden sein. Erneut wurde der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan verlangt, zum „Doppelbeschluß" der NATO vom Dezember 1979 hieß es, er werde gefährdet, wenn die USA nicht bald Verhandlungen mit der UdSSR aufnehmen würden. Zeigt sich hierin eher eine Verbeugung vor der Sowjetunion, so ist Rücksicht auf die Vereinigten Staaten der erklärte Grund dafür, daß sich die Gemeinschaft bei der Verfolgung ihrer Nahost-Initiative in nächster Zeit zurückhalten will. Die neue US-Regierung solle in Ruhe ihre eigene Politik festlegen können. Auch hier also Rückzug, Ausdruck widerstreitender Interessen untereinander.

Sicher, die EG hat den Handel zwischen den Ländern der Gemeinschaft beflügelt, die Konzerne konnten ihre Tätigkeit leichter über die Ländergrenzen ausdehnen, der gegenseitige Kapitalexport florierte innerhalb der EG stärker als nach außerhalb. Der Industrieumsatz wird in Frankreich zu 24% durch Unternehmen in ausländischem Besitz getätigt, zu 19% in Großbritannien, zu 18% in der BRD, wobei die EG als Herkunftsort des ausländischen Kapitals neben den USA erheblichen Anteil hat. Doch es zeigt sich jetzt, daß die Europäische Gemeinschaft alles andere als eine Einrichtung zum Ausgleich nationaler Gegensätze ist, daß sie vielmehr nur den Rahmen abgibt, in dem sich die bestehenden Gegensätze bewegen. In seiner ganzen Regierungslaufbahn habe er nicht ein solches Ausmaß an nationalem Egoismus beobachtet, beschrieb Helmut Schmidt seine Eindrücke nach der Gipfelkonferenz. Ihm dient dies als Druckmittel, bemäntelt den Versuch, den Konkurrenten die „Gemeinschaftsinteressen" betitelten westdeutschen Kapitalinteressen aufzudrücken. Trotzdem trifft die Feststellung selbst zu.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die jetzige Lage in der EG verursacht. In Großbritannien ist ein Ende der Talfahrt nicht abzusehen. Die Politik der Regierung Thatcher hat die Zahl der Arbeitslosen auf 2,5 Millionen getrieben. Alle paar Tage wird ein größeres Werk stillgelegt. Angetreten mit dem Ruf nach Steuersenkung auf den Lippen hat die Regierung mit ihrem neuen Haushalt Steuererhöhungen vorgelegt, die die gleichartigen der westdeutschen Regierungspolitik noch übertreffen. Die Kapitalisten sind zerstritten über die Regierungspolitik, 42 Tory-Abgeordnete haben ihr bei der Abstimmung zum Haushalt die Zustimmung versagt. Frankreich, bislang noch am ehesten von der Krise verschont, wird jetzt auch unaufhaltsam erfaßt. Sein Präsident unternimmt nichts, was ihm nach seiner Ansicht bei den kommenden Wahlen Stimmen kosten könnte. Italiens Ministerpräsident Forlani hinterließ bei seiner Abreise nach Maastricht ein Wirtschaftsprogramm, das nach den Gewerkschaftsreaktionen nun die Regierung zu sprengen droht. Einen Tag bevor die versammelten EG-Häupter auf Initiative Giscards eine international koordinierte Zinssenkung beschworen, hatte er die Lira abgewertet und den Zentralbankzins weiter angehoben. Belgiens Regierung, die ebenfalls gegen den Widerstand der Gewerkschaften ein weiteres Kürzungsprogramm beschlossen hat, folgte unmittelbar nach dem Gipfel mit einer Zinserhöhung. Und ähnlich, wenngleich nicht überall so ins Auge springend, sieht es in den anderen Ländern aus, bilden sich die Klassenfronten schärfer heraus, kämpft das einzelne Kapital um seine Existenz. Was jetzt als nationaler Egoismus hervortritt, beruht auf der Konkurrenz der Kapitalisten, für die der Staatsapparat Mittel ist, ihre Konkurrenz gegenüber anderen zum Staat organisierten Kapitalisten auszutragen. Die Politik reagiert hierauf, und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht und die bürgerliche Ideologie herrscht, beeinflußt dies auch die Arbeiterklasse.

Die *Fischerei* und die Fischindustrie gehören sicher nicht zu den bedeutenderen Wirtschaftszweigen. Daß es trotzdem hierüber zum Krach kommt, zeigt die Schärfe der Widersprüche. Die britische Regierung wird von Fischern, Fischereikonzernen und Abgeordneten aller Fraktionen ebenso einheitlich zu Unnachgiebigkeit aufgefordert, wie sich die westdeutschen Gewerkschaften zu trügerischer Einheit mit den Fischereikapitalisten bewegen lassen. Wobei die Fischer zumeist der Meinung sind, daß sie sich untereinander längst geeinigt hätten.

Die Fischerei ist nun mal ohne Fischgründe nicht möglich, so wie der Bergbau ohne Lagerstätte nicht möglich ist. Die Nutzung der fischreichen Gewässer unterliegt staatlicher Hoheit, Einigung ist unabdingbar, Gegensätze sind hier besonders deutlich. Die Positionen sind mittlerweile weitgehend bekannt. Frankreich will Zugang zu den britischen Küstengewässern, die BRD will die Zustimmung der EG zu dem Vertrag, der ihr Fischrechte vor Kanada einräumt. Großbritannien aber fürchtet um Schwierigkeiten für seine ohnehin gefährdete Fischerei, wenn kanadischer Kabeljau auf seinen Markt kommt, und verhindert den Vertragsabschluß daher, solange nicht seinen Fischern besondere Rechte in den britischen Küstengewässern zugestanden werden. Zuletzt hatte die britische Regierung eine Preiserhöhung für einige wichtige Fischarten um 25% (später noch 20%), Subventionen für seinen Fischexport nach Osteuropa und eine Importsperre für Billigfisch, sobald der Markt eines Landes gefährdet wird, gefordert. Den anderen Regierungen, darunter der westdeutschen, war dies zu teuer. Eine Erhöhung des EG-Preises würde nämlich wie beim Agrarmarkt auch die Importe verteuern. Dies wiederum bringt die fischverarbeitende Industrie auf den Plan, die auch sofort Protest erhob und darauf hinwies, daß sie zu mehr als zur Hälfte Importfisch verarbeitet. So mußte auch dieser Einigungsversuch scheitern.

2000 Hochseefischer und 15000 Beschäftigte in der fischverarbeitenden Industrie sind in Westdeutschland von der gescheiterten Gemeinsamen Fischereipolitik betroffen. Die EG-Statistik zählt knapp 5000 Beschäftigte in der westdeutschen Fischerei, 3600 in den Niederlanden, 8500 in Irland, knapp 15000 in Dänemark, je über 22000 in Frankreich und Großbritannien, 46000 in Griechenland und 65000 in Italien. In jedem anderen Land der EG (mit Ausnahme Belgien) hat also die Fischerei ein größeres Gewicht als in Westdeutschland. So hartnäckig ist Minister Ertl, wegen dessen unflätigen Beleidigungen Dänemark nach der letzten Verhandlungsrunde förmlichen Protest aussprach, weil Westdeutschland über die größte Hochseeflotte verfügt, in die in den letzten Jahren viel Kapital investiert wurde. Offensichtlich wurde beim Bau dieser Flotte auf Fangmöglichkeiten spekuliert, deren vertragliche Sicherung schon damals ungeklärt war. Jetzt gibt es die Flotte, in die auch etliche Steuergelder flossen, und allenthalben wird empört mit dem Finger auf jene gezeigt, die diese schöne Flotte angeblich im Hafen festhalten. Die Spekulation – oder vielleicht eher: die Erpressung – ist nicht aufgegangen. So etwa sehen die westdeutschen Interessen aus, die die Bundesregierung vertritt.

Eine stagnierende Wirtschaft und ihre eigene politische Gefährdung macht die Regierungen unbeweglich, treibt sie, die Karten bis zum letzten zu reizen. Und jede andere Regierung hat hierzu mehr Grund als die westdeutsche, weil in jedem anderen Land die Gemeinsame Fischereipolitik größere Auswirkungen hat.

Weniger versteckt wie in der Fischereipolitik finden sich die westdeutschen Ansprüche auf dem *Stahlmarkt*. Es ist einfach, die Stahlwerke der EG sind derzeit nur gut zur Hälfte ausgelastet. Nahezu die Hälfte des in Anlagen angelegten Kapitals muß beseitigt werden, denn seine Fortexistenz senkt die Profitrate und drückt die Preise. Aber unser Kapital soll verschont bleiben, ist die Devise der westdeutschen Konzerne, deren Akkumulationsrate die der westeuropäischen Konkurrenten übertrifft. Subventionen in anderen Ländern werden angeprangert. Sie verhinderten Stillegungen von Werken, gegen die sich das westdeutsche Kapital bei freier Konkurrenz längst durchgesetzt hätte.

In allen EG-Ländern greift der Staat tief in die Stahlproduktion ein, für die BRD werden die Milliarden-Subventionen ja nur verschwiegen. In mehreren Staaten findet die Stahlproduktion direkt in staatlicher Regie statt, ohne daß das Privateigentum aufgehoben wäre. So ist es unvermeidlich, daß sich eine Verschärfung der Konkurrenz, der Existenzkampf mehrerer Stahlkonzerne als Kampf zwischen Regierungen und zwischen Staaten austrägt. Die Bundesregierung hat jetzt mit Importzöllen gedroht, die die Zollunion in Frage stellen würden.

Die Interessen, die die Bundesregierung vertritt, sind keineswegs weniger national oder „egoistisch" als jene, die andere Regierungen vertreten. Im Gegenteil wirft sie nur die relative Überlegenheit des westdeutschen Kapitals in die Waagschale. Ihm ist die Freiheit der Konkurrenz, die der Gemeinsame Markt gewährt, jetzt, da sich das Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz vollstreckt, besonders günstig, paßt also die Kapuze der „EG-Solidarität" besonders gut. Das Spiel dient nur, in der EG eine Basis zu schaffen, die das westdeutsche Kapitalinteresse über die EG hinaus zur Wirkung bringt.

ten. VW hält 40% des Kapitals, die Deutsche Entwicklungsgesellschaft beteiligt sich mit 11%, die restlichen 49% sind ägyptisches Kapital. 20000 Wagen sollen in zwei Jahren das Werk verlassen, bei einem geschätzten Absatzmarkt von ca. 45000. Die Bauteile für den Beetle wird VW do Brasil liefern, 10–15% der Teile sollen ägyptischer Produktion entstammen. Die Regierung Ägyptens mußte zusagen, fünf Jahre lang keinem anderen Unternehmen die Errichtung einer Automobilfabrikation zu genehmigen.

8,5 Mio. Arbeitslose in der EG

frb. Ende Februar waren in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 8,5 Millionen Lohnabhängige arbeitslos gemeldet. Das waren 30% mehr als ein Jahr zuvor, den größten Anstieg verzeichnete Großbritannien vor den Niederlanden und Irland. Die Arbeitslosenquote beträgt 7,8% im Durchschnitt.

gung vor der Sowjetunion, so ist Rücksicht auf die Vereinigten Staaten der erklärte Grund dafür, daß sich die Gemeinschaft bei der Verfolgung ihrer Nahost-Initiative in nächster Zeit zurückhalten will. Die neue US-Regierung solle in Ruhe ihre eigene Politik festlegen können. Auch hier also Rückzug, Ausdruck widerstreitender Interessen untereinander.

Sicher, die EG hat den Handel zwischen den Ländern der Gemeinschaft beflügelt, die Konzerne konnten ihre Tätigkeit leichter über die Ländergrenzen ausdehnen, der gegenseitige Kapitalexport florierte innerhalb der EG stärker als nach außerhalb. Der Industrieumsatz wird in Frankreich zu 24% durch Unternehmen in ausländischem Besitz getätigt, zu 19% in Großbritannien, zu 18% in der BRD, wobei die EG als Herkunftsort des ausländischen Kapitals neben den USA erheblichen Anteil hat. Doch es zeigt sich jetzt, daß die Europäische Gemeinschaft alles andere als eine Einrichtung zum Ausgleich nationaler Gegensätze ist, daß sie vielmehr nur den Rahmen abgibt, in dem sich die bestehenden Gegensätze bewegen. In seiner ganzen Regierungslaufbahn habe er nicht ein solches Ausmaß an nationalem Egoismus beobachtet, beschrieb Helmut Schmidt seine Eindrücke nach der Gipfelkonferenz. Ihm dient dies als Druckmittel,

ve Giscards eine international koordinierte Zinssenkung beschworen, hatte er die Lira abgewertet und den Zentralbankzins weiter angehoben. Belgiens Regierung, die ebenfalls gegen den Widerstand der Gewerkschaften ein weiteres Kürzungsprogramm beschlossen hat, folgte unmittelbar nach dem Gipfel mit einer Zinserhöhung. Und ähnlich, wenngleich nicht überall so ins Auge springend, sieht es in den anderen Ländern aus, bilden sich die Klassenfronten schärfer heraus, kämpft das einzelne Kapital um seine Existenz. Was jetzt als nationaler Egoismus hervortritt, beruht auf der Konkurrenz der Kapitalisten, für die der Staatsapparat Mittel ist, ihre Konkurrenz gegenüber anderen zum Staat organisierten Kapitalisten auszutragen. Die Politik reagiert hierauf, und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht und die bürgerliche Ideologie herrscht, beeinflußt dies auch die Arbeiterklasse.

Die Fischerei und die Fischindustrie gehören sicher nicht zu den bedeutenderen Wirtschaftszweigen. Daß es trotzdem hierüber zum Krach kommt, zeigt die Schärfe der Widersprüche. Die britische Regierung wird von Fischern, Fischereikonzernen und Abgeordneten aller Fraktionen ebenso einheitlich zu Unnachgiebigkeit aufgefordert, wie sich die westdeutschen Ge-

EG-Preises würde nämlich wie beim Agrarmarkt auch die Importe verteuern. Dies wiederum bringt die fischverarbeitende Industrie auf den Plan, die auch sofort Protest erhob und darauf hinwies, daß sie zu mehr als zur Hälfte Importfisch verarbeitet. So mußte auch dieser Einigungsversuch scheitern.

2000 Hochseefischer und 15000 Beschäftigte in der fischverarbeitenden Industrie sind in Westdeutschland von der gescheiterten Gemeinsamen Fischereipolitik betroffen. Die EG-Statistik zählt knapp 5000 Beschäftigte in der westdeutschen Fischerei, 3600 in den Niederlanden, 8500 in Irland, knapp 15000 in Dänemark, je über 22000 in Frankreich und Großbritannien, 46000 in Griechenland und 65000 in Italien. In jedem anderen Land der EG (mit Ausnahme Belgien) hat also die Fischerei ein größeres Gewicht als in Westdeutschland. So hartnäckig ist Minister Ertl, wegen dessen unflätigen Beleidigungen Dänemark nach der letzten Verhandlungsrunde förmlichen Protest aussprach, weil Westdeutschland über die größte Hochseeflotte verfügt, in die in den letzten Jahren viel Kapital investiert wurde. Offensichtlich wurde beim Bau dieser Flotte auf Fangmöglichkeiten spekuliert, deren vertragliche Sicherung schon damals ungeklärt war. Jetzt gibt es die Flotte, in die auch

die sich das westdeutsche Kapital bei freier Konkurrenz längst durchgesetzt hätte.

In allen EG-Ländern greift der Staat tief in die Stahlproduktion ein, für die BRD werden die Milliarden-Subventionen ja nur verschwiegen. In mehreren Staaten findet die Stahlproduktion direkt in staatlicher Regie statt, ohne daß das Privateigentum aufgehoben wäre. So ist es unvermeidlich, daß sich eine Verschärfung der Konkurrenz, der Existenzkampf mehrerer Stahlkonzerne als Kampf zwischen Regierungen und zwischen Staaten austrägt. Die Bundesregierung hat jetzt mit Importzöllen gedroht, die die Zollunion in Frage stellen würden.

Die Interessen, die die Bundesregierung vertritt, sind keineswegs weniger national oder „egoistisch" als jene, die andere Regierungen vertreten. Im Gegenteil wirft sie nur die relative Überlegenheit des westdeutschen Kapitals in die Waagschale. Ihm ist die Freiheit der Konkurrenz, die der Gemeinsame Markt gewährt, jetzt, da sich das Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz vollstreckt, besonders günstig, paßt also die Kapuze der „EG-Solidarität" besonders gut. Das Spiel dient nur, in der EG eine Basis zu schaffen, die das westdeutsche Kapitalinteresse über die EG hinaus zur Wirkung bringt.

Spanien: Zahlreiche Streiks im Januar und Februar

miu.Barcelona. 50785927 Arbeitsstunden sind in den ersten beiden Monaten 1981 verstreikt worden, klagt der spanische Kapitalistenverband, fast doppelt soviele wie im Vorjahr (27263418 Stunden). Ein Teil der Streikstunden kommt von den Warnstreiks gegen den Militärputsch am 23.2. Die meisten richten sich aber gegen Reallohnabbau, Rationalisierungen und Entlassungen. Dazu einige Zahlen: im letzten Jahr stiegen die Lebenshaltungskosten um 15,1%. Die bisher abgeschlossenen Tarifverträge bringen eine Lohnsteigerung von nur 14%, d.h. bei Renald z.B.: Facharbeiter 1750 DM brutto, Meister 1875 DM, Angestellter 2500 DM. Dabei stiegen die Preise für lebensnotwendige Güter natürlich viel schneller! Und im Januar wurden die Preise gleich wieder um durchschnittlich 2,1% angehoben. Überdurchschnittlich bei Lebensmitteln 5,3%, ärztliche Versorgung 3,9%, Eisenbahn 12 bis 15%, Telefon 10% und demnächst Elektrizität 7,8%. Die neue Regierung greift hart durch. So wurden vor zwei Wochen beim Müllarbeiterstreik in Barcelona Friedhofswärter, Stadtgärtner usw. unter Polizeigeleit in requirierten Müllwagen zum Streikbruch gepreßt. Lieber wäre der Regierung jetzt offensichtlich eine Unterdrückung der Arbeiterinteressen ohne Zuspitzung der Kämpfe. Regierungschef Calvo Sotelo scheint ein „Spitzengespräch" mit den Gewerkschaften anzustreben.

Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ist ausgereizt

Neue Kostendämpfungsgesetze angekündigt – Vorrang Krankenhaus

hev. „Erfolg unterbrochen" überschrieb das vom Arbeits- und Sozialministerium herausgegebene „Bundesarbeitsblatt" eine Zusammenfassung der bisherigen Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen nach der Herbstsitzung der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen". Damals hatte es nur Schätzergebnisse für die zweite Hälfte 1980 gegeben, die sich jetzt, zur Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion am 23. März, aber in vollem Umfang bestätigt haben.

Die Frühjahrssitzung hat regelmäßig den gesetzlichen Auftrag, auf Grundlage von wirtschaftlichen Rahmendaten, wie sie in den diversen Gutachten, insbesondere dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung festgehalten sind, die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen abzuschätzen und Empfehlungen für die Vertreter der Kassen, der Ärzte, der Krankenhäuser und der pharmazeutischen Industrie auszusprechen. Hauptorientierungspunkt ist die Entwicklung der Gesamtlohnsumme (des versicherungspflichtigen Lohns) im laufenden Jahr. Diese wird, so schätzte der Arbeitsminister, 1981 nur um 4% steigen, und er bezog sich dabei auf den Verlauf der Tarifverhandlungen. Ihm konnte noch nicht bekannt sein, daß die IG Bau, Steine, Erden einen 4%-Abschluß abgelehnt hat. Geflissentlich ignoriert hat er, daß die Metaller sich mit diesen leidigen 4% nicht zufrieden geben würden. Letztlich gingen alle Beteiligten aber von den 4% aus und einigten sich auf folgendes:

Weil die Ausgaben der Krankenkassen 1980 um durchschnittlich 8,6%, die Grundlohnsumme aber nur um 5,5% gestiegen und die Kassen deshalb zu durchschnittlichen Beitragserhöhungen von 0,4% gezwungen worden sind, müßten in allen Ausgabenbereichen der gesetzlichen Krankenversicherung zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Abgesehen von den bereits abgeschlossenen Verträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten über die Begrenzung der Vergütung für ärztliche Leistungen sollten die Ausgaben für Arzneimittel nicht über 4,5% steigen, der Pharmaindustrie wird empfohlen, auf weitere Preiserhöhungen in diesem Jahr zu verzichten (Die Arzneimittelpreise waren schon in den ersten Monaten dieses Jahres 4% höher als im Vorjahr). An die Krankenhausträger wird appeliert, „das Leistungsangebot ... durch Umstrukturierung und weiteren Abbau von Überkapazitäten zügig dem sich ändernden Bedarf anzupassen". Beim Zahnersatz sollten in Zukunft edelmetallreduzierte Legierungen verwendet werden, dieses billigere Material soll Gold ersetzen.

Soweit die Empfehlungen, die verbindlich sein sollen. Im letzten Jahr wurden sie erheblich überschritten. Die Kassen mußten den durch die Frühjahrssitzung 1980 vorgegebenen Finanzrahmen um 1,8 Mrd. DM überschreiten, weil die Kosten davongelaufen waren. Arbeitsminister Ehrenberg machte dafür in erster Linie den Zahnersatz (+12,2%) verantwortlich, weiter die Heil- und Hilfsmittel (+10,3%), die Arzneimittel (+9%) und die Krankenhausbehandlung (+8%). Auch die Ausgaben für die ambulante ärztliche Behandlung lagen mit +6,7% oberhalb der anvisierten Höchstmarke von 5,9%. In den Jahren vorher – von 1976 bis 1979 – hatten die Kostendämpfungsmaßnahmen dagegen durchaus gegriffen. Während von 1970 bis 1975 die Leistungsausgaben der Kassen jährlich um durchschnittlich 17,4% gestiegen waren, wurden sie in den folgenden Jahren auf 9% ('76), 3,7% ('77), 5,8% ('78) und 7% ('79) gedrückt. Der Beitragssatz der Kassen konnte weitgehend stabil gehalten, zum Teil sogar gesenkt werden. Die Kosten geraten wieder in Bewegung, wo, wie Ehrenberg beklagte, Beitragserhöhungen vor dem Hintergrund der „Einengung der binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten" und „zunehmender weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten" zu „einer entsprechenden Minderung der verfügbaren Einkommen der Versicherten und einer höheren Kostenbelastung der Unternehmen" führten. Er zog den Schluß, daß alle Beteiligten unbedingt wieder höhere Kostendisziplin zu wahren hätten und kündigte bereits für Ende März eine Anhörung der Verbände zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes an mit dem Untertitel „Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz". Der Referentenentwurf ist am 9. März an die Verbände geschickt worden. Weiter plant die Regierung Gesetzesinitiativen zur Kostendämpfung bei den Heil- und Hilfsmitteln und beim Zahnersatz.

Die Möglichkeiten, die Konzertierte Aktion zur Kostendämpfung einzusetzen, scheinen ausgereizt, die Regierung setzt wieder die Gesetzesmaschinerie in Gang, nachdem außer wenig nachdrücklichen Versuchen für ein Krankenhausfinanzierungsgesetz seit 1977 Ruhe an dieser Front geherrscht hatte. Das Instrument Konzertierte Aktion ist für die Regierung auch eher ein moralisches Druck- und Propagandamittel gegen die Versicherten als ein wirksames Forum zur Verpflichtung aller Beteiligten. Wie das Bundesarbeitsministerium selbst zugibt, funktionieren die „Empfehlungen" nur so lange, wie ein allgemeiner Konsens unter den betroffenen Verbänden herzustellen ist. Geht dieser Konsens, wie jetzt in der Krise, verloren, wird das Mittel für die Regierung einigermaßen uninteressant. Dies mag auch erklären, warum die Berichterstattung in der Presse über dieses früher doch so wichtige Ereignis Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, so dünn war und z.B. von der „Frankfurter Allgemeinen" keines Kommentars für würdig befunden wurde. Umso mehr ist jetzt wieder mit wirklich einschneidenden Gesetzesmaßnahmen zu rechnen, die Einschränkungen für die Versicherten bedeuten werden. Mit dem Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz hat es die Bundesregierung jetzt wieder eilig.

Man hilft den Reissetzlingen nicht wachsen, wenn man sie hochzieht

Zur Einführung des Haushaltsquotensystems in China

trs. Um die schweren Probleme hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung, der Belieferung der Leichtindustrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und der Einkommensverbesserung für die Bauern lösen zu können, versucht China jetzt wieder, in armen und rückständigen Gebieten der Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Einzelwirtschaft mehr Spielraum zu geben. Man bezeichnet dieses neue System als ,,Festlegung von Ertragsquoten für Haushalte" (im folgenden Haushaltsquoten). Die Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 5.11.80 definierte dieses System folgendermaßen: ,,Bei dieser Methode, z.B. dem Prinzip der ‚großen Verantwortlichkeit für die Produktion', wird das Land unter den Haushalten aufgeteilt. Der die vertraglichen Verpflichtungen eingehende Haushalt ist nicht für eine festgelegte Produktionsmenge verantwortlich, sondern für die Ablieferung einer staatlichen Ankaufmenge und eines bestimmten Betrages für das Kollektiv an die oberen Dienststellen. Der Haushalt kann das übrigbleibende Getreide nach Leistung dieser Zahlungen selbst behalten. Bei einer hohen Form der Kollektivierung bedeutet dieses System eine Art Rückschritt."

Die Produktionsgruppen werden also verkleinert, z.T. bis auf Familiengröße. Zwar bleibt das Land im Besitz der Kommune, aber die Bauern können aus ihrem Stück Land herauswirtschaften so viel sie eben leisten können, der Überschuß gehört ihnen. Kurz gesagt geht es darum, daß der Bauernhaushalt Land zur privaten Nutzung erhält und dafür eine festgelegte Ertragsmenge abgeben muß. 20% der Kommunen produzieren bereits auf kleinen Feldern (Hongqi 20/1980). Renmin Ribao v. 5.11.80: ,,Die Bauern wollen selbst wirtschaften, um aus der kollektiven Mißwirtschaft herauszukommen." Die Zeitschrift Jingji Guanli (Wirtschaftsverwaltung) 2/81 benennt den Grund für die Einführung dieses Systems: ,,Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß ein Teil der Bauern die Nase voll hat von der ‚linken' Ideologie und ‚linken' Linie in der Landwirtschaft und von Dirigismus und gleichmacherischer Verteilung."

Dieses System soll hauptsächlich in armen und rückständigen Gebieten Anwendung finden. Das Problem liegt darin, daß die materielle und technische Grundlage der Kollektivwirtschaft noch schwach ist, die Kollektivierung aber dem Stand der Produktivkräfte entsprechen muß. So ist es sinnvoll – und wird auch betont –, daß reichere Kommunen mit großen Feldern weiter in großen Produktionsgruppen arbeiten, denn hier lohnt sich der Einsatz von Maschinen, und der Ertrag ist hoch genug, um Maschinen finanzieren zu können. In durchschnittlichen Kommunen erlaubt der Ertrag nicht die Anschaffung teurer Maschinen, die Arbeit muß mit der Hand erledigt werden. Wozu also große Produktionsgruppen? Ökonomisch ist das nicht erforderlich. Ob 5 Leute mit der Hacke ein kleines Stück Land bearbeiten oder 1000 ein größeres, von der Produktivität her ergibt dies nicht mehr, sondern erfordert allein eine andere, aufwendigere Organisation. Abgesehen davon gibt es auch kaum Kader, die eine Brigade oder Kommune gut verwalten können. Besser lassen sich die kleinen Produktionsgruppen organisieren.

Die neue Form des Kollektiveigentums entspricht der alten aus den 50er Jahren: entweder bekommt der Bauer eine bestimmte Arbeit zugewiesen, die mit Punkten bewertet wird, ein Feld bestellen = x Punkte. Oder die Familie/Produktionsgruppe arbeitet auf dem zugeteilten Ackerland und muß einen festgelegten Ertrag abliefern. Der Überschuß gehört ihr. In rückständigen, armen Gebieten wird die Familie Produktionseinheit. Renmin Ribao schreibt, die Bauern würden jetzt mehr und rentabler arbeiten, denn sie tragen einerseits die Verantwortung und haben andererseits den Gewinn davon, den früher die Kommuneleitung unkontrollierbar einsteckte, recht oft zu ihrem eigenen Nutzen.

Dieses Zurückgehen auf die Einzelwirtschaft geht Hand in Hand mit einer kritischen Beurteilung des Kollektivierungsverlaufs in der Landwirtschaft in den 50er Jahren. So heißt es in der Renmin Ribao vom 5.11.80, zur Zeit der ,,Gruppen für gegenseitige Hilfe" und der Genossenschaften niedrigen Typs habe sich die Kollektivierung stabil entwickelt, weil von den Prinzipien der freiwilligen Teilnahme und des gegenseitigen Vorteils ausgegangen worden sei. Und: ,,Leider gingen wir nach den Erfolgen der Kollektivierung im Winter 1955 zu schnell vor, und eine ganze Reihe von Gebieten begingen in verschiedenem Ausmaß Fehler, z.B. immer mehr und größere Genossenschaften zu errichten und willkürliche Befehle zu erlassen. Ende 1955 machte die Zahl der Bauernhaushalte, die den Genossenschaften höheren Typs beigetreten waren, nur 4% der Gezamtzahl aus, Ende 1956 aber bereits 87,7%. Diese schwierige Aufgabe (die Kollektivierung), für die ursprünglich ein bis fünfzehn Jahre oder länger angesetzt waren, dauerte so weniger als eineinhalb Jahre." Man habe jetzt erkannt, so die Renmin Ribao, daß die Bedingungen für eine derart umfassende Bewegung zur Organisierung von Genossenschaften noch nicht reif gewesen seien. Von daher habe 1957 vielerorts ein allgemeiner Rückzug von den Kollektiven eingesetzt. Aber auch dann sei man keineswegs von der Entwicklung der Produktivkräfte ausgegangen, habe das Erreichte nicht gefestigt, sondern eine große Auseinandersetzung über die zwei Wege (Sozialismus und Kapitalismus) angefangen. Dies habe den Boden bereitet für die folgenden noch größeren Fehler, den ,,kommunistischen Wind", während des Großen Sprungs nach Vorn und der Bewegung zur Gründung der Volkskommunen 1958. Der Grad der Sozialisierung sei höher und höher geworden, ohne Rücksicht auf den Stand der Produktivkräfte.

Zu Beginn der 60er Jahre habe man dann einen Schritt zurückgemacht und die Organisationsform auf dem Land wieder bis zu Kleingruppen oder der Familie verkleinert und das Prinzip der Haushaltsquoten eingeführt. Während der chaotischen Jahre der Kulturrevolution (1966 – 76) seien schließlich alle Bemühungen, den einzelnen Bauern oder seine Familie durch Leistungsanreize zu größeren Leistungen zu motivieren, zunichte gemacht worden. Es habe sich ein ,,Schein-Sozialismus" entwickelt, das Land und die Bauern hätten ,,lange Zeit Stagnation und schreckliche Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktion hinnehmen" müssen.

Nach Renmin Ribao gab es 1976/77 200 Kreise, deren Produktionsniveau auf dem Stand von 1949 war, einige sogar noch niedriger. 1979 litten 200 Millionen Bauern Hunger. Sie hatten jährlich weniger als 150 Kilo Getreide zu essen. Sicher wäre es verfehlt, für die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung und die Armut der Bauern die übereilte Kollektivierung allein verantwortlich zu machen. So wurde etwa eine falsche Anbaupolitik betrieben und nicht auf lokale Gegebenheiten und Rentabilität geachtet. Man kann jedoch sagen, daß die vollständige Kollektivierung des bäuerlichen Eigentums die Schwierigkeiten verstärkt und die Initiative der Bauern gehemmt hat. Laut Renmin Ribao wirtschaftet die Mehrheit der Bauern heute aufgrund der Erfahrungen der letzten 20 Jahre lieber in der Familie als im Kollektiv. Jingji Guanli 2/1981 berichtet, daß es z.B. in der Provinz Anhui seit der Vergenossenschaftung in vielen Brigaden keine nennenswerte Entwicklung gegeben habe. Das Jahresdurchschnittseinkommen liege hier seit sehr langer Zeit bei 40 Yuan (52 DM). (Zum Vergleich: bei Arbeitern bei 750 Yuan). Bei manchen liege das Niveau heute unter dem der Zeit vor der Vergenossenschaftung. Die Zeitschrift erklärt zugleich, streckenweise habe das System der Haushaltsquoten erst gar nicht eingeführt zu werden brauchen, sondern sich seit zwei Jahren schon in vielen armen Gebieten spontan durchgesetzt. (Das Gleiche wurde uns 1979 in Yunnan berichtet.)

Allerdings gibt es nicht wenige Bedenken und Widerstände gegen die Einführung des Haushaltsquotensystems, die von vielen Kadern der mittleren Ebene als ,,kapitalistische Restauration" angesehen wird. Demgegenüber erwidert die Renmin Ribao vom 5.11., gegenwärtig müßten erstmal die Begeisterung und der Produktionswille der Bauern gefördert und eine ausreichende Ernährung und Kleidung für die Bauern sichergestellt werden. Das sei vorrangig. Zudem bedeute die Einführung dieses Systems keineswegs die Auflösung des Kollektivs. Bereits am 1.11.80 hatte die Zeitung geschrieben, es handele sich bei der Einführung dieses Systems zwar um einen Rückschritt, aber um einen Rückschritt, der den Arbeitselan der Massen anfeuere, sie ermutige, sich um eine intensive Bebauung ihrer kleinen Landstücke zu bemühen und ihr Bestes zu tun, das Ernährungsproblem zu lösen und die Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die linksabweichlerische Linie entstanden seien. Überdies könnten sich dadurch die Beziehungen zwischen Partei und Massen wieder verbessern, könnten die Bedingungen geschaffen werden, um zu einer noch höheren Form der sozialistischen Wirtschaft fortzuschreiten. Von daher sei dieser Rückschritt ein Fortschritt, und insgesamt sei dieses System deshalb mit dem Sozialismus vereinbar.

Auswirkungen hat die neue Politik für alle Gemeinschaftsprojekte, wie Bewässerungsanlagen, Kommunefabriken, Schädlingsbekämpfung usw. Auch die Landmaschinenfabriken sind stark betroffen. Eine der bekanntesten in Luoyang produziert nun Uhren und Feuerzeuge, andere sind stillgelegt, die Arbeiter mit 70% Grundlohn nach Hause geschickt.

Ein weiteres Problem wird die Geburtenplanung. Jede Arbeitskraft mehr gewinnt nun in der Familie noch größere Bedeutung. Nicht zuletzt wird sich auch die Schere zwischen ärmeren und reicheren Bauern vergrößern, schon die Bodenverteilung bringt da Probleme, denn nicht jedes Ackerland ist gleich gut. Die Renmin Ribao stellt daher einige Regeln auf, die bei der Landverteilung zu beachten seien: das Kollektiveigentum muß erhalten bleiben, Wälder dürfen nicht beschädigt werden, ertragreiche Produkte, die man kollektiv produzieren muß (z.B. Tee) sollen erhalten bleiben, Boden darf nicht verkauft, keine Arbeitskräfte eingestellt und kein Geld verliehen werden, alleinstehende Alte und die Familien von Soldaten müssen versorgt werden.

Die Landwirtschaft ist in China die Grundlage der Gesellschaft. Sie ernährt die Bevölkerung, liefert die Rohstoffe für die Industrie und bildet einen wichtigen Absatzmarkt für ihre Industrieprodukte. 50% der staatlichen Einnahmen kommen aus der Landwirtschaft, aber seit den 50er Jahren wurden nur durchschnittlich 10% in die Landwirtschaft investiert. Im Jahre 1979 wurden die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte angehoben. Das führte zu einer Preissteigerung in den Städten von 20 bis 40%. Mehr Geld für die Bauern kann nicht hauptsächlich aus Subventionen und Preissteigerungen kommen, sondern nur aus der Entwicklung der bäuerlichen Produktion selbst. Die Verkleinerung der Kollektive, die Einführung des Leistungsprinzips in der landwirtschaftlichen Produktion hat hier offensichtlich eine Menge Energien freigesetzt und die ökonomische Lage der Bauern verbessert. Daß es höchste Zeit damit wurde, bewiesen auch die Demonstrationen der Bauern im Sommer und Herbst 1979, als sie in Massen nach Beijing strömten, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken.

Organisation und Funktion einer Volkskommune

	Größe	Eigentum	Zuständigkeit	andere Funktionen
Volkskommune	ca. 20000 Pers.	Fabriken (z.B. für Herstellung von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten, Plastikartikeln, Zement)	a) jährliche Produktionspläne für die Gesamtkommune b) Großprojekte (Wasserversorgung, Flutkontrolle, etc.)	Miliz, öffentliche Sicherheit, Krankenhaus, Läden, Kulturleben, Kauf-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaft
Produktionsbrigade	1000 bis 3000 Personen	Kleinindustrieanlagen (z.B. für Ziegel, Mehl usw.) Boden	Kleinere Projekte (Brunnen, Bodenverbesserung, Forstarbeiten etc.)	Schulen, Sanitätsstationen, Läden, Dienstleistungen (Radreparaturen, Friseur etc.)
Produktionsgruppe	früher: 20 bis 100 Familien – heute stark verkleinert	Vieh, Geräte	detaillierte Anbauprogramme für Kollektivland	Festlegung der Arbeitspunkte, Rechnungsführung, Entlohnung (Naturalien und Geld)

kommen." Die Zeitschrift Jingji Guanli (Wirtschaftsverwaltung) 2/81 benennt den Grund für die Einführung dieses Systems: ,,Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß ein Teil der Bauern die Nase voll hat von der ‚linken' Ideologie und ‚linken' Linie in der Landwirtschaft und von Dirigismus und gleichmacherischer Verteilung."

Dieses System soll hauptsächlich in armen und rückständigen Gebieten Anwendung finden. Das Problem liegt darin, daß die materielle und technische Grundlage der Kollektivwirtschaft noch schwach ist, die Kollektivierung aber dem Stand der Produktivkräfte entsprechen muß. So ist es sinnvoll – und wird auch betont –, daß reichere Kommunen mit großen Feldern weiter in großen Produktionsgruppen arbeiten, denn hier lohnt sich der Einsatz von Maschinen, und der Ertrag ist hoch genug, um Maschinen finanzieren zu können. In durchschnittlichen Kommunen erlaubt der Ertrag nicht die Anschaffung teurer Maschinen, die Arbeit muß mit der Hand erledigt werden. Wozu also große Produktionsgruppen? Ökonomisch ist das nicht erforderlich. Ob 5 Leute mit der Hacke

genseitigen Vorteils ausgegangen worden sei. Und: ,,Leider gingen wir nach den Erfolgen der Kollektivierung im Winter 1955 zu schnell vor, und eine ganze Reihe von Gebieten begingen in verschiedenem Ausmaß Fehler, z.B. immer mehr und größere Genossenschaften zu errichten und willkürliche Befehle zu erlassen. Ende 1955 machte die Zahl der Bauernhaushalte, die den Genossenschaften höheren Typs beigetreten waren, nur 4% der Gezamtzahl aus, Ende 1956 aber bereits 87,7%.

vieren, zunichte gemacht worden. Es habe sich ein ,,Schein-Sozialismus" entwickelt, das Land und die Bauern hätten ,,lange Zeit Stagnation und schreckliche Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktion hinnehmen" müssen.

Nach Renmin Ribao gab es 1976/77 200 Kreise, deren Produktionsniveau auf dem Stand von 1949 war, einige sogar noch niedriger. 1979 litten 200 Millionen Bauern Hunger. Sie hatten jährlich weniger als 150 Kilo Getreide zu

stems, die von vielen Kadern der mittleren Ebene als ,,kapitalistische Restauration" angesehen wird. Demgegenüber erwidert die Renmin Ribao vom 5.11., gegenwärtig müßten erstmal die Begeisterung und der Produktionswille der Bauern gefördert und eine ausreichende Ernährung und Kleidung für die Bauern sichergestellt werden. Das sei vorrangig. Zudem bedeute die Einführung dieses Systems keineswegs die Auflösung des Kollektivs. Bereits am 1.11.80 hatte die Zeitung geschrieben, es handele sich bei der Ein-

werden, alleinstehende Alte und die Familien von Soldaten müssen versorgt werden.

Die Landwirtschaft ist in China die Grundlage der Gesellschaft. Sie ernährt die Bevölkerung, liefert die Rohstoffe für die Industrie und bildet einen wichtigen Absatzmarkt für ihre Industrieprodukte. 50% der staatlichen Einnahmen kommen aus der Landwirtschaft, aber seit den 50er Jahren wurden nur durchschnittlich 10% in die Landwirtschaft investiert.

Organisation und Funktion einer Volkskommune

	Größe	Eigentum	Zuständigkeit	andere Funktionen
Volkskommune	ca. 20000 Pers.	Fabriken (z.B. für Herstellung von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten, Plastikartikeln, Zement)	a) jährliche Produktionspläne für die Gesamtkommune b) Großprojekte (Wasserversorgung, Flutkontrolle, etc.)	Miliz, öffentliche Sicherheit, Krankenhaus, Läden, Kulturleben, Kauf-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaft
Produktionsbrigade	1000 bis 3000 Personen	Kleinindustrieanlagen (z.B. für Ziegel, Mehl usw.) Boden	Kleinere Projekte (Brunnen, Bodenverbesserung, Forstarbeiten etc.)	Schulen, Sanitätsstationen, Läden, Dienstleistungen (Radreparaturen, Friseur etc.)
Produktionsgruppe	früher: 20 bis 100 Familien – heute stark verkleinert	Vieh, Geräte	detaillierte Anbauprogramme für Kollektivland	Festlegung der Arbeitspunkte, Rechnungsführung, Entlohnung (Naturalien und Geld)

Ölmonopole kaufen den Bergbau auf

Übernahmeangebote im Wert von 8 Mrd. $ innerhalb von 10 Tagen Ölprofite zur Erweiterung des Monopols

frb. Glaubt man den Angaben der Mineralölgesellschaften, so machen sie derzeit in der BRD pro Tonne verarbeiteten Rohöls zwischen 15 und 85 DM *Verlust*. Die Deutsche BP z.B. weist denn auch in ihrem Geschäftsbericht für 1980 aus dem Ölgeschäft einen Verlust von 104 Mio. DM aus. Doch ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man einen Blick auf die Börse in den USA wirft, wo die Ölmonopole feister denn je nach den größten Bergbaugesellschaften greifen. Binnen zehn Tagen sind dort Riesenfusionen im Wert von acht Mrd. $ bekanntgeworden (1 $ rd. 2 DM). In allen Fällen ist Ölkapital das fressende, Bergbaukapital das gefressene Kapital.

Als erstes war am 6. März ein Übernahmeangebot der Standard Oil of California (Socal) für die AMAX veröffentlicht worden. 20% hält die Socal schon jetzt an AMAX, für die restlichen 80% bietet sie 3,9 Mrd. $, mehr als je für eine Übernahme gezahlt wurde. Die Socal, die ihre Produkte unter dem Namen ,,Chevron" verkauft, ist die viertgrößte Ölgesellschaft der USA, Jahresumsatz 1980: 43 Mrd. $.

Die AMAX gilt als die größte Bergbaugesellschaft der USA, drittgrößter Kohleproduzent, der Welt größter Anbieter von Molybdän, tätig in Kupfer, Nickel, Silber, Blei, Eisen, Zink, Phosphat, Magnesium und Aluminium. Jahresumsatz 3 Mrd. $. 1975, als sie flüssige Mittel nötig hatte, hatte sich Socal einen Anteil von 20% erworben. Socal zahlte damals 333 Mio. $, womit für das gesamte Unternehmen eine Bewertung von ca. 1,6 Mrd. $ unterstellt war. 1978 bot Socal bereits 2 Mrd. $ für die restlichen 80%. AMAX lehnte damals ab und Socal zog sich zurück – um jetzt ihr Angebot zu verdoppeln.

Keine Woche war die Ankündigung der Socal bekannt, da verkündete die Standard Oil of Ohio (Sohio), 53%ige Tochter der British Petroleum und unter den US-Erdölgesellschaften an 14. Stelle, den Aufkauf der Kennecott Corporation. Sohio zahlt dafür 1,8 Mrd. $ in bar, Geld, das sie vor allem aus den Profiten, die das Erdölfeld in der Prudhoe Bay in Alaska abwirft, hat. Die Gesellschaft ist an dem Alaska-Feld zur Hälfte beteiligt. Die Kennecott ist der bedeutendste Kupferproduzent der USA, berüchtigt u.a. durch seine Tätigkeit in Chile. Daneben verfügt die Gesellschaft über Molybdän, Gold, Silber u.a.

Drittes großes Opfer der gefräßigen Ölgelder ist St. Joe Minerals, der USA größter Blei- und Zinnproduzent, Besitzer von Goldminen in Chile und Kalifornien, von Öl- und Gasfeldern in USA, Kanada, Ägypten, Philippinen und in der Nordsee, sowie riesiger Kohlelager in den amerikanischen Appalachen. Die Offerte kommt hier von der US-Tochter des kanadischen Schnaps- und Getränkekonzerns Seagram, der weltgrößte seiner Branche, der durch Verkauf einiger Ölfelder zu flüssigen Mitteln gekommen ist.

Viertens schließlich bot die Gulf Oil, fünftgrößte US-Ölgesellschaft, Mitte März 325 Mio. $ für die in persönlichem Besitz befindliche Kemmerer Coal Company, eine der ältesten und größten Kohleproduzenten im Westen der USA.

Die Aufkäufe bedeuten, daß die selbständigen Bergbaumonopole der USA, von jeher zu den wichtigsten der US-Monopole zählend und an hervorragender Stelle an den weltweiten Raubzügen des US-Imperialismus beteiligt, praktisch verschwinden, daß sie geschluckt werden von den Ölmonopolen und mit diesen verschmelzen. Seit Jahren schon wirken die größten Ölmonopole in diese Richtung. Jede der ,,7 Größten" hat sich neben der Chemieindustrie in den Bergbau, insbesondere in die Kohleproduktion ausgedehnt. ¼ der US-Kohleproduktion, 35% der Kupferproduktion, 25% der Uranproduktion in den USA und 40% der Welterdgasförderung werden schon vor Abschluß der jetzt angekündigten Übernahmen von Ölmonopolen beherrscht. 1977 war bereits der zweitgrößte Kupferproduzent der USA, die Anaconda, in einer der größten Fusionen in der Atlantic Richfield, einem Ölkonzern der zweiten Garde, aufgegangen. So weiten die Ölgesellschaften ihr Monopol mehr und mehr auf die gesamte Rohstoffproduktion aus, verfügt eine geringe Zahl von Kapitalgesellschaften über die Ausbeutung des Großteils der natürlichen Ressourcen der Erde.

Es ist kein Geheimnis, daß die Übernahmen vom Regierungsantritt der Reagan-Administration positiv beeinflußt wurden. Reagan setzte sich für die Freigabe der Benzinpreise ein, und Drohungen zur Entflechtung der Ölmonopole mittels der Anti-Trust-Gesetze gehören der Vergangenheit an. Doch es melden sich auch Stimmen, denen die Macht der Ölkonzerne unheimlich ist. Immerhin kommt kein Kapitalist ohne Rohstoffe aus und mit Neid blickt ein Teil der Kapitalistenklasse auf die Monopolprofite der Ölkonzerne. Die ,,7 Größten" (Exxon, Shell, Mobil, BP, Texaco, Socal und Gulf) erzielten zuletzt einen Profit von 23,3 Mrd. $ bei einem Umsatz von 450 Mrd. $. Die US-Ölkonzerne steigerten ihre Profite in den letzten beiden Jahren um 76% und 25% und vereinnahmen annähernd ein Drittel der gesamten Unternehmensgewinne in USA. Die ,,Windfall Profit Steuer" hat dies nicht verhindert.

So verlaufen auch die jetzigen Übernahmen keinesfalls friedlich. Gesichert scheint nur die Einverleibung der Kennecott durch Sohio/BP. Hier sollen die Aktionäre im Mai zustimmen. Kennecott ist geschwächt durch die gescheiterte bzw. wenig profitliche Übernahme zweier anderer Konzerne, sowie durch einen dreijährigen Krieg mit dem Curtiss-Wright-Konzern, währenddessen letzterer zunächst die Kennecott-Leitung zu stürzen und die Gesellschaft zu übernehmen versuchte, ehe Ende letzten Jahres Kennecott seinerseits mit einem Übernahmeangebot für Curtis-Wright bluffte. Der AMAX-Vorstand hat erklärt, er unterstütze das Socal-Angebot an die Aktionäre nicht, für die Interessen des Konzerns sei es besser, er behalte seine Selbständigkeit. Seit dem Übernahmeangebot 1978 hatte die AMAX versucht, sich durch Zukäufe zu dick zu machen, als daß Socal ein zweites Mal zubeißen würde. Doch es gilt als sicher, daß Socal diesmal hartnäckiger sein wird als vor drei Jahren. St. Joe schließlich hat erklärt, die Gesellschaft wehre sich mit allen Mitteln gegen eine Übernahme, bis hin zur Selbstliquidation. Die ersten gerichtlichen Schritte allerdings hat Seagram bereits gewonnen.

Es spricht wenig dafür, daß die Bergbaukonzerne ihrem Aufkauf widerstehen können. Zu groß ist das Übergewicht der Ölmonopole, zu sehr haben die Bergbaugesellschaften in eigenen Ausdehnungsversuchen ihre Kräfte verbraucht. Verlockende Profitaussichten winken ihnen, aber nur, wenn sie jetzt Investitionen machen, die zu finanzieren sie trotz ihrer gewaltigen Größe bereits zu klein sind. So greifen die Ölmonopole zu.



Erfolg im Times-Prozeß

hef. Am 27.3. wies das Arbeitsgericht in Offenbach die Schadensersatzklage der TER-Druckerei gegen die IG Druck und Papier zurück, da unbegründet: Zum einen habe das Times-Management den Druckauftrag an die TER-Druckerei zurückgezogen, zum anderen habe kein rechtswidriger Eingriff in Produktion und Auslieferung stattgefunden. Bezogen hat sich das Gericht auch auf die schriftliche Aussage des Offenbacher Polizeipräsidenten, seine Sicherheitskräfte hätten die Produktion und Auslieferung gewährleisten können.
Vorausgegangen war diesem Prozeß die Aufhebung eines Landgerichtsurteils, in dem die Druck und Papier zu 58200 DM Schadenersatz verurteilt worden war, durch das Oberlandesgericht. Jetzt will die TER-Druckerei in Berufung gehen.
Das Bild zeigt den mit über 200 Kollegen überfüllten Gerichtssaal und einen Stand vor dem Gericht.

Betriebsratswahlen bei Röhm: Widersprüchliches Ergebnis

doe.Darmstadt. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei Röhm in Darmstadt und Werk Weiterstadt hat viele überrascht, weil es Widersprüchliches ausdrückt: Die Gruppe der Arbeiter hat 1003 (936) Stimmen für die Liste der IG Chemie abgegeben, 499 Stimmen für die Liste ,,Interessenvertretung der Belegschaft'', die zum ersten Mal kandidierte. Vor drei Jahren gab es hier eine Einzelkandidiatur einer Betriebsrätin, die wegen Mitgliedschaft im KBW 1975 aus der IG Chemie ausgeschlossen wurde und nicht auf einer gewerkschaftlichen Vorschlagsliste aufgenommen wurde. Für diese Kandidatur wurden 1978 294 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag dieses Jahr bei den Arbeitern um ca. 10% über der Beteiligung 1978 bei 71,5% (62,9%).

Für die Gruppe der Angestellten wurden 460 (476) Stimmen für die Liste der IG Chemie abgegeben, 275 (254) Stimmen für die DAG. Die Wahlbeteiligung bei den Angestellten liegt bei knapp über 60%.

Nach den Betriebsversammlungen zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen vor zwei Wochen konnte man annehmen, daß die Unterstützung der Liste ,,Interessenvertretung der Belegschaft'' stärker ist, als das Wahlergebnis ausdrückt; auf jeden Fall aber die Unterstützung der alten Betriebsratsspitze, die auf den vorderen Plätzen der IG-Chemieliste kandidierten, deutlich zurückgegangen ist. 600 Arbeiterstimmen für das Programm und die Kandidaten der Liste ,,Interessenvertretung der Belegschaft'' waren realistisch. Wenn man weiß, daß das Zustandekommen dieser Kräftesammlung von Anfang an von den bürokratischen Betriebsräten zusammen mit der Geschäftsleitung bekämpft worden ist (Verfolgung der Kandidaten bei der Unterschriftensammlung für die Kandidatur, Ausspruch von Verwarnungen durch die Personalabteilung, fristlose Kündigung eines Kandidaten, Heranziehen von Kandidaten der offiziellen IG-Chemieliste als ,,Wahlhelfer'', vorzeitiges Einwerfen mehrerer Hundert Briefwahlumschläge in die Urnen und Nichtzulassung der Betriebsöffentlichkeit bei der Auszählung der Stimmen) ist es durchaus realistisch, Wahlmanipulation in Erwägung zu ziehen. Es ist in jedem Fall schwierig, solche Vorgänge durchsichtig zu machen, und es ist zu überlegen, ob sich eine Anfechtung der Wahl lohnt. Der Fortschritt besteht darin, daß es gelungen ist, aufgrund von Forderungen aus der Belegschaft und Kritik an der Politik des alten Betriebsrates einen Zusammenschluß von immerhin 500 Arbeitern zustandezubringen, wo es jetzt darauf ankommt, nicht das Schwergewicht auf die Arbeit _im_ Gremium Betriebsrat zu legen, sondern gestützt auf die Belegschaft weiter in der Offensive zu bleiben.

Im Betriebsrat wird es richtig sein, als Fraktion zu arbeiten, dies zu verbinden mit Veröffentlichung von Anträgen und Vorschlägen innerhalb der Belegschaft und Beratung über das Vorgehen bei Verhandlungen mit der Geschäftsleitung z.B. Gerade auch gegenüber der Gewerkschaft bekommt das offene Arbeiten mit Teilen der Belegschaft an bestimmten Fragen Bedeutung, z.B. Diskussionen um die nächste Arbeitszeitverkürzung, die im Manteltarifvertrag festgelegt ist, die je nach Produktion und Schichtbetrieb unterschiedlich umgesetzt werden muß. Dazu Versammlungen der betroffenen Schichtarbeiter, Herstellung von Verbindungen zu anderen Betriebsräten, um Erfahrungen auszutauschen, ist wichtig. Zu dieser Form des Arbeitens wird man auch gezwungen sein, im Fall von Gewerkschaftsausschlüssen der Mitglieder der Liste ,,Interessenvertretung der Belegschaft''. Wenn man aber insgesamt im Auge hat, etwas dafür zu tun, daß die IG-Chemie ihre Politik in wichtigen gewerkschaftspolitischen Fragen korrigiert, aktiv zu werden zum Schutz der Arbeiter vor den Angriffen der Kapitalisten, dann hat sich die Mühe auch gelohnt. Daß sich bei Hoechst, Kalle und Röhm mit guten Ergebnissen dieses Jahr vom Charakter der Sache her gleiche Kräfte gebildet haben, die die Maßnahmen der Geschäftsleitung angreifen und die Betriebsräte kritisieren, die Maßnahmen gegen die Belegschaft mit unterstützen, ist auch ein Fortschritt, der sich auswirken wird und nicht auf die drei Betriebe beschränkt sein wird.

Im Angestelltenbereich liegt dem Wahlergebnis eine radikale Umwandlung zugrunde: Bei den technischen Angestellten, wo die IG-Chemie den größten Einfluß hat, wurde diesmal vorwiegend DAG, ungültig oder gar nicht gewählt. Eine Reihe IG-Chemie-Mitglieder haben DAG gewählt. Bei den kaufmännischen Angestellten, traditionsgemäß eher der ,,Wirkungsbereich'' der DAG, hat die IG-Chemie Stimmen dazu gewonnen, hauptsächlich über Kandidaten aus dem kaufmännischen Bereich, nicht aufgrund der Arbeit des Betriebsrates unter den Angestellten. Eine Ursache für diese Ablehnung der IG-Chemie unter den technischen Angestellten ist der Versuch des ,,Entgelttarifvertrages'', zu dem es nur kommen wird, wenn die Tarife aufgemacht werden zugunsten der Kaufleute und Handwerker und auf Kosten der Laboranten.

Regierung verzögert, um den öffentlichen Dienst kleinzukriegen

vol. Bevor die Metallkapitalisten gezwungen sind, ein neues Angebot vorzulegen, soll es nach Ansicht von Baum kein neues Angebot im öffentlichen Dienst geben. In der dritten Verhandlung hat Baum weiterhin gefordert, daß ,,angesichts der Verengung der Spielräume die Anforderungen an die Entscheidungsbereitschaft beider Seiten gestiegen sei''. Von zwei Seiten her will die Regierungsseite die ,,Spielräume'' weiterhin verengen. Im Finanzplanungsrat, einem Gremium, in dem Bund, Länder, Gemeinden und Bundesbank regelmäßig die Entwicklung der Staatsfinanzen begutachten, ist am Freitag besprochen worden, daß die von Anfang an ungedeckten Haushaltsposten von der Arbeitslosenversicherung bis zum Verteidigungshaushalt gegen die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst propagandistisch zur Geltung gebracht werden sollen. Gleichzeitig hat Ex-Juso Chef Roth vor dem Parteivorstand in einem Referat dargelegt, daß dringend Mittel für die Strukturpolitik im Staatsapparat locker gemacht werden müssen, damit eine gezielte Verbesserung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten unterstützt werden könne. Das Handelsblatt hat diese Interessen gestützt mit einer Reihe von Berechnungen, in denen behauptet wird, die 3% im öffentlichen Dienst würden den 4,1%, die in der Metallindustrie angeboten sind, entsprechen. Der Trick dabei ist, die Herren des Handelsblatts rechnen in den öffentlichen Diensten grundsätzlich mit der höchsten Dienstaltersstufe bei zwei Kindern, so daß das relativ höhere Kindergeld in den öffentlichen Diensten und die höchste Dienstaltersstufe mit den Industrietariflöhnen verglichen wird.

Die Beratung zwischen dem Innenministerium und den Vertretern der Beamten im DGB sowie den Beamtenverbänden ist ohne Ergebnis beendet worden. Die DGB-Vertreter hatten gefordert, daß man sich schon jetzt auf die Übernahme des Ergebnisses aus den Tarifverhandlungen einige, dies wurde von der Regierung abgelehnt.

Auch wenn dies wie die üblichen Plänkeleien anmutet, so ist doch sicher, daß auf dem gegenwärtigen Kurs der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten die Vertagungszeit bis zum 10.4. eher gegen die Gewerkschaften wirkt. Die Erscheinungen der Krise, Arbeitslosenzahlen, Haushaltsdefizite, Defizite in der Arbeitslosenversicherung wie auch in den anderen Versicherungen der Lohnabhängigen werden zunehmen, und von daher wird ein immer stärkerer Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt.

Sicherlich ist richtig, wenn ÖTV-Chef Kluncker von ,,miesen 3%'' spricht und gleichzeitig feststellt, daß aus dem Metallabschluß nicht der öffentliche Dienst-Abschluß abgeleitet werden kann. Es ist aber genauso richtig, daß in dieser Lage die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten alles tun, um ihre Solidarität mit der IG Metall zu zeigen und festzuhalten, wo sie die Minimumbedingungen für einen Abschluß in den öffentlichen Diensten sehen. Dazu gehört auch, daß zu dem Vorschlag von Rau Stellung genommen wird, um dessen spalterische Absichten in diesem Tarifkampf zu durchkreuzen. Man kann ja durchaus die Alternativen einer ,,Baum-Grenze'' von 3% oder eines ,,Rau-Abschlusses'' von 100 bis 120 DM erörtern. Auf jeden Fall sollte in diesen zwei Wochen bis zur nächsten Verhandlung deutlich gemacht werden, daß die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten zusammen mit den Gewerkschaftlern in der Industrie für einen Ausgleich der Inflationsrate, und wenn dies nicht erkämpfbar ist, für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen sind, um sich gegen den Druck der Reservearmee zu schützen. Da die Presse versucht, durch Totschweigen der Aktionen der IGM und minimalster Berichterstattung über die anderen Tarifbewegungen sie als wirkungslos darzustellen, sollte man sich öffentlichkeitswirksame Aktionen überlegen, Leserbriefe, Stände in der Stadt etc.

Obwohl die Regierungsseite in den Verhandlungen wie in der Presse versucht, ,,Entspannung'' zu suggerieren, ist sie wie auch die Kapitalisten nach der Zurückweisung des Bauabschlusses und der Weiterführung der ,,neuen Beweglichkeit'' in der Metallindustrie mit ihren bisherigen taktischen Konzepten in diesem Tarifkampf gescheitert. Eine fühlbare Erhöhung der Kampfbereitschaft in den öffentlichen Diensten wird diesen Prozeß bestimmt beschleunigen.

dert, daß ,,angesichts der Verengung der Spielräume die Anforderungen an die Entscheidungsbereitschaft beider Seiten gestiegen sei''. Von zwei Seiten her will die Regierungsseite die ,,Spielräume'' weiterhin verengen. Im Finanzplanungsrat, einem Gremium, in dem Bund, Länder, Gemeinden und Bundesbank regelmäßig die Entwicklung der Staatsfinanzen begutachten, ist am Freitag besprochen worden, daß die von Anfang an ungedeckten Haushaltsposten von der Arbeitslosenversicherung bis zum Verteidigungshaushalt gegen die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst propagandistisch zur Geltung gebracht werden sollen. Gleichzeitig hat Ex-Juso Chef Roth vor dem Parteivorstand in einem Referat dargelegt, daß dringend Mittel für die Strukturpolitik im Staatsapparat locker gemacht werden müssen, damit eine gezielte Verbesserung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten unterstützt werden könne. Das Handelsblatt hat diese Interessen gestützt mit einer Reihe von Berechnungen, in denen behauptet wird, die 3% im öffentlichen Dienst würden den 4,1%, die in der Metallindustrie angeboten sind, entsprechen. Der Trick dabei ist, die Herren des Handelsblatts rechnen in den öffentlichen Diensten grundsätzlich mit der höchsten Dienstaltersstufe bei zwei Kindern, so daß

ministerium und den Vertretern der Beamten im DGB sowie den Beamtenverbänden ist ohne Ergebnis beendet worden. Die DGB-Vertreter hatten gefordert, daß man sich schon jetzt auf die Übernahme des Ergebnisses aus den Tarifverhandlungen einige, dies wurde von der Regierung abgelehnt.

Auch wenn dies wie die üblichen Plänkeleien anmutet, so ist doch sicher, daß auf dem gegenwärtigen Kurs der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten die Vertagungszeit bis zum 10.4. eher gegen die Gewerkschaften wirkt. Die Erscheinungen der Krise, Arbeitslosenzahlen, Haushaltsdefizite, Defizite in der Arbeitslosenversicherung wie auch in den anderen Versicherungen der Lohnabhängigen werden zunehmen, und von daher wird ein immer stärkerer Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt.

Sicherlich ist richtig, wenn ÖTV-Chef Kluncker von ,,miesen 3%'' spricht und gleichzeitig feststellt, daß aus dem Metallabschluß nicht der öffentliche Dienst-Abschluß abgeleitet werden kann. Es ist aber genauso richtig, daß in dieser Lage die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten alles tun, um ihre Solidarität mit der IG Metall zu zeigen und festzuhalten, wo sie die Minimumbedingungen für einen Abschluß in den öffentlichen Diensten

ze'' von 3% oder eines ,,Rau-Abschlusses'' von 100 bis 120 DM erörtern. Auf jeden Fall sollte in diesen zwei Wochen bis zur nächsten Verhandlung deutlich gemacht werden, daß die Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten zusammen mit den Gewerkschaftlern in der Industrie für einen Ausgleich der Inflationsrate, und wenn dies nicht erkämpfbar ist, für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen sind, um sich gegen den Druck der Reservearmee zu schützen. Da die Presse versucht, durch Totschweigen der Aktionen der IGM und minimalster Berichterstattung über die anderen Tarifbewegungen sie als wirkungslos darzustellen, sollte man sich öffentlichkeitswirksame Aktionen überlegen, Leserbriefe, Stände in der Stadt etc.

Obwohl die Regierungsseite in den Verhandlungen wie in der Presse versucht, ,,Entspannung'' zu suggerieren, ist sie wie auch die Kapitalisten nach der Zurückweisung des Bauabschlusses und der Weiterführung der ,,neuen Beweglichkeit'' in der Metallindustrie mit ihren bisherigen taktischen Konzepten in diesem Tarifkampf gescheitert. Eine fühlbare Erhöhung der Kampfbereitschaft in den öffentlichen Diensten wird diesen Prozeß bestimmt beschleunigen.

Unterstützung der alten Betriebsratsspitze, die auf den vorderen Plätzen der IG-Chemieliste kandidierten, deutlich zurückgegangen ist. 600 Arbeiterstimmen für das Programm und die Kandidaten der Liste ,,Interessenvertretung der Belegschaft'' waren realistisch. Wenn man weiß, daß das Zustandekommen dieser Kräftesammlung von Anfang an von den bürokratischen Betriebsräten zusammen mit der Geschäftsleitung bekämpft worden ist (Verfolgung der Kandidaten bei der Unterschriftensammlung für die Kandidatur, Ausspruch von Verwarnungen durch die Personalabteilung, fristlose Kündigung eines Kandidaten, Heranziehen von Kandidaten der offiziellen IG-Chemieliste als ,,Wahlhelfer'', vorzeitiges Einwerfen mehrerer Hundert Briefwahlumschläge in die Urnen und Nichtzulassung der Betriebsöffentlichkeit bei der Auszählung der Stimmen) ist es durchaus realistisch, Wahlmanipulation in Erwägung zu ziehen. Es ist in jedem Fall schwierig, solche Vorgänge durchsichtig zu machen, und es ist zu überlegen, ob sich eine Anfechtung der Wahl lohnt. Der Fortschritt besteht darin, daß es gelungen ist, aufgrund von Forderungen aus der Belegschaft und Kritik an der Politik des alten Betriebsrates einen Zusammenschluß von immerhin 500 Arbeitern zustandezubringen, wo es jetzt darauf

listen, dann hat sich die Mühe auch gelohnt. Daß sich bei Hoechst, Kalle und Röhm mit guten Ergebnissen dieses Jahr vom Charakter der Sache her gleiche Kräfte gebildet haben, die die Maßnahmen der Geschäftsleitung angreifen und die Betriebsräte kritisieren, die Maßnahmen gegen die Belegschaft mit unterstützen, ist auch ein Fortschritt, der sich auswirken wird und nicht auf die drei Betriebe beschränkt sein wird.

Im Angestelltenbereich liegt dem Wahlergebnis eine radikale Umwandlung zugrunde: Bei den technischen Angestellten, wo die IG-Chemie den größten Einfluß hat, wurde diesmal vorwiegend DAG, ungültig oder gar nicht gewählt. Eine Reihe IG-Chemie-Mitglieder haben DAG gewählt. Bei den kaufmännischen Angestellten, traditionsgemäß eher der ,,Wirkungsbereich'' der DAG, hat die IG-Chemie Stimmen dazu gewonnen, hauptsächlich über Kandidaten aus dem kaufmännischen Bereich, nicht aufgrund der Arbeit des Betriebsrates unter den Angestellten. Eine Ursache für diese Ablehnung der IG-Chemie unter den technischen Angestellten ist der Versuch des ,,Entgelttarifvertrages'', zu dem es nur kommen wird, wenn die Tarife aufgemacht werden zugunsten der Kaufleute und Handwerker und auf Kosten der Laboranten.

Gegen Regierungsmaßnahmen Generalstreik in Italien

acm. Schon der erste Teil des von der Regierung beschlossenen Notstandsprogramms mit Lira-Abwertung und Kreditverteuerung stößt auf den entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften. Alle drei großen Dachverbände haben zum Streik aufgerufen. Anfang dieser Woche soll über einen neuen Generalstreik beraten werden, nachdem in der letzten Woche Streiks im Öffentlichen Dienst – der Kampf um Lohnerhöhungen läuft gleichzeitig – in allen Bereichen stattfinden. Selbst die Gefängnisdirektoren traten am Samstag in den Ausstand. Am heutigen Montag ist die Post an der Reihe. Noch in dieser Woche soll vom Kabinett das zweite Paket von Maßnahmen mit dem Ziel, rund zehn Mrd. DM im öffentlichen Haushalt einzusparen, verabschiedet werden. Geschehen soll dies über Lohnkürzungen, was eine Verschärfung des Kampfes der Arbeiterbewegung schon jetzt zur Folge hat.

Abschluß im US-Kohlebergbau, 9 Tage mehr Arbeitszeit

chm. Die amerikanische Bergarbeitergewerkschaft United Mine Workers of America und die Bergbaukapitalisten des Ostens und des Mittleren Westens haben sich auf einen Tarifvertrag für die nächsten drei Jahre geeinigt, zum ersten Mal ohne Streik seit 1964. Er sieht für die 160000 Bergleute eine Lohnverbesserung von insgesamt 36% vor, verteilt bis 1984. Die geplante Einführung von Sonntagsschichten lehnte die Gewerkschaft ab. Die Kapitalisten konnten jedoch eine Erhöhung der Arbeitszeit um neun Tage pro Jahr durchsetzen. Der Anteil der Förderung aus gewerkschaftlich organisierten Gruben liegt inzwischen bei nur 50%. Die Erdöl-, Stahl- und Strommonopole, deren Anteil an der amerikanischen Kohleproduktion sich in den letzten 15 Jahren auf fast 50% verdoppelt hat, fördern vorzugsweise in nicht gewerkschaftlich organisierten Gruben.

Aussperrung in Dänemark

acm. Vom letzten Wochenende an hat der Arbeitgeberverband der Zeitungsverleger 6500 Schriftsetzer bei 33 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. 1,5 Mio. ausgesperrt. Die Gewerkschaft hat einen Schlichtungsvorschlag, der Lohnsenkung vorsah, abgelehnt und außerdem einen früher vereinbarten Zuschlag verlangt.

Lohnkampf in Großbritannien Öffentlicher Dienst streikt

chm. Der Vorstand der Angestelltengewerkschaft im britischen öffentlichen Dienst hat beschlossen, am 1.4. eine Reihe von Demonstrationen, Streiks und Arbeitsniederlegungen durchzuführen. Die Gewerkschaft, die 530000 Angestellte vertritt, fordert 10%, mindestens 10 Pfund pro Woche für alle Beschäftigten. Am 1.4. soll verhandelt werden. Die lokalen Streikkomitees gehen davon aus, daß Aktionen in mehr als 150 Städten stattfinden werden. Inzwischen hat die Post die Lohnforderung von 20%, die die Postgewerkschaft, Union of Communication Workers, aufgestellt hatte, abgelehnt. Die Gewerkschaft hatte ihre Forderung u.a. damit begründet, daß für die Managerposten Gehaltserhöhungen von über 23% beschlossen worden sind. Die Postdirektion hat erklärt, daß nur eine einstellige Zahl vor dem Komma als Lohnabschluß in Frage kommt. – Die Lohnverhandlungen in der Werftindustrie stocken, nachdem die Kapitalisten als letztes Angebot 6,8% vorgelegt haben. Die Gewerkschaften der Schiffbauer und Ingenieure hatten einheitlich 27% gefordert. Allerdings hat die Gewerkschaft inzwischen einen Abschluß von 8,6% für die Ingenieure angenommen. – Die Vorstände der drei Eisenbahnergewerkschaften haben beschlossen, ihre Lohnforderungen gegenüber der staatlichen Eisenbahngesellschaft British Railways zu koordinieren, nachdem die einzelnen Lohnforderungen abgelehnt worden waren. Die Verhandlungen sollen in den kommenden Wochen fortgesetzt werden.



Ein Generalstreik aller Arbeiter in Industrie und öffentlichem Dienst legte am 6. März die Stadt Nanamaio an der Westküste Kanadas still. Er richtete sich gegen die Entlassung von 26 Arbeitern, die der amerikanische Konzern BC Tel wegen Streikpostenstehen rausgeschmissen hatte. Der Generalstreik in Nanamaio bildete den Höhepunkt einer Streikwelle im Westen Kanadas gegen den Abbau des Reallohns und Angriffe auf das Streikrecht.

Hoesch Belegschaftsversammlungen fordern Enteignungen

bsc.Dortmund. Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der ESTEL Hoesch Werke AG, hat am 23. März dem Aufsichtsrat der ESTEL Hüttenwerke Dortmund AG sein Konzept zur Sanierung der Dortmunder Hüttenwerke vorgelegt: Ende der 80er Jahre soll es in Dortmund noch ein Hüttenwerk (gegenwärtig drei) mit einer Rohstahlkapazität von 4 Mio. Jahrestonnen (gegenwärtig 6,5), spezialisiert auf fünf Walzstahlfertigerzeugnisse (gegenwärtig umfassende Produktenpalette), mit einer Gesamtbelegschaft von 13000 (gegenwärtig 21500 und im Vorjahr noch 23500) geben. Das zugesagte Ersatzstahlwerk für die jetzt auslaufenden SM-Öfen ist gestrichen, alle weiteren SM- und Elektroöfen in Dortmund sollen ebenfalls stillgelegt werden und einen Termin für den Ersatz des dann einzigen LD-Blasstahlwerks wollte Rohwedder nicht nennen. Ein neuer Sozialplan ist nicht vorgesehen, vielmehr sollen 5000 Mann mit Abfindungen zwischen einem und zwölf Monatslöhnen rausgesetzt werden. Bereits im Februar lag die Arbeitslosenquote in Dortmund bei 8,7%. Wegen der Ablehnung der Arbeitnehmervertreter kam ein Aufsichtsratsbeschluß nicht zustande. Vom 26. bis 28. März fanden auf allen Hüttenwerken Belegschaftsversammlungen statt, die in zwei Resolutionen erstens dem Vorstand das Ende von ,,Vertrauen'' und ,,Betriebsfrieden'' mitteilten und zweitens die Bundes- und Landtagsfraktionen aufforderten, in Anwendung des Artikels 14 des Grundgesetzes das Hoeschkapital zu enteignen.

Seit Tarifkampfbeginn hat sich die Lage für die Arbeiter verbessert

Anhaltende Streikaktionen / Verhandlungen stocken / Wie weiter?

geh. In der letzten Woche haben die Metallkapitalisten die Tarifauseinandersetzungen zugespitzt. In mehreren Tarifbezirken haben die Kapitalisten sich geweigert, Gespräche zu führen. Mittwoch hat Gesamtmetallvorstand Knapp die IG Metall wissen lassen, Gesamtmetall sei nicht mehr zu regionalen Verhandlungen bereit. Stattdessen soll die IG Metall um ein Gespräch auf Spitzenebene nachsuchen. Dies hat die IG Metall abgelehnt. Später hat dann Gesamtmetall „richtiggestellt", daß sie zu regionalen Gesprächen noch bereit seien, aber nur, wenn ihre Verhandlungsposition als Grundlage akzeptiert würde.

Die Verhandlungsposition der Kapitalisten ist nicht klar ersichtlich, denn sie ist in den verschiedenen Tarifgebieten verschieden. Sie reicht von 2,5% über 3% dann 3,8% bis zu 4,1%, in Nordwürttemberg-Nordbaden zusätzlich „überlegungsmäßig" ein Einmalbetrag zwischen 125 und 21 DM für die Lohngruppen unterhalb der Ecklohngruppe.

Mit dieser Woche sind es sicher rund 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellte, die gestreikt, demonstriert und Kundgebungen durchgeführt haben. Dennoch gehen die Verhandlungen gegenwärtig nicht weiter. H. Janßen vom IG Metall-Vorstand erklärte, es „wird uns schon was einfallen, um die Arbeitgeber an die regionalen Verhandlungstische zurückzubringen".

Für die Kapitalisten ist die Lage komplizierter

Seit Beginn der Tarifrunde hat sich die Lage für beide Seiten in diesem Kampf verändert. Die Produktion ist insgesamt zurückgegangen. Die Arbeitslosenzahl liegt bei 1,3 Mio. Dennoch haben sich Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen entwickelt und gefestigt. So ist die Produktion gegenüber 1980 im Januar in der Investitionsgüter-Industrie noch um 0,2% gestiegen. Der Maschinenbau hatte noch eine Steigerung um 9,5%. Hier ist es insbesondere der Großanlagenbau, der stabil ist. Dies gilt ebenfalls für den Investitionsgüterbereich der Elektroindustrie, wo die Produktion um 1,1% zurückgegangen ist. Nach wie vor stark, um 11,3% hat die Produktion der Datenverarbeitungs- und Bürogeräte-Industrie zugenommen.

Durch die Wechselkurveränderungen der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen hat sich der Außenwert der D-Mark gegenüber den Hauptkonkurrenten der westdeutschen Kapitalisten verringert. Gemessen am Wert zu Jahresende 1980 ist Mitte März die D-Mark gegenüber dem US-Dollar um 7,4% billiger und damit auch die westdeutschen Waren. Zeitweilig, Mitte Februar, betrug der Unterschied 13%. Gegenüber dem Yen sind die westdeutschen Waren 4,7% billiger. Unter anderen hat diese Entwicklung sich auch auf den Auslandsauftragseingang ausgewirkt.

Da im Februar die Währungsverschiebungen besonders stark waren, ist es gut möglich, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland im Februar und März noch stärker differieren als im Januar.

Der neueste ifo-Konjunkturbericht berichtet, daß der Lagerdruck nicht mehr zugenommen habe. Die pessimistischen Prognosen seien nicht mehr so zahlreich. All dies macht die Kapitalisten empfindlicher gegenüber Arbeitskampfmaßnahmen. Die Hoffnung auf einen Anteil an den Energie- und Kommunikationsprogrammen des Staates treibt die Widersprüche weiter hervor. Die Konkurrenz zwischen ihnen nimmt zu. Einzelne Kapitalisten scheren schon aus. Der Computerhersteller Nixdorf zahlt bereits 8% effektiv. Es spricht also einiges dafür, daß den Kapitalisten ein Streik ungelegen kommt.

Auf der Seite der Arbeiter haben sich die Verhältnisse gebessert

Gesamtmetalls breitflächige Agitation für die „produktivitätsorientierten' 2,5% brach unter den ersten Streikaktionen schnell zusammen. Ebenso wurden die Drohungen, juristische Schritte und Aussperrungen gegen die Streiks einzuleiten, nicht wahrgemacht. Immer mehr Bereiche treten direkt in den Lohnkampf ein. Nach der 7%-Empfehlung des IG Chemie-Vorstandes hat auch die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine 7%-Forderung mit ‚Rücksicht auf die Krise in der Textilindustrie' aufgestellt. Die IG Bergbau und Energie fordert 7% und eine bessere Freischichten-Regelung. Die ersten Verhandlungen bei der HBV haben stattgefunden. Die Verhandlungen im öffentlichen Dienst und bei Stahl treten auf der Stelle. In Bayern ist jetzt die Friedenspflicht für die IG Metall beendet.

Der Abschluß in der Bauindustrie war bei den Mitgliedern der IG Bau Steine Erden auf einhellige Ablehnung gestoßen. Insbesondere wurde die Regelung zum 13. Monatslohn kritisiert, aber auch der 4%-Abschluß. Der IG BSE-Vorstand hat am 25.3. einstimmig das Ergebnis der Verhandlungen abgelehnt. Aus einer Schwächung der Einheit der Arbeiterklasse im Lohnkampf ist eine Stärkung herausgekommen. Das mag auch die unterschiedliche Zielsetzung der verschiedenen Gewerkschaftsführungen überwinden helfen.

Insgesamt stehen 10,4 Millionen Arbeiter und Angestellte im Lohnkampf. Die bisherigen Streikaktionen der Metallbelegschaften sind in der BRD ohne Beispiel. 1,2 Millionen, das sind rund 4mal mehr als in den Streiks in den letzten 10 Jahren. Eine Aufstellung der Betriebe würde unvollständig bleiben und dennoch den Rahmen der hier möglichen Berichterstattung sprengen. 1,2 Millionen, das bedeutet Teilnahme von Arbeitern, die bisher noch nie Streiks durchgeführt haben, das bedeutet auch, kleine und kleinste Betriebe werden einbezogen, und das bedeutet, nicht nur in den Industriezentren finden Streiks und Demonstrationen statt, sondern auch in den kleinen Orten. Daß dieser politische Fortschritt mit einem höheren Abschluß bezahlt werden muß, schwant den Kapitalisten und ihren Schreibern.

Dennoch stocken augenblicklich die Verhandlungen. Das „Handelsblatt" vom 19.3. schreibt: „Aus dem Arbeitgeberlager hört man jedenfalls überzeugend, daß die Frage der Fünf vor dem Komma allenfalls durch einen harten Arbeitskampf entschieden werden könnte". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" verzeichnet hoffnungsvoll, „der Tarifexperte der Metallgewerkschaft, Hans Janßen, hat in seiner jüngsten Stellungnahme vermieden, ob die von seiner Organisation geforderte ‚Reallohnsicherung' eine ‚Fünf vor dem Komma' erfordere oder nicht". Zur Vermeidung eines Streiks werden die Metallkapitalisten bereit sein, 5% zu zahlen. Gerade hat jedoch das Statistische Bundesamt gemeldet, die Teuerung habe sich bei 5,5% im März „stabilisiert". Ein Abschluß bei 5%, vielleicht durchgesetzt unter Streikandrohung, reicht nicht aus, eine Sicherung der Realeinkommen und eine dauerhafte Anhebung der unteren Lohngruppen zu erreichen. Dies geht nur durch einen Streik. 5% zahlen die Kapitalisten nur, wenn gestreikt werden soll; wenn aber gestreikt wird, kann man mehr als die 5% und das Ziel rund 6% und 100 DM mindestens erreichen.

Die „Taktik der neuen Beweglichkeit" war kein „Dampfablassen", sondern erfolgreich und richtig.

Wahrscheinlich ist die Lage so, daß jetzt die Nadelstiche dieser Taktik nicht mehr reichen, um die Kapitalisten in Bewegung zu setzen, den Forderungen der Gewerkschaft nachzukommen. Ankündigung einer Urabstimmung und des Streiks wird da beschleunigend wirken. Dies wird auch von den Belegschaften so gewünscht.

Die IG Metall will erklärtermaßen diesen Abschluß möglichst ohne Streik erreichen. Die gewerkschaftlichen Kassen sollen für die 1983/84 anstehende Auseinandersetzung um die Urlaubs- und Arbeitszeitregelung geschont werden. Das ist sicher eine schwere Aus- [illegible] Metallarbeiter jetzt eine Niederlage ein, wird sie nochmal schwerer werden. Insofern ist jetzt ausgegebenes Geld der Streikkasse jetzt nützlich für die anstehenden Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit und den Urlaub.



Arbeiter bei VFW Speyer haben in der Halle Transparente aufgehängt, die Kapitalisten versuchen sie erst gar nicht zu entfernen.

Auftragseingang Dezember 1980 und Januar 1981 im Vergleich zum Vorjahr

Branche		Dez. '80		Jan. '81	
Grundstoff- und	I	85,6	– 5,3	92,1	– 11,4
Produktionsgüterindustrie	A	116,5	– 0,2	130,7	– 5,2
Investitionsgüterindustrie	I	108,2	– 1,9	105,2	– 10,9
	A	112,7	10,7	105,9	1,8
Maschinenbau	I	109,7	– 6,6	98,9	– 13,9
	A	93,2	8,6	89,9	– 2,1
Straßenfahrzeugbau	I	80,0	– 11,2	121,0	– 12,3
	A	119,0	5,2	132,2	– 8,3
Elektroindustrie	I	122,6	3,4	109,6	– 3,0
	A	122,7	9,1	106,0	19,9
Datenverarbeitungs- und	I	225,2	47,5	131,0	– 1,6
Büromaschinen	A	189,5	26,5	132,1	4,6

1976 = 100; I: Auftragseingang aus dem Inland, A: Auftragseingang aus dem Ausland

hah. Als die Delegierten der 3 Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL Anfang März zu einem dreitägigen Seminar über Lohnfragen in den Kursaal von Montecatini einzogen, wurden sie

Wendepunkt in der Lohnpolitik der italienischen Gewerkschaften

zwischen LG 1 und LG 7 heute ca. 50% beträgt, ist offensichtlich, daß die wachsende Kluft zwischen Tariflohn und Marktwert zumindest ab LG 6 durch übertarifliche Zahlungen überbrückt wird, oder – wie kürzlich ein in der Chemieindustrie beschäftigter

beitgeber an die regionalen Verhandlungstische zurückzubringen".

Für die Kapitalisten ist die Lage komplizierter

Seit Beginn der Tarifrunde hat sich die Lage für beide Seiten in diesem Kampf verändert. Die Produktion ist insgesamt zurückgegangen. Die Arbeitslosenzahl liegt bei 1,3 Mio. Dennoch haben sich Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen entwickelt und gefestigt. So ist die Produktion gegenüber 1980 im Januar in der Investitionsgüter-Industrie noch um 0,2% gestiegen. Der Maschinenbau hatte noch eine Steigerung um 9,5%. Hier ist es insbesondere der Großanlagenbau, der stabil ist. Dies gilt ebenfalls für den Investitionsgüterbereich der Elektroindustrie, wo die Produktion um 1,1% zurückgegangen ist. Nach wie vor stark, um 11,3% hat die Produktion der Da-

Die Konkurrenz zwischen ihnen nimmt zu. Einzelne Kapitalisten scheren schon aus. Der Computerhersteller Nixdorf zahlt bereits 8% effektiv. Es spricht also einiges dafür, daß den Kapitalisten ein Streik ungelegen kommt.

Auf der Seite der Arbeiter haben sich die Verhältnisse gebessert

Gesamtmetalls breitflächige Agitation für die „produktivitätsorientierten' 2,5% brach unter den ersten Streikaktionen schnell zusammen. Ebenso wurden die Drohungen, juristische Schritte und Aussperrungen gegen die Streiks einzuleiten, nicht wahrgemacht. Immer mehr Bereiche treten direkt in den Lohnkampf ein. Nach der 7%-Empfehlung des IG Chemie-Vorstandes hat auch die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine 7%-Forderung mit ‚Rücksicht auf die Krise in der Textilindustrie' aufgestellt. Die IG Bergbau und

Streiks durchgeführt haben, das bedeutet auch, kleine und kleinste Betriebe werden einbezogen, und das bedeutet, nicht nur in den Industriezentren finden Streiks und Demonstrationen statt, sondern auch in den kleinen Orten. Daß dieser politische Fortschritt mit einem höheren Abschluß bezahlt werden muß, schwant den Kapitalisten und ihren Schreibern.

Dennoch stocken augenblicklich die Verhandlungen. Das „Handelsblatt" vom 19.3. schreibt: „Aus dem Arbeitgeberlager hört man jedenfalls überzeugend, daß die Frage der Fünf vor dem Komma allenfalls durch einen harten Arbeitskampf entschieden werden könnte". Die Frankfurter Allgemeine Zeitung" verzeichnet hoffnungsvoll, „der Tarifexperte der Metallgewerkschaft, Hans Janßen, hat in seiner jüngsten Stellungnahme vermieden, ob die von seiner Organisation geforderte ‚Reallohnsicherung' eine

‚Fünf vor dem Komma' erfordere oder nicht". Zur Vermeidung eines Streiks werden die Metallkapitalisten bereit sein, 5% zu zahlen. Gerade hat jedoch das Statistische Bundesamt gemeldet, die Teuerung habe sich bei 5,5% im März „stabilisiert". Ein Abschluß bei 5%, vielleicht durchgesetzt unter Streikandrohung, reicht nicht aus, eine Sicherung der Realeinkommen und eine dauerhafte Anhebung der unteren Lohngruppen zu erreichen. Dies geht nur durch einen Streik. 5% zahlen die Kapitalisten nur, wenn gestreikt werden soll; wenn aber gestreikt wird, kann man mehr als die 5% und das Ziel rund 6% und 100 DM mindestens erreichen.

Die „Taktik der neuen Beweglichkeit" war kein „Dampfabgelasse", sondern erfolgreich und richtig.

Wahrscheinlich ist die Lage so, daß

jetzt die Nadelstiche dieser Taktik nicht mehr reichen, um die Kapitalisten in Bewegung zu setzen, den Forderungen der Gewerkschaft nachzukommen. Ankündigung einer Urabstimmung und des Streiks wird da beschleunigend wirken. Dies wird auch von den Belegschaften so gewünscht.

Die IG Metall will erklärtermaßen diesen Abschluß möglichst ohne Streik erreichen. Die gewerkschaftlichen Kassen sollen für die 1983/84 anstehende Auseinandersetzung um die Urlaubs- und Arbeitszeitregelung geschont werden. Das ist sicher eine schwere Aus- Metallarbeiter jetzt eine Niederlage ein, wird sie nochmal schwerer werden. Insofern ist jetzt ausgegebenes Geld der Streikkasse jetzt nützlich für die anstehenden Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit und den Urlaub.

Wendepunkt in der Lohnpolitik der italienischen Gewerkschaften

Unternehmerverbände: „Das Fest ist zuende" / Angriff auf die „Scale mobile"

hah. Als die Delegierten der 3 Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL Anfang März zu einem dreitägigen Seminar über Lohnfragen in den Kursaal von Montecatini einzogen, wurden sie von Sprechchören und Transparenten empfangen: „Lama, Carniti, Benvenuto (die 3 Generalsekretäre), ihr habt uns 77 verkauft, gebt uns jetzt unser Geld zurück". Eine Rebellion der gewerkschaftlichen „Basis" gegen die bisherige gewerkschaftliche Lohnpolitik, die in den letzten Monaten immer unüberhörbarer wurde und die Montecatini möglicherweise zu einem gewerkschaftspolitischen Wendepunkt macht.

Unmittelbarer Anlaß dieser Rebellion: 1977 hatten die Gewerkschaftsverbände unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und aufgrund ihrer Selbstverpflichtung auf einen „produktiven Ausweg aus der Krise" u.a. zugestanden, daß die in Italien gesetzlich geregelten Abfindungen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr mit der Inflation erhöht werden. Folge: seit 1977 hat sich ihr Wert halbiert. In Montecatini wurde beschlossen: die nominelle Höhe der Abfindungen muß wieder an den automatischen Inflationsausgleich („Scala mobile", s. Kasten) angekoppelt werden; für ihren Wertverlust seit 1977 muß ein einmaliger Ausgleich gezahlt werden. Die Renten sind besser als bisher der Inflation anzugleichen. Vor allem aber soll mit der bisherigen Politik der „mäßigen" Lohnforderungen gebrochen werden; statt der in den letzten Branchen-Tarifverträgen üblichen 30–40000 Lire (ca. 60–80 DM) sollen die Forderungen in den bevorstehenden Tarifrunden bei 100000 Lire (ca. 200DM) liegen. Zurückgewiesen wurde die Absicht der Regierung, den automatischen Lohnausgleich der „Scala mobile" nicht mehr, wie bisher, alle 3 Monate, sondern nur noch alle 4 Monate zur Wirkung kommen zu lassen (s. Kasten).

Insgesamt bedeuten diese Beschlüsse, daß die bisherige Unterordnung der Lohnforderungen unter die Politik des „produktiven Auswegs aus der Krise" (vgl. KVZ Nr. 12/81, S. 7) aufgegeben wird. Und daß aller Voraussicht nach auf dem Gebiet des Lohns ein frontaler Zusammenstoß zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse bevorsteht. Denn von der EG-Gipfelkonferenz in Maastricht ist Regierungschef Forlani mit dem präzisen Auftrag zurückgekommen, die „Scala mobile" zu demontieren. Entsprechendes hatten bereits die Kapitalisten-Dachverbände Confindustria (privat) und Intersind (staatlich) auf einem Kongreß „zur Lohnfrage" (am 18.3. in Rom) gefordert, wo sie ihren Schwur wiederholten: Lohnerhöhungen höchstens nur bis zu dem Punkt, um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust auszugleichen, und zwar nur dann, wenn sie mit entsprechenden Erhöhungen der „Produktivität" bezahlt, z.B. in Anwesenheitsprämien verwandelt werden usw.; die gewerkschaftlichen Abfindungs-Forderungen wurden höhnisch zurückgewiesen. Demonstrativ umjubelt wurde der Chef des Automobil-Unternehmens Innocenti, der kurz vor dem Kongreß die unternehmenstariflich vereinbarten Löhne seiner Belegschaft um monatlich 30000 Lire gekürzt hatte – mit der Begründung, seine Beschäftigten feierten zu oft krank und hätten die „Produktivität" nicht genügend erhöht.

Den Zeitpunkt für ihre Generaloffensive haben die Kapitalistenverbände geschickt gewählt. Was die Gewerkschaften schwächt, sind nicht nur 1,9 Mio. Arbeitslose, sondern sind auch die strategischen Schwierigkeiten, in denen sie sich befinden (vgl. KVZ Nr. 12/81). Und es sind die immer offensichtlicher werden Probleme ihrer bisherigen Lohnstrukturpolitik.

Ihre Geschichte: Erstmals 1969 setzte die im Aufschwung begriffene Arbeiterbewegung gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführungen durch, daß tarifliche Lohnforderungen „für alle gleich" aufgestellt werden – was bis heute weitgehend durchgehalten wurde. 1973 wurde die Spaltung der Arbeiter und Angestellten in ein Lohn- und ein Gehaltsgruppensystem aufgehoben und z.B. in der Metallindustrie ihre einheitliche Eingruppierung in 8 Lohngruppen durchgesetzt, wobei die Spreizung zwischen unterster und oberster Lohngruppe auf das Verhältnis 100 : 200 festgelegt wurde. 1975 wurde zwischen Gewerkschaften und Regierung vereinbart, daß die jedes Quartal fällig werdenden automatischen Inflationsausgleiche (der „Scala mobile" nicht mehr prozentual, sondern für alle Lohngruppen gleich aufgeschlagen werden (Ausgangspunkt: der Durchschnittslohn). Die Absicht der Gewerkschaften: die besonders von der Inflation betroffenen untersten Lohngruppen besonders zu schützen.

> **Die „Scala mobile", kurz nach dem 2. Weltkrieg zur Eindämmung der Lohnkämpfe eingeführt, funktioniert wie folgt:** alle 3 Monate erhöhen sich „automatisch" die Bruttolöhne um die inzwischen stattgefundene (aufgrund eines Warenkorbs errechnete) Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Der inflationsbedingte Reallohnverlust wird dadurch immer nur teilweise abgedeckt; eine einfache rechnerische Überlegung zeigt, daß bei einer gleichmäßig übers Jahr steigenden Inflationsrate IR und n-maliger Fälligkeit des automatischen Lohnausgleichs im Jahr der jährliche Reallohnerlust = IR/n ist. Verlängert die Regierung jetzt die Fälligkeit des automatischen Inflationsausgleichs von 3 auf 4 Monate, so steigt bei einer Inflationsrate von 20% der jährliche Reallohnverlust von 20/4 auf 20/3, d.h. von 5% auf 6,67%. Seit Abschaffung der prozentualen Inflationsausgleiche gilt dies nur noch für den Durchschnittslohn; für die tieferen Löhne ist die Abdeckung günstiger, für die höheren ungünstiger.

Diese letzte Regelung ist es, die sich als Planierraupe auf den Lohngruppenfächer ausgewirkt hat: bei einer jährlichen Inflationsrate von 20% macht der Lohnteil, der aus den seit 1977 kumulierten Inflationsausgleich besteht, bereits mehr als 50% des Brutto-Durchschnittslohns aus und wächst weiter. Die Wirkung auf die jährlichen Brutto-Durchschnittslöhne zeigt das Beispiel Fiat, wobei zu beachten ist, daß die Lohngruppen $1-5_1$ alle Arbeiter und die unteren Angestellten, die Lohngruppen 5_2-7 die restlichen Angestellten umfassen (LG 1 jeweils = 100):

	1969	1974	1980
LG 1	100,0	100,0	100,0
LG 3	119,2	115,2	111,7
LG 5_1 ...	152,7	136,5	121,9
LG 5_2 ...	174,9	148,2	134,0
LG 6	240,2	213,9	170,2
LG 7	304,1	301,9	231,0

Da das Durchschnittseinkommen unterhalb von LG 5_1 liegt, entspricht dieser Abplattung ein wirklicher Reallohnverlust aller höheren Lohngruppen; da die tariflich und durch die „Scala mobile" abgesicherte Schere zwischen LG 1 und LG 7 heute ca. 50% beträgt, ist offensichtlich, daß die wachsende Kluft zwischen Tariflohn und Marktwert zumindest ab LG 6 durch übertarifliche Zahlungen überbrückt wird, oder – wie kürzlich ein in der Chemieindustrie beschäftigter Techniker an die KPI-Zeitung Rinascita schreib – „daß ich jedes Jahr die Demütigung auf mich nehmen muß, einen Teil der Kaufkraft meines Lohns durch meinen Chef aufwerten zu lassen, weil Leute wie ich (und wir sind nicht wenige) für die Gewerkschaft nicht existieren". Die Einebnung der Tariflöhne hat einen Punkt erreicht, wo die ursprünglich angestrebte Vereinheitlichung der Arbeiterklasse begonnen, in ihr Gegenteil umzuschlagen, und wo sich die kapitalistische Gesetzmäßigkeit des unterschiedlichen Werts der Arbeitskräfte auf eine Weise Geltung verschafft, die einen fruchtbaren Boden für Spaltungen abgibt.

Wie das Problem zu lösen ist? Zwei Positionen zeichnen sich in der innergewerkschaftlichen Debatte ab. Die Minderheitsposition der UIL ist unter Vorbehalten bereit, wieder zu prozentualen Inflationsausgleichen zurückzukehren, was aber die Masse der un- und angelernten Arbeiter verstärkt dem Zugriff der Inflation aussetzen würde. Die Mehrheitsposition der CGIL und CISL: Festhalten an den automatischen Lohnausgleichen für alle gleich, aber Kompensation ihrer abplattenden Wirkung durch jeweils tarifvertraglich ausgehandelte Sondererhöhungen für die oberen Lohngruppen. Was nur funktionieren kann, wenn die Gewerkschaften zu einer offensiven Lohnpolitik übergehen: es wurde errechnet, daß sich die Lohnsumme der Unternehmer zur Zeit um ca. 25 % erhöhen müßte, wenn die Schere zwischen unterster und oberster Lohngruppe wieder auf 100% angehoben werden soll. Unausweichlich ist auch der Kampf gegen die Steuerprogression, durch die die Abplattung der Lohnunterschiede noch einmal potenziert wird.

Konferenz der Zivildienstleistenden

Bundeseinheitlicher Aktionstag am 13. Juni beschlossen

mah. Die Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation (SO) der Zivildienstleistenden am 21./22.3. in Frankfurt war von Vertretern aus 20 Ortsgruppen besucht. Neben den Berichten der Gruppen über ihre Tätigkeit gab es Arbeitsgruppen u.a. zu: Initiative der Russel-Peace Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa/Krefelder Appell sowie Lage im Zivildienst (ZD)/Aktionen.

Die Gruppenberichte verdeutlichten eine Hauptschwäche der SO, die mangelhaften Kontakte zu den Zivildienstleistenden (ZDL) an den verschiedenen Dienststellen. Jedoch scheinen sich im Zuge schleichender Dienstverschärfungen und der neuesten Angriffe durch bürgerliche Politiker die Aktivitäten mehr auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung der ZDL zu verlagern, die sonst oft neben antimilitaristischen Aktionen und Beratung für Kriegsdienstverweigerer (KDVer) fast unterging. In Hamburg, Frankfurt, Aachen, Hannover und Köln haben in letzter Zeit Veranstaltungen und größere ZDL-Versammlungen stattgefunden – woanders in Kürze. Neben der Organisierung von Aktionen dienen sie vor allem auch dem Aufbau der SO-Gruppen. Anläßlich des Bremer Urteils, das KDVern mit Führerschein die Anerkennung verwehrt, fanden schon mehrere Aktionen statt: In Hannover z.B. beantragten fahrdienstleistende ZDL Waffenscheine für ihre Autos, in Hamburg protestierten ZDL mit ca. 40 Autos während der Dienstzeit beim Kreiswehrersatzamt. Direkt vor der Konferenz beteiligte sich die SO an der Demonstration der ca. 2000 in Darmstadt, die sich auch gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen richtete (s. KVZ 13, S.2).

Viele SO-Gruppen beteiligen sich vor Ort an Aktionseinheiten gegen die Kriegsvorbereitungen. Einige sammeln Unterschriften unter den Krefelder Appell. In der AG zu diesem Thema wurde die Initiative der Russel-Peace-Foundation begrüßt, die im Gegensatz zum Krefelder Appell die Kriegsgefahr nicht einseitig auf USA und NATO, sondern auch auf die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zurückführt und statt Nichtinfragestellen von NATO und Bundeswehr die Auflösung beider Militärblöcke fordert. Fast alle Konferenzteilnehmer sahen dies jedoch nicht als Gegensatz, sondern weitergehend" an. Verabschiedet wurde aber ein Brief an die Krefelder Initiative,

Hannover und Köln haben in letzter Zeit Veranstaltungen und größere ZDL-Versammlungen stattgefunden – woanders in Kürze. Neben der Organisierung von Aktionen dienen sie vor allem auch dem Aufbau der SO-Gruppen. Anläßlich des Bremer Urteils, das KDVern mit Führerschein die Anerkennung verwehrt, fanden schon mehrere Aktionen statt: In Hannover z.B. beantragten fahrdienstleistende ZDL Waffenscheine für ihre Autos, in Hamburg protestierten ZDL mit ca. 40 Autos während der Dienstzeit beim Kreiswehrersatzamt. Direkt vor der Konferenz beteiligte sich die SO an der Demonstration der ca. 2000 in Darmstadt, die sich auch gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen richtete (s. KVZ 13, S.2).

Viele SO-Gruppen beteiligen sich vor Ort an Aktionseinheiten gegen die Kriegsvorbereitungen. Einige sammeln Unterschriften unter den Krefelder Appell. In der AG zu diesem Thema wurde die Initiative der Russel-Peace-Foundation begrüßt, die im Gegensatz zum Krefelder Appell die Kriegsgefahr nicht einseitig auf USA und NATO, sondern auch auf die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zurückführt und statt Nichtinfragestellen von NATO und Bundeswehr die Auflösung beider Militärblöcke fordert. Fast alle Konferenzteilnehmer sahen dies jedoch nicht als Gegensatz, sondern weitergehend" an. Verabschiedet wurde aber ein Brief an die Krefelder Initiative,
worin beide Aufrufe unterstützt werden und kritisiert wird, daß die Krefelder Initiatoren nicht rechtzeitig an alle Kräfte der Friedensbewegung herangetreten sind, damit ein gemeinsames Vorgehen gewährleistet wird. Sie werden aufgefordert, „in Eurer Auswertung und künftig im Text der Unterschriftenlisten ausschließlich die Forderung gegen die Mittelstreckenraketen zu verwenden", d.h. nicht den Eindruck der Unterstützung des Krefelder Appells zu erwecken, der auf den Listen gar nicht abgedruckt ist, aber unterschrieben werden soll. „Außerdem enthält dieser Appell Aussagen, die aus den Reihen der SO kritisiert wurden (Akzeptierung von NATO und Bundeswehr, keine Kritik der sowjetischen Militärpolitik)." Die AG der ZDL-Konferenz nahm die Haltung ein, man sei jetzt mit über 100000 Unterschriften unter den Krefelder Appell vor vollendete Tatsachen gestellt und müsse dazu beitragen, daß eine Million Unterschriften gegen die Mittelstreckenraketen gesammelt werden. Der Russel-Aufruf fordere zu keiner *konkreten* Aktion auf.

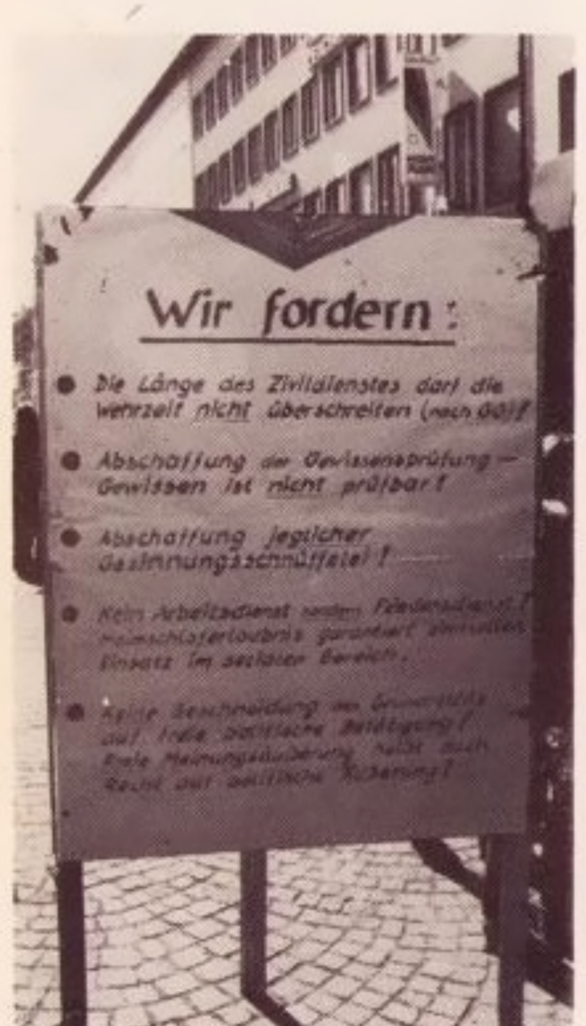
In der AG zum Zivildienst und im Plenum wurde schnell Übereinstimmung darüber erzielt, daß das o.g. Bremer Urteil vor allem deshalb so breitgetreten werde, damit sich die bürgerlichen Politiker als *die* Interessenvertreter der KDV und ZDL bei der bevorstehenden Gesetzesreform aufspielen können, die Verschärfungen festschreiben soll wie z.B. bis zu 24 Monate Zivildienst, verstärkter heimatferner und kasernierter Einsatz, verschärfte Kontrolle. In der verabschiedeten Erklärung heißt es: „Für uns als KDV und ZDL ist ein *Kuhhandel,* Gewissensprüverschärfter Dienst, völlig indiskutabel. Im Gegensatz zu den Parteien fordern wir: – Gewerkschaftliche und politische Rechte, – Der Zivildienst muß von jeglicher militärischer Planung abgekoppelt werden..."

Ausführlich wurde darüber diskutiert, wie ein Streik der ZDL zu organisieren sei. Erstmal wurde für den 13.6. ein bundeseinheitlicher Aktionstag beschlossen, etwa unter dem Motto „Gegen Gewissensprüfung und Dienstverschärfung! Schluß mit den Kriegsvorbereitungen!" Wird die Gesetzreform vorher im Bundestag behandelt, sollen auf einem a.o. Bundestreffen größere Kampfschritte organisiert werden. Die DGB-Jugend, die auf einem Seminar ihres Bundesvorstandes mehr Unterstützung für die Kämpfe der ZDL ankündigte, und andere Organisationen sollen an den einzelnen Orten zur Unterstützung der Aktionen aufgefordert werden. Dies ist allein schon wegen der besonders schwierigen Kampfbedingungen bei allen Dienstpflichtigen nötig. Andererseits – und das unterschätzen auch viele ZDL – haben ihre Kämpfe Bedeutung für die Lohnabhängigen insbesondere des öffentlichen Dienstes, weil der Einsatz von ZDL als billige und rechtlose Arbeitskräfte bei

können, die Verschärfungen festschreiben soll wie z.B. bis zu 24 Monate Zivildienst, verstärkter heimatferner und kasernierter Einsatz, verschärfte Kontrolle. In der verabschiedeten Erklärung heißt es: „Für uns als KDV und ZDL ist ein *Kuhhandel,* Gewissensprüverschärfter Dienst, völlig indiskutabel. Im Gegensatz zu den Parteien fordern wir: – Gewerkschaftliche und politische Rechte, – Der Zivildienst muß von jeglicher militärischer Planung abgekoppelt werden..."

Ausführlich wurde darüber diskutiert, wie ein Streik der ZDL zu organisieren sei. Erstmal wurde für den 13.6. ein bundeseinheitlicher Aktionstag beschlossen, etwa unter dem Motto „Gegen Gewissensprüfung und Dienstverschärfung! Schluß mit den Kriegsvorbereitungen!" Wird die Gesetzreform vorher im Bundestag behandelt, sollen auf einem a.o. Bundestreffen größere Kampfschritte organisiert werden. Die DGB-Jugend, die auf einem Seminar ihres Bundesvorstandes mehr Unterstützung für die Kämpfe der ZDL ankündigte, und andere Organisationen sollen an den einzelnen Orten zur Unterstützung der Aktionen aufgefordert werden. Dies ist allein schon wegen der besonders schwierigen Kampfbedingungen bei allen Dienstpflichtigen nötig. Andererseits – und das unterschätzen auch viele ZDL – haben ihre Kämpfe Bedeutung für die Lohnabhängigen insbesondere des öffentlichen Dienstes, weil der Einsatz von ZDL als billige und rechtlose Arbeitskräfte bei
weiterer Militarisierung des Dienstes auch ihre Lage verschlechtert (z.B. bei Streikbruch).

Der KBW muß m.E. frühere Fehler ausmerzen und endlich die tatsächliche Unterstützung dieser Bewegung auf einheitlicher Linie in Angriff nehmen. Dabei sollten wir uns für den Aufbau der vom DGB-Bundesjugendvorstand befürworteten DGB-Arbeitskreise Zivildienst bei den KJAs einsetzen.





Demonstration von ca. 2000 Zivildienstleistenden am 21.3. in Darmstadt



bag. Aarhus. Mehrere tausend dänische Wehrpflichtige demonstrierten am 19.3. landesweit für die 40-Stunden-Woche und einen Lohn in Höhe des Durchschnittslohns für ungelernte Arbeiter. Die Arbeitszeit beträgt häufig 50 Std. Allerdings haben die Soldaten den Wehrdienst bereits auf 9 Monate reduzieren, die Kasernierung abschaffen können. Auch in der Frage der Bezahlung haben sie bereits Erfolge errungen: sie bekommen zur Zeit 6100 Kronen brutto, ein ungelernter Arbeiter verdient 8300 Kronen. Die größte Einzelgewerkschaft, der Spezialarbeiterverband, unterstützt die Forderungen.

SDAJ und der Kampf im Wehrpflichtheer

Bücher aus dem Weltkreis-Verlag / „Soldat '80" im Mittelpunkt

acm. Seit Gründung der DKP/SDAJ haben diese im Wehrpflichtheer immer eine zielgerichtete Arbeit betrieben. „elan" als Jugendmagazin, „Links Um" als Soldatenzeitung sowie „Informationsdienst für Soldaten" und der „Arbeitskreis demokratischer Soldaten" (ADS) sind die hauptsächlichen publizistischen und organisatorischen Instrumente. Daneben wurde über den Weltkreis Verlag die Produktion von Büchern zum Thema Bundeswehr vor allem in den letzten Jahren forciert. „NATO, Maßband und Moneten", „Rührt euch Kameraden" und „Stories in Oliv" sind die letzten dieser Reihe.

„NATO, Maßband und Moneten" wird als „Handbuch für Soldaten" empfohlen. Es ist alphabetisch von „Abrüstung" bis „Zurückstellung vom Wehrdienst" geordnet und eine Mischung von Informationshandbuch über die Wehr- und sonstigen Gesetze bis hin zur Propagierung von „Entspannung und Abrüstung". Tips für den Zusammenschluß der Soldaten enthält es weniger, außer daß es häufig auf die Nutzung von Rechten hinweist, die man habe.

„Rührt euch Kameraden" ist faktisch ein Buch über die SDAJ-Taktik in der Bundeswehr. Der Autor Pomorin war und ist Funktionär der SDAJ und heute Redakteur der „elan". Er beschreibt den Kampf um Ausnutzung der Rechte, die „Entlarvung brauner Offiziere" und „faschistischer Traditionspflege", die Arbeit des ADS gegen die Schinderei in der Armee und die Anstrengungen des MAD und der konservativen Offiziere zur Unterdrückung der Soldaten über Diszis, Bau und Zwangsversetzung. Pomorin

Um" als Soldatenzeitung sowie „Informationsdienst für Soldaten" und der „Arbeitskreis demokratischer Soldaten" (ADS) sind die hauptsächlichen publizistischen und organisatorischen Instrumente. Daneben wurde über den Weltkreis Verlag die Produktion von Büchern zum Thema Bundeswehr vor allem in den letzten Jahren forciert. „NATO, Maßband und Moneten", „Rührt euch Kameraden" und „Stories in Oliv" sind die letzten dieser Reihe.

„NATO, Maßband und Moneten" wird als „Handbuch für Soldaten" empfohlen. Es ist alphabetisch von „Abrüstung" bis „Zurückstellung vom Wehrdienst" geordnet und eine Mischung von Informationshandbuch über die Wehr- und sonstigen Gesetze bis hin zur Propagierung von „Entspannung und Abrüstung". Tips für den Zusammenschluß der Soldaten enthält es weniger, außer daß es häufig auf die Nutzung von Rechten hinweist, die man habe.

„Rührt euch Kameraden" ist faktisch ein Buch über die SDAJ-Taktik in der Bundeswehr. Der Autor Pomorin war und ist Funktionär der SDAJ und heute Redakteur der „elan". Er beschreibt den Kampf um Ausnutzung der Rechte, die „Entlarvung brauner Offiziere" und „faschistischer Traditionspflege", die Arbeit des ADS gegen die Schinderei in der Armee und die Anstrengungen des MAD und der konservativen Offiziere zur Unterdrückung der Soldaten über Diszis, Bau und Zwangsversetzung. Pomorin
war Mitautor von „Soldat 77" und beschreibt auch die Reaktionen der BW-Führung auf die Pressekonferenz und die Versuche seiner Isolierung. Das Buch hat weniger die Beschreibung der Verhältnisse beim Bund zum Inhalt als vielmehr eine leicht euphorische Darstellung über die Kampfmethoden beim Bund aus der Sicht der SDAJ.

„Stories in Oliv" geht auf einen Aufruf des „Informationsdienstes für Soldaten" zurück, seine Erlebnisse beim Bund aufzuschreiben. Dabei sind in Form von Kurzgeschichten sehr unterschiedliche, subjektiv gefärbte Berichte über die Bundeswehrzeit entstanden, die von den Schikanen und Sauereien berichten, vom Kampf um Kantinenpreise und Ab- und Versetzungen von Vertrauensleuten usw. Bestimmend ist auch hier die politische Richtung gegen „braune Traditionspflege" und „Feindbild Osten" sowie für eine „Demokratisierung der Bundeswehr". Insgesamt aber ein Buch, welches viele Probleme des Kampfes in der Bundeswehr anreißt und häufig durch lebendige Schilderung fasziniert.

Wenn allen drei Büchern der gemeinsame Grundton eigen ist, so liegt das an den strategischen Positionen, die DKP/SDAJ in ihrer Politik beziehen. Mit Manifestationen wie „Soldat '80 (auch schon '70 und '74) haben sie sich dafür eine Basis geschaffen, die bis in die Gewerkschaften hineinreicht, was die Unterstützung auf gewerkschaftlichen Jugendkongressen zeigt. Es ist unvermeidlich, sich mit diesem Forderungsprogramm auseinanderzusetzen.

Es geht aus von „Soldat '80 – Parole heißt abrüsten!" mit den Forderungen nach „Soldaten wollen Sicherheit durch Abrüstung", in dem es eingangs heißt: „Der Osten bedroht uns nicht. Wir lehnen dieses Feindbild ab. Es ist rückständig und gefährlich. Wir geben dem Kommandeur der 12. Panzerdivision, Generalmajor Bastian, recht, wenn er sagt, daß die Sowjetunion keine Angriffsabsichten verfolgt. Die letzten 35 Jahre: das war die längste Friedensperiode in der Geschichte Europas. Sie zeigt, daß die

richte über die Bundeswehrzeit entstanden, die von den Schikanen und Sauereien berichten, vom Kampf um Kantinenpreise und Ab- und Versetzungen von Vertrauensleuten usw. Bestimmend ist auch hier die politische Richtung gegen „braune Traditionspflege" und „Feindbild Osten" sowie für eine „Demokratisierung der Bundeswehr". Insgesamt aber ein Buch, welches viele Probleme des Kampfes in der Bundeswehr anreißt und häufig durch lebendige Schilderung fasziniert.

Wenn allen drei Büchern der gemeinsame Grundton eigen ist, so liegt das an den strategischen Positionen, die DKP/SDAJ in ihrer Politik beziehen. Mit Manifestationen wie „Soldat '80 (auch schon '70 und '74) haben sie sich dafür eine Basis geschaffen, die bis in die Gewerkschaften hineinreicht, was die Unterstützung auf gewerkschaftlichen Jugendkongressen zeigt. Es ist unvermeidlich, sich mit diesem Forderungsprogramm auseinanderzusetzen.

Es geht aus von „Soldat '80 – Parole heißt abrüsten!" mit den Forderungen nach „Soldaten wollen Sicherheit durch Abrüstung", in dem es eingangs heißt: „Der Osten bedroht uns nicht. Wir lehnen dieses Feindbild ab. Es ist rückständig und gefährlich. Wir geben dem Kommandeur der 12. Panzerdivision, Generalmajor Bastian, recht, wenn er sagt, daß die Sowjetunion keine Angriffsabsichten verfolgt. Die letzten 35 Jahre: das war die längste Friedensperiode in der Geschichte Europas. Sie zeigt, daß die
Russen keinen Krieg wollen. Mehr noch: Sie haben wiederholt Initiativen für Entspannung und Abrüstung ergriffen." Über die Einleitung des Programms propagieren sie den Sozialimperialismus als „Kraft des Friedens" und wenden geschickt den Unmut nur auf die NATO und die Bundeswehr – zwei imperialistische Militärbündnisse soll es nicht geben. So folgt denn auch logisch die Abrüstung als allgemein friedenserhaltendes Programm. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr besteht im Kampf gegen „braune" Kräfte in der BW und in der Erfüllung des Grundgesetzes, „Recht und Freiheit der Bürger unseres Landes tapfer zu verteidigen". Der Austritt aus der NATO wird nicht aufgeworfen – wohlweislich, weil sich sofort die Frage des Warschauer Paktes aufwirft, was sie vermeiden wollen. Von seinen Grundlagen ist das Programm eine Verharmlosung der Entwicklung der Weltlage, wie es dem Sozialimperialismus Raum läßt. Aber ab dem Punkt „II. Soldaten für Demokratie" erhält es seine *praktische* Bedeutung durch die Erhebung wesentlicher Forderungen für die Soldatenbewegung. Von der Herabsetzung der Wehrdienstzeit, gegen die Gesinnungsprüfung bei Kriegsdienstverweigerern, gegen Dienst- und Wehrpflicht der Frauen, für demokratische Einflußnahme der Gewerkschaften in der Armee, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung handelt es unter diesem Punkt. Für die Vertrauensleute eigens ein Abschnitt, der verschiedenste Forderungen konkretisiert. Unter dem Punkt „III. Wer dient, soll auch verdienen!" wird der Kampf um die finanzielle Sicherung der W-15er geführt, wobei „100 DM mehr Wehrsold sofort" mit der Forderung „Erhöhung des Wehrsoldes auf das Niveau des durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes in der BRD" verbunden ist und weiteren Forderungen zur Arbeitszeit, Urlaub, Bildungsurlaub sowie zur Frage von Wohngeld und Kantinenselbstverwaltung.

Ist also das Programm einerseits durch die Öffnung gegenüber dem Sozialimperialismus gekennzeichnet, so

Grundgesetzes, „Recht und Freiheit der Bürger unseres Landes tapfer zu verteidigen". Der Austritt aus der NATO wird nicht aufgeworfen – wohlweislich, weil sich sofort die Frage des Warschauer Paktes aufwirft, was sie vermeiden wollen. Von seinen Grundlagen ist das Programm eine Verharmlosung der Entwicklung der Weltlage, wie es dem Sozialimperialismus Raum läßt. Aber ab dem Punkt „II. Soldaten für Demokratie" erhält es seine *praktische* Bedeutung durch die Erhebung wesentlicher Forderungen für die Soldatenbewegung. Von der Herabsetzung der Wehrdienstzeit, gegen die Gesinnungsprüfung bei Kriegsdienstverweigerern, gegen Dienst- und Wehrpflicht der Frauen, für demokratische Einflußnahme der Gewerkschaften in der Armee, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung handelt es unter diesem Punkt. Für die Vertrauensleute eigens ein Abschnitt, der verschiedenste Forderungen konkretisiert. Unter dem Punkt „III. Wer dient, soll auch verdienen!" wird der Kampf um die finanzielle Sicherung der W-15er geführt, wobei „100 DM mehr Wehrsold sofort" mit der Forderung „Erhöhung des Wehrsoldes auf das Niveau des durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes in der BRD" verbunden ist und weiteren Forderungen zur Arbeitszeit, Urlaub, Bildungsurlaub sowie zur Frage von Wohngeld und Kantinenselbstverwaltung.

Ist also das Programm einerseits durch die Öffnung gegenüber dem Sozialimperialismus gekennzeichnet, so
hat es in seinen *konkreten* Forderungen zur Lage der Soldaten erhebliche Bedeutung, und darauf stützt es sich auch offensichtlich. Ein Angriff auf die theoretischen wie praktischen Positionen der Revisionisten in der Frage des imperialistischen Krieges kann nicht die Ignorierung des Programms in seiner Gesamtheit bedeuten. Das würde nur heißen, ihre Positionen zu stärken.

„456 und der Rest von heute"

acm. Unter diesem Titel ist „Ein Roman über die Bundeswehr von Christian Klippel" schon vor einiger Zeit erschienen. In diesem Roman erzählt der „Gefreite Unteroffiziersanwärter (UA) Jürgen Hoffmann", wie er den Bund so hassen lernt, daß er letztlich Fahnenflucht begeht. Er – der er als arbeitsloser Jugendlicher sich für vier Jahre verpflichtet hat, um einigermaßen Geld beieinander zu haben – macht einen Lernprozeß durch. Ist er anfangs froh, seinen „Platz" zu haben: „Hier hat jeder seinen Platz. Anders als draußen", so ist für ihn am Ende der Bund nur noch ein Alptraum.

Dieser Lernprozeß wird dem Leser völlig entblößt dargelegt. Er wird beschrieben in der Form, daß Jürgen – selbst aus der Grundausbildung raus und auf eine Unteroffiziersplanstelle wartend – als Hilfsausbilder für die Rekruten eingeteilt wird. Entlang einer Woche der Ausbildung dieser „Rotärsche" wird die ganze Schikane, Entwürdigung und Demütigung, der Versuch des Zerbrechens von Widerstand und Auflehnung beschrieben bis in jede Einzelheit des Dienstes. Der Leser vermag mitzuerleben, wie in Jürgen die Erkenntnis über die wirklichen Verhältnisse in der Bundeswehr heranreift – dies nicht in klare politische Begriffe gefaßt, sondern als zerstörerische Maschinerie, die alles Leben, alle Selbständigkeit, alle Gefühle abtötet, verroht und die Personen förmlich verwandelt bis hin zur Sprache. Diese ist im Buch äußerst brutal und direkt, und jeder, der beim Bund war, wird seine eigene Grundausbildung mehr oder weniger getroffen finden. Alle Stationen der Schleiferei sind in wörtlicher Rede der Hauptleute, Feldwebel und Unteroffiziere erfaßt. Von der Einkleidung, über den „Maskenball" (das Anziehen sämtlicher Bekleidungen in fortlaufendem Wechsel) und Formalausbildung, Waffenempfang und „Aktuellen Unterricht", bis hin zu Nachtalarm, Stubendurchgang und den Schikanen vor der Fahrt ins Wochenende sind alle Stationen der gehässigen Despotie enthalten, die er gerade nicht einfach als „Verbrechen" der einzelnen Unteroffiziere schildert, sondern als systematischen Bestandteil und Grundlage der Ausbildung. Und an der Person des Funkers Schichtermann beschreibt er auch stellenweise, wie man sich dieser Unterdrückung entgegenstellen kann und die Vereinzelung durch Solidarität, die Einschüchterung durch Selbstbewußtsein verhindern kann.

Der Autor des Buches – der selber beim Bund agiert hat – fing sich noch „Einstweilige Verfügungen" von Vorgesetzten gegen das Buch ein, weil er deren Originalnamen im Text hatte stehen lassen. Der Verlag betont: „Die Namen sind austauschbar ... Es geht um eine wirklichkeitsnahe Darstellung des Bundeswehr-Alltags, der Verkehrsformen dort und der Atmosphäre." Das ist gelungen. Damit ist das Buch auch für alle interessant, die nicht beim Bund waren oder noch hin müssen.

Christian Klippel, „456 und der Rest von heute", Ein Roman über die Bundeswehr, Weismann Verlag München, 192 S., 14,80 DM.

Gegen Wohnraumzerstörung und Wohnungsnot

Mieterwoche vom 6.4. bis 11.4.81

cld. In der Woche vom 6.4. bis 11.4.81 führen die Hamburger Mieterinitiativen eine Mieterwoche durch. Die Hauptaktivitäten finden in den einzelnen Stadtteilen statt. Mit Ständen, Kundgebungen, Hausbesuchen und Veranstaltungen werden die Mieterinitiativen ihren bisherigen Kampf gegen die Wohnungsnot und für menschengerechtes Wohnen zusammenfassen.

Mieterinitiativen sind in Hamburg vor allem in Sanierungs- und Modernisierungsgebieten entstanden. Die meisten von ihnen nach 1975, in Hamburg. Die Aufhebung der Mietpreisbindung wurde begründet mit der ausgeglichenen Marktlage auf dem Wohnungsmarkt. Rechnerisch ergab sich, daß für jeden der rund 800000 Haushalte in Hamburg eine Wohnung zur Verfügung stand. Tatsächlich standen teure Eigentumswohnungen leer, wurden Zweitwohnungen der Reichen mitgezählt und die qualitative Ausstattung der Wohnungen überhaupt nicht in Betracht gezogen. Heute gibt es rechnerisch etwa 5000 Wohnungen zu wenig, tatsächlich suchen aber über 50000 Hamburger eine neue Wohnung.

Die Hausbesitzer dagegen sahen ihre Stunde gekommen und versuchten durch kräftige Mieterhöhungen abzusahnen. Gegen die Mieterhöhungen aufgrund des Wegfalls der Mietpreisbindung oder von Modernisierungen, und den Abriß von Altbauten, um an ihre Stelle lukrative Eigentumswohnungen und Bürohäuser hinzustellen, bildeten sich die Mieterinitiativen. Heute gibt es ca. 20 Mieterinitiativen. Davon arbeiten ⅔ in Stadtteilen mit Altbauten, wie Eppendorf, Eimsbüttel, Neustadt, St. Pauli usw., der Rest in den Neubaugebieten Osdorfer Born, Neuwiedenthal, Mümmelmannsberg, Steilshoop usw.

Die Arbeit der um 75 gegründeten Initiativen hing stark von der Auseinandersetzung in einzelnen Häusern mit einzelnen Besitzern ab. wie z.B. in Eppendorf die Auseinandersetzung mit dem Großspekulanten Ruppert. Die wenigsten der Initiativen haben über die Jahre hinweg eine gleichbleibend umfangreiche Aufklärungs- und Beratungstätigkeit durchgeführt. Hinzu kam, daß sie relativ zersplittert arbeiteten, woran auch ein Plenum der Initiativen nicht viel änderte. Aus dem Bedürfnis heraus, den Kampf gegen die Wohnungsnot und für menschengerechte Wohnungen auf der Ebene der Stadt zusammenzufassen und auszuweiten, sowie aus der Notwendigkeit, eine kontinuierliche Aufklärungs- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Wohnens und der Stadtentwicklung zu gewährleisten, wurde Ende letzten Jahres der „Verein Mieter helfen Mietern" gegründet. Er ist kein Konkurrenzunternehmen zu den Initiativen, sondern arbeitet mit ihnen zusammen, unterstützt sie und ist auf ihre Unterstützung angewiesen.

Der Verein, der heute 350 Mitglieder hat und dem im Durchschnitt pro Tag 2 neue Mitglieder beitreten, konnte auch gleich ziemlich große Erfolge erzielen. Die von ihm und den Initiativen gebildete Meldestelle für leerstehende Häuser konnte bis heute über 2500 leerstehende Wohnungen feststellen. Die Behörden und Lange sprachen noch im Dezember von 300 leerstehenden Wohnungen und sind heute aufgrund des Beweismaterials bereit, 900 Wohnungen zuzugeben. Nach der Untersuchung des Vereins befinden sich die meisten leerstehenden Häuser in den Stadtteilen Altona (50), Harburg (41) und St. Pauli. 60% der Häuser gehören der Stadt, bzw. der SAGA, 80% liegen in Sanierungsgebieten. Leute wie Ruppert sind also nur die Spitze des Eisbergs. Größeren Anteil an der Wohnraumzerstörung und dem Wohnungselend haben allemal die SAGA und der Senat. Sie werden angesichts der Veröffentlichungen ihrer Taten auch zunehmend hektischer: So erhielt der Verein eine Behördenanweisung zugespielt, in der die Umwelt„schutz"behörde Curillas den beschleunigten Abriß von leerstehenden Häusern durch die Bezirksämter anordnete.

Zu diesen Machenschaften wird man Bausenator Lange auf einer Veranstaltung am 9.4. befragen können.

Am 11.4. wird die Woche mit einer Demonstration abgeschlossen. Sie wird dem gleichzeitig statfindenden SPD-Parteitag zur Wohnungsfrage zeigen, daß nur der sofortige Stop der Wohnraumzerstörung, der Modernisierung auf Kosten der Vermieter und der Stop weiterer Mietpreiserhöhungen in den Sozialwohnungen die nächsten Schritte zur Bekämpfung des Wohnungselends sind.



Die IGM organisiert jetzt auch Warnstreiks in mittleren und kleineren Betrieben, auch am Stadtrand Hamburgs. Am 26.3.81 streikten in Schenefeld ca. 450 Beschäftigte der Firma AEG Schiffbau (Werk Schenefeld), Kürger Tore und Doboy. Sie marschierten durch Schenefeld zum Schenefelder Marktplatz, wo der 2. Bevollmächtigte der IGM Engelmann und die drei VK-Leiter der einzelnen Betriebe sprachen.

Aluminium Oxyd Stade pumpt Rotschlamm in die Elbe

Die Dämme der Rotschlamm„deponie" werden noch häufiger brechen

hee. Die Aluminium Oxyd Stade (AOS) hat derzeit eine Jahreskapazität von 600000 t Oxyd. Dabei fallen 400000 m³ Rotschlamm an, der in eine fast 100 ha große Deponie im Bützflether Moor, unmittelbar neben einem Wasserschutzgebiet gepumpt wird.

Die AOS arbeitet nach dem Bayerverfahren. Die – importierte – Bauxiterde, die zwischen 45 und 60% Al2O3 enthält, wird zunächt gemahlen und mit konzentrierter Natronlauge gemischt. Bei 160 bis 230° und 6 bis 10 atü Druck geht das Aluminium in Lösung (Na(Al(OH)4)), wobei Rotschlamm sich ablagert. Die gefilterte Al-Lösung wird dann auf 60°C abgekühlt; nach 60 bis 120 Stunden fallen Al-Hydroxyd und Natronlauge aus. Schließlich wird das Al(OH)3 in einem Drehofen bei rd. 1200°C kalziniert. – Das weiße Al-Oxydpulver gelangt dann in das Nachbarwerk der Vereinigten Aluminium Werke (VAW), wo bei 950°C unter Zusatz von 10 bis 15% des Flußmittels Kryolith (Fluorverbindung) an der Kathode, d.h. am Schmelzgefäßboden, das Aluminium sich abscheidet (Schmelzflußelektrolyse). – Aus 4 t Bauxit werden 2 t Al2O3 und daraus 1 t Aluminium.

Die Bützflether Rotschlammdeponie ist in 5 höhenmäßig abgestufte Becken unterteilt. In Becken 5 wird das Überschußwasser aufgefangen, wovon ein Teil in das Werk zu Wiederverwendung zurückgepumpt wird (40 m³/h). In der Nacht vom 6. zum 7. März brach der Damm zwischen dem 4. und 5. Becken – und zwar auf rd. 50 m Länge. Vermischt mit hochgebrochenem Mooruntergrund drang Rotschlamm in das Sammelbecken; das Becken war plötzlich voll: um 1,5 m höher angefüllt und gleichzeitig bereits 0,5 m unter der Kuppe Außendeich der Deponie.

Die AOS *unterrichtete* die Kreisverwaltung in Stade als Untere Wasserbehörde: Wegen des hohen Wasserstandes bestehe Gefahr, daß der Außendamm auch noch breche. Es handele sich um etwa 75000 m³ Wasser, die abgepumpt werden müssen. Gemäß wasserrechtlicher Erlaubnis aus dem Jahre 1973 darf „Überschußwasser" in die Elbe, ohne Rücksicht auf den Grad der Verschmutzung, eingeleitet werden.

Drei Tage nach dem Dammbruch war für Behörde und Betreiber „bedenklich für die Elbe lediglich der Laugencharakter" des Rotschlammwassergemisches. Dagegen wurde zu dem Deponiewasser noch 1l Salzsäure pro m³ in die Elbe geschüttet, um den pH-Wert von 10,8 auf 9 zu senken. – Zur Unterstützung der Kreisverwaltung wurde die Wassergütestelle (eine Arbeitsgemeinschaft der Länder Niedersachen, Hamburg und Schleswig-Holstein) herangezogen. Deren Leiter, Dipl. Ing. Flügge, hatte zwar noch am 13.3. „den Vorgang als keineswegs unbedenklich" eingestuft, doch am 18.3.81 waren schon seine „anfänglichen Befürchtungen, vor allem für die Elbfische, durch Untersuchungen und Literaturstudium nicht bestätigt worden". Testfische hätten in 50 m unterhalb der Einleitungsstelle entnommenem Elbwasser auch noch nach einer Woche keinerlei Veränderungen... Zwei Tage später kam dann heraus, daß diese Testfische Guppys waren, Zierfische, die in „ allen Wassern" leben können, „auch schon in total verschmutzten Hauswässern gefunden wurden" und „ unempfindlich gegen relativ niedere und hohe pH-Werte" sind (aus einem Buch für Aquariumfreunde). – Jedenfalls genügte dies der Kreisverwaltung, um der AOS die Einleitung unbegrenzt bis zum 15. April zu erlauben.

Die Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe (AUN), ein Zusammenschluß von Umweltschutzexperten, hat „ die sofortige Aufhebung der Genehmigung zur Giftwassereinleitung in die Elbe durch den Landkreis Stade" gefordert und Strafanzeige gegen die verantwortlichen Beamten wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Wasserhaushaltsgesetz erstattet. Rotschlamm enthalte noch bis zu 30% Al-Oxyd, das in Wasser gelöst schon in geringer Konzentration die Organismen schädige; er dringt in die Poren und Kiemen, legt sich auf die demnächst fälligen Fischeier und behindert oder erstickt alles Bodenleben – auch im Watt.

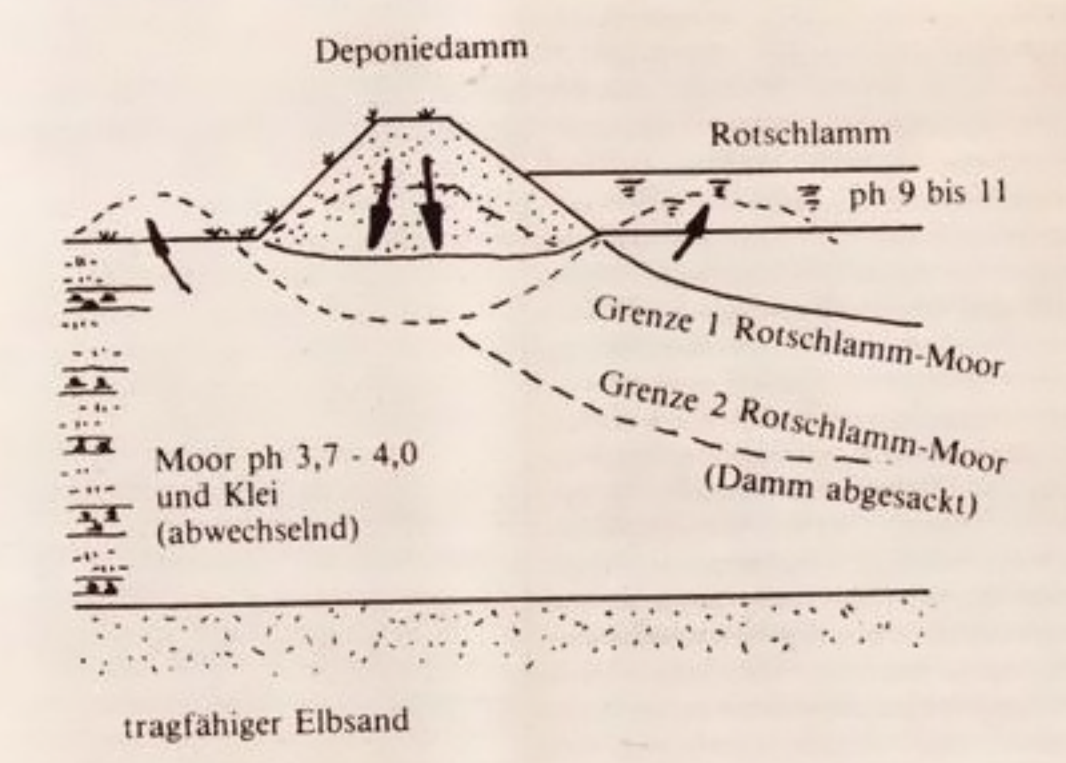
Eine Alternative zu der tiefgreifenden Elbverschmutzung sehen Betreiber und Behörde nicht. Allenfalls können sie sich Konsequenzen „ aus Planungsfehlern" vorstellen für die im März 1980 vom Rat der Stadt Stade einstimmig gebilligte, im Bau befindliche Erweiterung der Rotschlammdeponie. Welche? – Allerdings meinte Herr Flügge: „ Ein derartiger Fall darf nie wieder eintreten!"

„ Wie das denn?" kann man da nur fragen, denn bereits das Konzept ist keinen Deut besser als die Zwischen- und Endlagerkonzepte der KKW-Betreiber.

Die bei dem Genehmigungsverfahren in 1973 geäußerten Bedenken und vorgelegten Berechnungen zeigen deutlich, daß der Plan nicht realisierbar war. In einer Schichtstärke von 10 m sollte in 10 Jahren Rotschlamm aufgetragen werden; heute ist rd. die Hälfte davon erreicht. Bis Juli 1976 war der Damm der „Deponie" bereits 3 mal gebrochen; nun ist er auf einer Länge von 50 (!) m weggesackt.

Bereis 1973 wurden Betreiber der Behörde durch Anwohner und die AUN auf die bestehenden und zu erwartenden Untergrundverhältnisse hingewiesen:

Tragfähiger Elbsand steht erst in etwa 15 m Tiefe an; darauf liegen diverse überschlickte Moorschichten. Der Ton ist kalkarm, dicht und sauer; das dazwischenliegende Moor ist stark zersetzt, jedoch findet gerade wegen des hohen Säuregrades keine weitere Zersetzung statt. – – Wo dieser Untergrund mit dem basischen Rotschlamm in Berührung kommt, löst das NaOH den Humus auf, Humidsäuren fallen aus. So wird aus dem ehemals strukturierten Boden – fortschreitend – eine braune, strukturlose Brühe...



Mit dem basischen Rotschlamm wird die Struktur und damit die Tragfähigkeit des Moorbodens zertört.

Der Bützflether Rotschlamm enthält 12% Titanoxyd (=7% Titan), 45% Eisenoxyd und 30% Al-Oxyd. Offenbar ist die Gewinnung der Metalle der AOS nicht profitabel genug. Dann aber sollte die AOS gezwungen werden, den Schlamm in die 20 km entfernte Kalkgrube Hemmoor zu pumpen, wo er chemisch genau hinpaßt.

Stunde gekommen und versuchten durch kräftige Mieterhöhungen abzusahnen. Gegen die Mieterhöhungen aufgrund des Wegfalls der Mietpreisbindung oder von Modernisierungen, und den Abriß von Altbauten, um an ihre Stelle lukrative Eigentumswohnungen und Bürohäuser hinzustellen, bildeten sich die Mieterinitiativen. Heute gibt es ca. 20 Mieterinitiativen. Davon arbeiten ⅔ in Stadtteilen mit Altbauten, wie Eppendorf, Eimsbüttel, Neustadt, St. Pauli usw., der Rest in den Neubaugebieten Osdorfer Born, Neuwiedenthal, Mümmelmannsberg, Steilshoop usw.

Die Arbeit der um 75 gegründeten Initiativen hing stark von der Auseinandersetzung in einzelnen Häusern mit einzelnen Besitzern ab. wie z.B. in Eppendorf die Auseinandersetzung mit dem Großspekulanten Ruppert. Die wenigsten der Initiativen haben über die Jahre hinweg eine gleichbleibend umfangreiche Aufklärungs- und Beratungstätigkeit durchgeführt. Hinzu kam, daß sie relativ zersplittert arbeiteten, woran auch ein Plenum der Initiativen nicht viel änderte. Aus dem Bedürfnis heraus, den Kampf gegen die

Ruppert sind also nur die Spitze des Eisbergs. Größeren Anteil an der Wohnraumzerstörung und dem Wohnungselend haben allemal die SAGA und der Senat. Sie werden angesichts der Veröffentlichungen ihrer Taten auch zunehmend hektischer: So erhielt der Verein eine Behördenanweisung zugespielt, in der die Umwelt„schutz"behörde Curillas den beschleunigten Abriß von leerstehenden Häusern durch die Bezirksämter anordnete.

Zu diesen Machenschaften wird man Bausenator Lange auf einer Veranstaltung am 9.4. befragen können.

Am 11.4. wird die Woche mit einer Demonstration abgeschlossen. Sie wird dem gleichzeitig statfindenden SPD-Parteitag zur Wohnungsfrage zeigen, daß nur der sofortige Stop der Wohnraumzerstörung, der Modernisierung auf Kosten der Vermieter und der Stop weiterer Mietpreiserhöhungen in den Sozialwohnungen die nächsten Schritte zur Bekämpfung des Wohnungselends sind.

von 600000 t Oxyd. Dabei fallen 400000 m³ Rotschlamm an, der in eine fast 100 ha große Deponie im Bützflether Moor, unmittelbar neben einem Wasserschutzgebiet gepumpt wird.

Die AOS arbeitet nach dem Bayerverfahren. Die – importierte – Bauxiterde, die zwischen 45 und 60% Al2O3 enthält, wird zunächt gemahlen und mit konzentrierter Natronlauge gemischt. Bei 160 bis 230° und 6 bis 10 atü Druck geht das Aluminium in Lösung (Na(Al(OH)4)), wobei Rotschlamm sich ablagert. Die gefilterte Al-Lösung wird dann auf 60°C abgekühlt; nach 60 bis 120 Stunden fallen Al-Hydroxyd und Natronlauge aus. Schließlich wird das Al(OH)3 in einem Drehofen bei rd. 1200°C kalziniert. – Das weiße Al-Oxydpulver gelangt dann in das Nachbarwerk der Vereinigten Aluminium Werke (VAW), wo bei 950°C unter Zusatz von 10 bis 15% des Flußmittels Kryolith (Fluorverbindung) an der Kathode, d.h. am Schmelzgefäßboden, das Aluminium sich abscheidet (Schmelzflußelektrolyse). – Aus 4 t Bauxit werden 2 t Al2O3 und daraus 1 t Aluminium.

tungen, vor allem für die Elbfische, durch Untersuchungen und Literaturstudium nicht bestätigt worden". Testfische hätten in 50 m unterhalb der Einleitungsstelle entnommenem Elbwasser auch noch nach einer Woche keinerlei Veränderungen... Zwei Tage später kam dann heraus, daß diese Testfische Guppys waren, Zierfische, die in „ allen Wassern" leben können, „auch schon in total verschmutzten Hauswässern gefunden wurden" und „ unempfindlich gegen relativ niedere und hohe pH-Werte" sind (aus einem Buch für Aquariumfreunde). – Jedenfalls genügte dies der Kreisverwaltung, um der AOS die Einleitung unbegrenzt bis zum 15. April zu erlauben.

Die Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe (AUN), ein Zusammenschluß von Umweltschutzexperten, hat „ die sofortige Aufhebung der Genehmigung zur Giftwassereinleitung in die Elbe durch den Landkreis Stade" gefordert und Strafanzeige gegen die verantwortlichen Beamten wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Wasserhaushaltsgesetz erstattet. Rotschlamm enthalte noch bis zu 30% Al-

keinen Deut besser als die Zwischen- und Endlagerkonzepte der KKW-Betreiber.

Die bei dem Genehmigungsverfahren in 1973 geäußerten Bedenken und vorgelegten Berechnungen zeigen deutlich, daß der Plan nicht realisierbar war. In einer Schichtstärke von 10 m sollte in 10 Jahren Rotschlamm aufgetragen werden; heute ist rd. die Hälfte davon erreicht. Bis Juli 1976 war der Damm der „Deponie" bereits 3 mal gebrochen; nun ist er auf einer Länge von 50 (!) m weggesackt.

Bereis 1973 wurden Betreiber der Behörde durch Anwohner und die AUN auf die bestehenden und zu erwartenden Untergrundverhältnisse hingewiesen:

Tragfähiger Elbsand steht erst in etwa 15 m Tiefe an; darauf liegen diverse überschlickte Moorschichten. Der Ton ist kalkarm, dicht und sauer; das dazwischenliegende Moor ist stark zersetzt, jedoch findet gerade wegen des

So leicht kippt Klose nicht

cld. Der Zeitpunkt war günstig gewählt. Kaum war Klose über Leipzig für vier Wochen nach Nord- und Südamerika gefahren, um dort etwas für die Geschäfte der Kapitalisten zu tun, eröffnete Staak mit einem Interview in der „Welt" vom 16.3. den Angriff auf Klose: Eine Untersuchung der Gründe für die verstärkten Parteiaustritte in den letzten Monaten hätte ergeben, daß viele wegen Kloses Politik zu Brokdorf u.a. austreten würden. In den folgenden Tagen wurde von „SPD - Spitzenpolitikern" mehr oder weniger der Sturz, bzw. Rücktritt Kloses gefordert.

Egal, was an den einzelnen Veröffentlichungen an Wahrheit dran ist, deutlich zeigen sie die Schärfe der Auseinandersetzung in der Hamburger SPD. Die Positionen Kloses – gegen Brokdorf, gegen die Regelanfragen beim Verfassungsschutz und einige kritische Äußerungen zur Handlangerfunktion des Staates für die Kapitalisten – sind nicht neu. Geändert hat sich die wirtschaftliche Lage. Die Krise zeigt erneut die Unfähigkeit der Profitwirtschaft, die Bedürfnisse der Gesellschaft ausreichend zu befriedigen. Die Kapitalisten fordern Abbau der Reproduktionsausgaben des Staates zu Gunsten umfangreicher Subventionen, die Beseitigung gesetzlicher Schranken bei der Auspressung der Arbeitskraft und den Abbau der minimalen Sicherungen, die sich die Arbeiterklasse in den verschiedenen Versicherungen gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise erkämpft hat. Durchführen soll die Maßnahmen die SPD, die dabei auf den Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stößt. Daher die Widersprüche in der SPD.

Günstig sind für die Arbeiterbewegung und die Volksmassen, wenn sich Politiker wie Klose und die Mehrheit der Hamburger SPD z.B. gegen Brokdorf aussprechen. Es gibt ihnen Raum im Kampf für ihre Interessen. Ungünstig für sie wird es, wenn sie die Ausnutzung dieser Widersprüche ersetzen durch Unterstützung Kloses oder anderer „Linken" in der SPD, der für die AKWs Brunsbüttel, Stade und Krümmel ist. Am Besten können die Widersprüche genützt werden, wenn weiter an den eigenen Interessen festgehalten wird und die Klärung der nächsten Aufgaben und Ziele des Kampfes in der Gewerkschaft und den demokratischen Zusammenschlüssen fortgesetzt wird.

Das wird Grundlagen dafür schaffen, in Hamburg ein starkes demokratisches Bündnis für die Bürgerschaftswahlen zu bilden, um die Forderungen der Arbeiterklasse und des Wolkes auch im Parlament zu propagieren. Gleichzeitig müssen die Bemühungen die Partei der Arbeiterklasse aufzubauen weitergeführt werden.

Gutachten belegt Mißstände und Versäumnisse der Stadt Kiel in Gaarden

WIBERA-Gutachten über alternative Möglichkeiten städtischer Jugendtreffs

abc. Das WIBERA-Gutachten mit dem Thema: *Alternative Möglichkeiten für die Arbeit städtischer Jugendtreffs* liegt seit Juni 1980 dem Kieler Jugendamt vor. Teil A beschäftigt sich mit der sozialen Situation der Stadtteile Gaarden und Wik, Teil B umfaßt die alternativen Vorschläge mit finanziellen Auswirkungen. Aus der Einleitung des Gutachtens erfährt der Leser welche Schwierigkeiten die WIBERA schon bei der Erstellung des Gutachtens mit ihrem Auftraggeber der Stadt hatte, um die notwendigen statistischen Zahlen zu erhalten. Es waren angeblich nicht vorhanden: Zahlen zu Wohnungen ohne Bad/WC, Sozialhilfeempfänger an Haushalten, obdachlose Wohnbevölkerung, Fallzahlen der Erziehungsberatungsstelle, Amt für Familienhilfe, Abteilung Erziehungshilfe. Offenbar ist die Stadt nicht an einer zu genauen Analyse der Situation interessiert und verläßt sich lieber auf idealistische Schätzungen. Trotzdem konnte WIBERA gestützt auf vorhandene Zahlen und Arbeiten einzelner Autoren aufschlußreiches Material zu den Lebensbedingungen in den beiden Stadtteilen herausfinden, das Versäumnisse der Stadt offenlegt. Das wird auch der Grund dafür sein, daß das Gutachten bisher nach Gutsherrenart einer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten wird und auch amtsintern so gut wie nicht bekannt ist. Die Stadt hält dieses Gutachten lieber in der Schublade, um nach Bedarf kostengünstige Vorschläge herauszupicken, um sich in der Öffentlichkeit darstellen zu können und vielleicht ein ,Kieler Modell' daraus zu machen. Dies alles vor dem Hintergrund, daß in Kiel an allen Ecken Freizeiteinrichtungen und Wohnraum für Jugendliche fehlen. Seit Monaten fordern Punks vom Jugendamt Räume, und die Stadt läßt nichtsvon sich hören. Schilkseer Jugendliche machten in der Ratsversammlung zu den Haushaltsberatungen auf ihre Raumprobleme aufmerksam. Sie besetzten sogar einen Kindergarten, um ein Gespräch mit dem Dezernenten zu erzwingen. In Mettenhof brechen Jugendliche leere Keller auf, um Platz zu haben. Das Jugendzentrum in Mettenhof ,JIM' ist total vergammelt und die Stadt scheut die Instandsetzungskosten. Kein Wunder, daß viele Jugendliche sich in Kaufhäusern, Spielhallen oder der überdachten Hertiepassage aufhalten.

Soziale Lage der Bevölkerung in Gaarden und Wik

Wohnsituation

Wie die Statistik zeigt, gibt es in Gaarden überdurchschnittlich viele 1-und 2-Zimmerwohnungen. Der Zuwachs der Wohnungen ist sehr gering, bei Großwohnungen sogar rückläufig. Demgegenüber gibt es in Gaarden einen hohen Anteil an 2- und 3-Personen-Haushalten.Killisch errechnete für 1971, daß bereis mehr als die Hälfte der 3-Personen-Haushalte in zu engen Wohnungen lebt. Die Wohnungsnot trifft vor allem Haushalte mit Kindern und Jugendlichen, so daß ihnen in den wenigsten Fällen ein eigenes Zimmer zur Verfügung steht. Zu beengten Wohnverhältnissen kommt noch enge Bebauung, d.h. geringes Angebot an Grünflächen und hohe Umweltbelastung durch Betriebe. Dies führt dazu, daß Fortzüge aus Gaarden überwiegen. Gründe sind nach Untersuchung von Killisch 1976 vor allem Wohnungsmängel: *82% sind unzufrieden mit der Wohnung, 52% mit dem technischen und baulichen Zustand, 45% mit der Wohnumgebung, 48% mit der zu geringen Größe, 46% mit ungenügender sanitärer Ausstattung und 33% wegen schlechter Beheizbarkeit. Fortzügler mußten eine durchschnittlich 111 DM höhere Miete in Kauf nehmen, der Umzug kommt also nur für Familien mit höherem Einkommen in Frage.* Für die Jugendlichen in Gaarden folgt daraus: Extrem schlechte Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und ein hoher Bedarf an solchen Einrichtungen. In Bezug auf die Wohnsituation steht die Wik besser da. Dort existieren überdurchschnittlich größere Wohnungen und in diesem Bereich hat auch das Angebot zugenommen.

Erwerbstätigkeit

Nach dem Beschäftigtenanteil am Arbeitsplatz liegt Gaarden an der Spitze. Sind in Kiel 48% aller Einwohner erwerbstätig, so sind es in Gaarden 56%. Eindeutiger Schwerpunkt ist das produzierende Gewerbe. *16% aller berufstätigen Haushaltvorstände arbeiten im Schichtbetrieb, 36% leisten regelmäßig Überstunden und 2,3% arbeiten am Fließband (Killisch 1976).* 67,11% haben ihren Arbeitsplatz in den letzten Jahren nicht gewechselt, 63,78% arbeiten schon länger als 5 Jahre im gleichen Betrieb. Dies führt zu einer starken Bindung an den Stadtteil, so daß Killisch ,,eine besondere lokale Identität der Gaardener Arbeiterschaft für gegeben'' hält. In der Wik überwiegen die Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich. Bei der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen liegt Gaarden auf dem 7. und die Wik auf dem 23. Rangplatz unter 30 Stadtteilen. Bei der Quote der Geschiedenen liegt Gaarden auf dem 3. und die Wik auf dem 20 Rangplatz.

Literatur: Killisch.: Kiel-Gaarden Sanierung, Schriftenreihe der Stadt. Killisch.: Untersuchung zum Wohnstandortverhalten mobiler Haushalte, Stadtplanungsamt 1976.

Situation der Jugendlichen

In Gaarden besuchen überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche die Sonder- und Hauptschule. Obwohl der Stadt die hohe Quote der Erwerbstätigen bekannt ist, hinkt das Angebot an Kindergarten- und -hortplätzen der Nachfrage hinterher und es gibt lange Wartelisten. Hinzu kommt noch der hohe Anteil ausländischer Kinder in Gaarden, dem weder die Stadt noch das Land in den Kitas und der Schule Rechnung trägt. An Gaardens Hauptschulen liegt der Anteil ausländischer Kinder bei 32,5%. In den 1.Klassen der Fröbelschule sind es bereits 54,3% und der Hans-Christian-Andersen-Schule 39,5% ausländische, vor allem türkische Kinder. Jetzt wo die Probleme nicht mehr zu vertuschen sind und Eltern und Lehrer sich wehren, versuchen CDU und SPD mit Scheinlösungen, vom notwendigen Schulbau abzulenken.

Von den im August 1979 16-18 jährigen Jugendlichen hatten sich insgesamt nur 111 Jugendliche beim Arbeitsamt arbeitssuchend gemeldet, davon 20 Jugendliche aus Gaarden. Das sind 18% der arbeitslosen Jugendlichen, obwohl in Gaarden nur 8% aller Jugendlichen leben. WIBERA stellt zum Freizeitverhalten der Jugendlichen in Gaarden fest, daß es vor allem familien- und konsumorientiert ist. Fehlende Freizeitmöglichkeiten führen häufig zu Langeweile, Alkoholismus und Jugendkriminalität (Eigentums- und Aggressionsdelikte). Auch in der Wik stellt WIBERA eine Steigerung der Jugendkriminalität fest, die sich allerdings auf bestimmte Straßen, mit ähnlicher Struktur wie Gaarden, beschränkt. Die Jugendlichen in der Wik verbringen ihre Freizeit mehr familienunabhängig. Sie haben öfter ein eigenes Zimmer oder treffen sich in Cliquen. Durch die besseren schulischen Voraussetzungen besteht ein größeres Interesse an kulturellen Veranstaltungen. Die Jugendlichen vermissen in ihrem Stadtteil vereinsfreie Sportplätze und ein Jugendzentrum. *An Einrichtungen der offenen Jugendarbeit gibt es in Gaarden ein Jugendtreff im Werftpark, die Räucherei und ein Türkisches Kulturzentrum. In der Wik: Jugendtreff Holtenauerstr. und Haus der offenen Tür Auberg.* WIBERA kritisiert das lückenhafte Angebot dieser Einrichtungen (außer Räucherei, AWO), am Wochenende und nach 22 Uhr sind sie geschlossen. Mangelnde Angebote, Ausstattung und Öffnungszeiten führen zu geringem Interesse der Jugendlichen, die sich lieber andere Treffpunkte suchen. Eine Verbesserung ließe sich nur über verbesserte und neue Einrichtungen und mehr Personal verwirklichen.

Schlußbemerkung

WIBERA, Wirtschaftsberatungsunternehmen aus Düsseldorf, ist ein Unternehmen, das durch Rationalisierungsgutachten bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einen schlechten Ruf hat und sich damit bei seinen Auftraggebern hoffähig gemacht hat. Z.B. untersuchte die WIBERA im Auftrag des deutschen Städtetages die kommunalen Feuerwehren und schlug die Reduzierung der Löschwagenbesatzungen von 21 auf 12 Mann vor. Dagegen liefen die Beschäftigten der Feuerwehren und die ÖTV Sturm. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Gutachten zu den alternativen Jugendtreffs eher als Ausrutscher zu betrachten. Der Ausgangspunkt des Auftrages war kein Amt und damit die betriebswirtschaftliche Seite, sondern die Analyse der Lebensbedingungen der Jugendlichen in 2 Stadtteilen, um daraus mögliche Freizeitbedürfnisse abzuleiten. Dieser Ansatz führte dazu, daß das Gutachten nützliche Ergebnisse enthält, auf die man sich stützen kann. Den Interessen ihres Brötchengebers trägt WIBERA insofern Rechnug, daß sie ihre alternativen Vorschläge mit Maximal- und Minimalprogramm mundgerecht serviert. Trotzdem gehen wohl auch noch die Minimalvorschläge so weit über das von der Stadt beabsichtigte Programm hinaus, daß sie es vorzieht, das Gutachten der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Dezernent Lütgens sah sich veranlaßt untersuchen zu lassen, wie der KBW an das Gutachten gekommen sei. Viel mehr als Etikettenschwindel hat die Stadt jedenfalls mit den Freizeiteinrichtungen nicht vor. So wird jetzt z.B. im Jugendamt ein Jugendclub für Gaarden geplant. Die nötigen Mitarbeiter sollen über ABM beschäftigt werden und für die Räume hat man schon an einen Wohncontainer gedacht. Wie bei Projekten des Jugendamtes üblich, wird es 3-5 Jahre dauern, bis es wirklich steht. Für die Initiative, die in Mettenhof eine Jugendfarm plant, hat die Stadt kein Geld, höchstens ein Bauspielplatz soll drin sein. Im Jugendtreff hat die Stadt jetzt einen türkischen Mitarbeiter eingestellt. Um die Stadt und das Jugendtreff aus der Schußlinie zu bringen, sind Überlegungen im Gange, ob man die offene Jugendarbeit nicht freien Verbänden übertragen sollte und die Stadt nur die Gelder gibt. Wenn auch nach noch nicht geprüften Aussagen des Jugendpflegers die Gelder für Jugendarbeit im Haushalt 81 nicht gekürzt wurden, so wirkt die 5% Haushaltssperre doch als Kürzung, weil diese 5% eingespart werden müssen.



Wohnungsbestand 1977 in Gaarden und Wik

Zahl der Zimmer einschl. Küche	Anzahl der Wohnungen	Anzahl der Zimmer	Prozentsatz der Wonungen mit 1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	5 Zi.u. mehr
Kiel insgesamt	112372	412890	3,3	8,1	35,1	34,2	19,3
Gaarden-Ost	9125	28543	4,9	13,4	51,8	25,3	4,6
Wik	7363	28888	2,0	4,3	29,2	40,1	24,2

Entwicklung des Wohnungsbestandes von 1968-1976

	Absolute Veränderung seit 1968	Veränderung in % seit 1968	Prozentuale Veränderung 1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	5 Zi.u. mehr
Kiel insgesamt	+ 12311	12,4	85,8	19,8	3,6	11,6	21,2
Gaarden-Ost	+ 312	1,1	20,6	10,0	0,3	0,8	– 3,2
Wik	+ 343	4,9	11,5	5,4	0,6	3,9	11,8

Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in %

	Ausländ. Jugendliche v. 12-25 Jahre	Ausländeranteil insgesamt
Gaarden	5,6	10,8
Wik	0,95	2,9
Kiel gesamt	–	4,5

Prozentanteil beim Übergang aus den 4. Klassen der Grundschule

	Sonder- und Hauptschüler	Realschüler	Gymnasien
Gaarden	35%	38%	27%
Wik	21%	39%	40%

Bedarfs- und Finanzierungsvorschläge der WIBERA

Minimalprogramm		Maximalprogramm	
		Gaarden:	
Jugendzentrum	-	Jugendzentrum (Mio. DM)	2,14
Bauspielplatz (Mio. DM)	0,05	Jugendfarm	0,92
2 Jug.cl.z. Miete nur Umbaukost.	0,10	3 Jugendclubs	1,11
1 Fr.ld. " "	0,02	1 Frauenladen	0,30
	0,17		4,47
		Wik:	
JZ. Umbau u. Erweit. (Mio. DM)	1,70	Jugendzentrum (Mio. DM)	2,14
Bauspielplatz	0,05	Jugendfarm	0,92
2 Jug.clubs Erweiter. Auberg	0,19	2 Jugendclubs	0,74
2 Clubs zur Miete, Ausbaukosten	0,05		3,80
	1,99		

Alternative Freizeiteinrichtungen

abc. Das WIBERA-Gutachten schlägt vier unterschiedliche Einrichtungen vor.

1. Jugendzentrum
Das Jugendzentrum ist als Freizeitzentrum für alle 12-20-jährigen und für den gesamten Stadtteil gedacht. a. Raumprogramm: Jugendcafe, Küche, Großspielraum, Bewegungshalle, Discoraum, Theater- u. Versammlungsraum, Autowerkstatt, Holzwerkstatt, Fotolabor, Töpferwerkstatt, Küche f. Kochkurse, Nähraum, Bastelraum, 5 Cliquenräume, 2 Büros, Toiletten, Duschen, Telefonzelle, Bolzplatz, Grillstelle. b. Pädagogische Mitarbeiter: 6 Pädagogen, 1 Halbtagskraft f.d. Küche (es sollen kleine Mahlzeiten erhältlich sein), Honorarkräfte, Praktikanten. Für Gaarden 1 türk. Mitarbeiter.

Jugendfarm
Zielgruppe der Jugendfarm sind die 8-12-jährigen, deren Bewegungsdrang, Interesse an natürlichen Vorgängen und Experimentieren besonders berücksichtigt werden soll. a. Raumprogramm: Robinsonspielplatz, Bauspielplatz mit Gerätehaus und Werkzeug, Gartenbereich, Feuerplatz mit Sitzring, Tierhäuser, Pferdekoppel, Reitplatz, Spielhaus mit Spielzimmer, Bastel- und Werkraum, Küche, Gesprächsraum, Büro, Werkstatt f. Reparaturen und Holzbau, Duschen, Toiletten. b. Mitarbeiter: 6 Pädagogen, Praktikanten, ehrenamtl. Mitarbeiter, darunter 2 Tierpfleger.

Jugendclubs
Der Jugendclub ist auf bestimmte Zielgruppen beschränkt und will sich vor allem um deklassierte Jugendliche kümmern. Die Clubarbeit soll durch sog. Straßensozialarbeit ergänzt werden und Beratungs- u. Hilfsangebote auch Gruppen anbieten, die nicht in den Club kommen.
a. Raumprogramm: z.B. Wohnung, Ladenlokal, Küche, Gruppenraum, Clubraum, Hobbyraum, Büro. b. Mitarbeiter: 4 Pädagogen, Rechtsberater auf Honorarbasis, Praktikanten.

Frauenladen
WIBERA schlägt einen Frauenladen für Gaarden für türkische Mädchen und Frauen vor, damit auch sie eine Möglichkeit haben, sich mit ihren neuen kulturellen und sozialen Bedingungen auseinanderzusetzen. a. Raumprogramm: Gemütliche Wohnküche, Handarbeits- und Werkraum, Wickelraum, Toilette, Spielzimmer, Büro. b. Mitarbeiter: 1 türkische und eine deutsche Mitarbeiterin, Rechtsberaterin auf Honorarbasis...

Einflußmöglichkeiten der Jugendlichen
Nach den Vorschlägen des Gutachtens sollen die Jugendlichen in folgenden Fragen ,,ganz wesentlich'' mitgestalten können: Einrichtung der Räume, Programmangebot, spontane Aktivitäten, Ausgaben im Rahmen des Etats, Öffnungszeiten im Rahmen der Arbeitszeiten, Einstellung und Ablösung von Mitarbeitern, soll Mitspracherecht gewährt werden. Gremium ist die Hausversammlung, wo der Mehrheit des Teams oder demLeiter allerdings ein Vetorecht bleibt. Das Freizeitangebot sollte bis auf Essen und Getränke im wesentlichen kostenlos angeboten werden. Bierausschank sollte entgegen dem Beschluß des Kieler Jugendwohlfahrtsausschusses erlaubt sein.

Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter
Arbeitszeit: 2 aufeinanderfolgende Tage frei, 2 Abende ab 18 Uhr frei, Zeit für Vor- und Nachbereitung. Bezahlung: als Ausgleich für ungünstige Arbeitszeit nach der Probezeit Bezahlung 2 Altersstufen höher. Im Rahmen der mobilen Jugendarbeit eine Aufwandsentschädigung von 150 DM. Fortbildung: 1x pro Jahr Möglichkeit der externen Fortbildung. WIBERA fordert für die Sozialarbeiter das Recht auf Zeugnisverweigerung gegenüber Vorgesetzten und Strafverfolgungsbehörden, um das Vertrauen der Jugendlichen nicht mißbrauchen zu müssen.

säumnisse der Stadt offenlegt. Das wird auch der Grund dafür sein, daß das Gutachten bisher nach Gutsherrenart einer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten wird und auch amtsintern so gut wie nicht bekannt ist. Die Stadt hält dieses Gutachten lieber in der Schublade, um nach Bedarf kostengünstige Vorschläge herauszupicken, um sich in der Öffentlichkeit darstellen zu können und vielleicht ein ,Kieler Modell' daraus zu machen. Dies alles vor dem Hintergrund, daß in Kiel an allen Ecken Freizeiteinrichtungen und Wohnraum für Jugendliche fehlen. Seit Monaten fordern Punks vom Jugendamt Räume, und die Stadt läßt nichtsvon sich hören. Schilkseer Jugendliche machten in der Ratsversammlung zu den Haushaltsberatungen auf ihre Raumprobleme aufmerksam. Sie besetzten sogar einen Kindergarten, um ein Gespräch mit dem Dezernenten zu erzwingen. In Mettenhof brechen Jugendliche leere Keller auf, um Platz zu haben. Das Jugendzentrum in Mettenhof ,JIM' ist total vergammelt und die Stadt scheut die Instandsetzungskosten. Kein Wunder, daß viele Jugendliche sich in Kaufhäusern, Spielhallen oder der überdachten Hertiepassage aufhalten.

Soziale Lage der Bevölkerung in Gaarden und Wik

Wohnsituation

Wie die Statistik zeigt, gibt es in Gaarden überdurchschnittlich viele 1-und 2-Zimmerwohnungen. Der Zuwachs der

che die Sonder- und Hauptschule. Obwohl der Stadt die hohe Quote der Erwerbstätigen bekannt ist, hinkt das Angebot an Kindergarten- und -hortplätzen der Nachfrage hinterher und es gibt lange Wartelisten. Hinzu kommt noch der hohe Anteil ausländischer Kinder in Gaarden, dem weder die Stadt noch das Land in den Kitas und der Schule Rechnung trägt. An Gaardens Hauptschulen liegt der Anteil ausländischer Kinder bei 32,5%. In den 1.Klassen der Fröbelschule sind es bereits 54,3% und der Hans-Christian-Andersen-Schule 39,5% ausländische, vor allem türkische Kinder. Jetzt wo die Probleme nicht mehr zu vertuschen sind und Eltern und Lehrer sich wehren, versuchen CDU und SPD mit Scheinlösungen, vom notwendigen Schulbau abzulenken.
Von den im August 1979 16-18 jährigen Jugendlichen hatten sich insgesamt nur 111 Jugendliche beim Arbeitsamt arbeitssuchend gemeldet, davon 20 Jugendliche aus Gaarden. Das sind 18% der arbeitslosen Jugendlichen, obwohl in Gaarden nur 8% aller Jugendlichen leben. WIBERA stellt zum Freizeitverhalten der Jugendlichen in Gaarden fest, daß es vor allem familien- und konsumorientiert ist. Fehlende Freizeitmöglichkeiten führen häufig zu Langeweile, Alkoholismus und Jugendkriminalität (Eigentums- und Aggressionsdelikte). Auch in der Wik stellt WIBERA eine Steigerung der Jugendkriminalität fest, die sich aller-

einschl. Küche			1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	mehr
Kiel insgesamt	112372	412890	3,3	8,1	35,1	34,2	19,3
Gaarden-Ost	9125	28543	4,9	13,4	51,8	25,3	4,6
Wik	7363	28888	2,0	4,3	29,2	40,1	24,2

Entwicklung des Wohnungsbestandes von 1968-1976

	Absolute Veränderung seit 1968	Veränderung in % seit 1968	Prozentuale Veränderung 1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	5 Zi.u. mehr
Kiel insgesamt	+ 12311	12,4	85,8	19,8	3,6	11,6	21,2
Gaarden-Ost	+ 312	1,1	20,6	10,0	0,3	0,8	– 3,2
Wik	+ 343	4,9	11,5	5,4	0,6	3,9	11,8

Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in %

	Ausländ. Jugendliche v. 12-25 Jahre	Ausländeranteil insgesamt
Gaarden	5,6	10,8
Wik	0,95	2,9
Kiel gesamt	–	4,5

Prozentanteil beim Übergang aus den 4. Klassen der Grundschule

	Sonder- und Hauptschüler	Realschüler	Gymnasien
Gaarden	35%	38%	27%
Wik	21%	39%	40%

Bedarfs- und Finanzierungsvorschläge der WIBERA

Gartenbereich, Feuerplatz mit Sitzring, Tierhäuser, Pferdekoppel, Reitplatz, Spielhaus mit Spielzimmer, Bastel- und Werkraum, Küche, Gesprächsraum, Büro, Werkstatt f. Reparaturen und Holzbau, Duschen, Toiletten. b. Mitarbeiter: 6 Pädagogen, Praktikanten, ehrenamtl. Mitarbeiter, darunter 2 Tierpfleger.

Jugendclubs
Der Jugendclub ist auf bestimmte Zielgruppen beschränkt und will sich vor allem um deklassierte Jugendliche kümmern. Die Clubarbeit soll durch sog. Straßensozialarbeit ergänzt werden und Beratungs- u. Hilfsangebote auch Gruppen anbieten, die nicht in den Club kommen.
a. Raumprogramm: z.B. Wohnung, Ladenlokal, Küche, Gruppenraum, Clubraum, Hobbyraum, Büro. b. Mitarbeiter: 4 Pädagogen, Rechtsberater auf Honorarbasis, Praktikanten.

Frauenladen
WIBERA schlägt einen Frauenladen für Gaarden für türkische Mädchen und Frauen vor, damit auch sie eine Möglichkeit haben, sich mit ihren neuen kulturellen und sozialen Bedingungen auseinanderzusetzen. a. Raumprogramm: Gemütliche Wohnküche, Handarbeits- und Werkraum, Wickelraum, Toilette, Spielzimmer, Büro. b. Mitarbeiter: 1 türkische und eine deut-



Rund 100 Arbeiter eines Hamburger Kleinschiffbaubetriebes führten ihren Warnstreik zu Wasser durch. Sie fuhren zu den Landungsbrücken, um dort für die Forderungen der IG Metall zu demonstrieren. Auf einem Transparent drückten sie ihre Unterstützung für den Kampf der Elbfischer für eine saubere Elbe aus.

Sonderinteressen einer Minderheit?

Die Industrie- und Handelskammer will die A 26

are. ,,Die teilweise lautstarken Äußerungen in der Öffentlichkeit dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur Partikularinteressen (Sonderinteressen, d.Verf.) einer Minderheit unserer Bevölkerung gegen den notwendigen Bau der Autobahn von Stade nach Hamburg stehen''. So die Industrie- und Handelskammer Stade in einem Appell an die Bundes- und Landesregierung, um ihre wirtschaftlichen Interessen, die sie mit dem Bau der Autobahn verknüpfen, auf die Stufe des Allgemeinwohls zu heben. Die ,,Sonderinteressen der Minderheit'' haben dazu geführt, daß in allen Gemeinden, die unmittelbar vom Bau der Autobahn betroffen sind, Bürgerinitiativen gebildet worden sind. Von ihnen werden Informationsveranstaltungen durchgeführt, im Januar waren zum Beispiel über 400 zu einer Bürgerversammlung in Buxtehude erschienen. In Leserbriefen an das Stader Tageblatt wird mehrheitlich gegen den Bau der Autobahn Stellung bezogen und ausführlich Begründungen abgegeben. Die breite Bewegung gegen den Autobahnbau hat die Stadt- und Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden erheblich unter Druck gesetzt. Es gibt von ihnen keine bedingungslose Zustimmung zum Bau. Folgende Bedingungen werden genannt: Erstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gutachtens, genaue Kosten-Nutzen-Analyse, Bauweise im Moorbrückenverfahren, Weiterbau auf Hamburger Gebiet, A 26 soll in einem Zug von Hamburg nach Stade gebaut werden, Einschränkung der Lärmemmissionen in bestimmten Abschnitten und Erstellung eines gesamtökologischen Gutachtens. Die letzte Forderung wird vor allem vom Naturschutzbeauftragten des Landkreises Stade erhoben.

Die geplante Trasse führt durch landwirtschaftliche Nutzgebiete, hier werden zusammenhängende Anbauflächen zerschnitten, was die wirtschaftliche Lage der Bauern weiter verschlechtern wird. Die Naherholungsgebiete Rüstjer Forst, das Auetal und das Schwingetal werden ihren Nutzen weitgehend verlieren. Feuchtgebiete, in denen heute seltene Tier- und Pflanzenarten zu finden sind, werden zerstört.

Als Hauptbegründung für den Bau der Autobahn wird die erhebliche Überlastung der B 73 ins Feld geführt und die daraus folgende Unfallhäufigkeit auf dem Abschnitt zwischen Hamburg und Stade. Unbestritten gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und Verkehrsaufkommen, aber daraus den Bau einer Autobahn abzuleiten, scheint etwas abenteuerlich zu sein. So werden gerade an diesem Punkt auch Lösungsvorschläge von den Bürgerinitiativen gemacht und zwar der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und ein Ausbau der B 73, um den Verkehr zu Spitzenzeiten zu entlasten, was von den Kapitalisten aber rundweg abgelehnt wird, da sie schnelle Transportwege brauchen.

Hamburg stehen''. So die Industrie- und Handelskammer Stade in einem Appell an die Bundes- und Landesregierung, um ihre wirtschaftlichen Interessen, die sie mit dem Bau der Autobahn verknüpfen, auf die Stufe des Allgemeinwohls zu heben. Die ,,Sonderinteressen der Minderheit'' haben dazu geführt, daß in allen Gemeinden, die unmittelbar vom Bau der Autobahn betroffen sind, Bürgerinitiativen gebildet worden sind. Von ihnen werden Informationsveranstaltungen durchgeführt, im Januar waren zum Beispiel über 400 zu einer Bürgerversammlung in Buxtehude erschienen. In Leserbriefen an das Stader Tageblatt wird mehrheitlich gegen den Bau der Autobahn Stellung bezogen und ausführlich Begründungen abgegeben. Die breite Bewegung gegen den Autobahnbau hat die Stadt- und Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden erheblich unter Druck gesetzt. Es gibt von ihnen keine bedingungslose Zustimmung zum Bau. Folgende Bedingungen werden genannt: Erstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gutachtens, genaue Kosten-Nutzen-Analyse, Bauweise im Moorbrückenverfahren, Weiterbau auf Hamburger Gebiet, A 26 soll in einem Zug von Hamburg nach

Die geplante Trasse führt durch landwirtschaftliche Nutzgebiete, hier werden zusammenhängende Anbauflächen zerschnitten, was die wirtschaftliche Lage der Bauern weiter verschlechtern wird. Die Naherholungsgebiete Rüstjer Forst, das Auetal und das Schwingetal werden ihren Nutzen weitgehend verlieren. Feuchtgebiete, in denen heute seltene Tier- und Pflanzenarten zu finden sind, werden zerstört.

Als Hauptbegründung für den Bau der Autobahn wird die erhebliche Überlastung der B 73 ins Feld geführt und die daraus folgende Unfallhäufigkeit auf dem Abschnitt zwischen Hamburg und Stade. Unbestritten gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und Verkehrsaufkommen, aber daraus den Bau einer Autobahn abzuleiten, scheint etwas abenteuerlich zu sein. So werden gerade an diesem Punkt auch Lösungsvorschläge von den Bürgerinitiativen gemacht und zwar der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und ein Ausbau der B 73, um den Verkehr zu Spitzenzeiten zu entlasten, was von den Kapitalisten aber rundweg abgelehnt wird, da sie schnelle Transportwege brauchen.

60-jährige Nazi-Verfolgte ohrfeigt Neonazi

nee. Im März vergangenen Jahres traten in Stade Edgar Geiß und andere Neonazis mit genehmigtem ,,Info''-Stand auf, um Unterschriften für die Freilassung von Rudolf Heß zu sammeln. So wurde auch die 60-jährige NS-Verfolgte Frau Hoff angesprochen, die einen Neonazi ohrfeigt, weil er ihr ins Gesicht sagte, daß ,,es KZs niemals gegeben habe''. Darauf hatte Geiß sie angezeigt wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung, da in dem Gewühl auch der Stand umgekippt war.

100 Zuhörer waren gekommen, um Frau Hoff zu unterstützen, deren Eltern und 2 Brüder mit ihren Frauen und Kindern in Ausschwitz von Nazis ermordet worden waren. Amtsrichter Kaufmann wollte den Prozeß wegen Nichtigkeit abwürgen. Dafür wollte er ihn erst in einen kleinen Sitzungsraum von allen stehenden und auf dem Boden sitzenden Anwesenden durch Polizei räumen lassen. Nach 20 Minuten begann die Verhandlung dann doch im großen Schwurgerichtssaal, wo eine Zuhörerin der ,,Angeklagten'' einen Blumenstrauß überreichte. Der Prozeß wird am 2.4.81 fortgesetzt.

Veranstaltungskalender

Schulungen

Lohn, Preis und Profit, von Karl Marx. Sonntag, 5.4.81, 9 Uhr, Büro des KBW, Kleine Rainstr. 21

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung

Die Wobblies, Film über die amerikanische Gewerkschaftsorganisation ,,Industrial Workers of the World'' (IWW), wir laden alle ein, die sich für die amerikanische Arbeiterbewegung interessieren, und hoffen, daß einige unter Euch sind, die mit ihrem Wissen zur Klärung der durch den Film aufgeworfenen Fragen beitragen wollen und können. Hamburg, 31.3.81, 19 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstr. 5; Lüneburg, 23.4.81, 19.30 Uhr, Volkshochschule an der Münze

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13–15: Lutz Plumer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Hamburger Frauenwoche: Frauen lernen gemeinsam

Über 4000 Teilnehmerinnen / Insgesamt positive Resonnanz

ulh. Mindestens 4000 Frauen beteiligten sich an den Veranstaltungen im Rahmen der Hamburger Frauenwoche. Aus vielen Veranstaltungen sind Initiativen hervorgegangen, die auch weiterhin zusammen arbeiten wollen. Auswertungsveranstaltungen zu den einzelnen Themenbereichen finden in den nächsten Wochen statt. Der Besucherkreis der Frauenwoche reichte von jung bis alt, von berufstätig bis Hausfrau, von parteilosen bis politisch organisierten Frauen. Im folgenden will ich von einigen Veranstaltungen berichten und auf Probleme eingehen.

Ist Frieden ein Sterbenswort? Die Markthalle war gerappelt voll, einige interessierte Männer wurden freundlich aber bestimmt zurückgewiesen. Abwechselnd lasen Margot Schroeder (Hämburger Schriftstellerin) und Hildegard Wohlgemuth (Schriftstellerin, u.a. ,,Das neue geistliche Lied'') kurze Texte gegen den Krieg und dazwischen sang Angi Domdey (Liedermacherin, Mitglied der Gruppe ,,Schneewittchen''). Viele Texte und Lieder drückten pazifistische, z.T. christliche Auffassungen aus; man fühlte sich an die ‚Blumenkinder' und ihr ‚make love, not war' erinnert. Die Mehrheit der Zuhörerinnen war davon nicht sonderlich begeistert; Angi Domdey wurde am Ende der Veranstaltung bestürmt, ,,Unter dem Pflaster liegt der Strand'' zu singen. Im Nu schnellte der Pegel der Begeisterung von 30 auf 100: ,,Wirf die Ketten weg und schmeiß sie gegen die, die mit ihrer Macht, deine Kräfte brechen wollen ...'' sangen die Zuhörerinnen mit; ihr Selbstbewußtsein, ihre Kraft, ihr Wunsch nach einer besseren Gesellschaftsordnung konnte sich in dem Lied vollständig wiederfinden.

6-Stunden-Arbeitstag. Ca. 25 Frauen beteiligten sich an der Veranstaltung. Diskutiert wurde die Forderung nach 6-Stundentag. Warum nicht 7-Stunden-Tag? Weil in 7 Stunden relativ leicht versucht werden kann, die Arbeit von 8 Stunden unterzubringen; 6-Stunden-Tag dagegen ist ein eindeutiger Bruch. Zum Problem der Nacht- und Schichtarbeit vertraten die ASF-Frauen (Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen), daß der Rahmen eines 10-Stunden-Tages, z.B. von morgens 7 bis nachmittags 17 Uhr, nicht überschritten werden dürfe.

Die Unbescheidenen – Betriebsrätinnen erzählen. Die anwesenden 25 Frauen sind alle berufstätig und wollen in ihrem Betrieb aktiv werden, in die Betriebsratsarbeit einsteigen u.ä. In dem Buch, das die veranstaltenden Betriebsrätinnen herausgegeben haben, heißt es: ,,Jede Frau muß zusätzlich mit dem Widerspruch: Mann/Kinder auf der einen, Gewerkschafts- und Betriebsarbeit auf der anderen Seite fertig

Kräfte brechen wollen ...'' sangen die Zuhörerinnen mit; ihr Selbstbewußtsein, ihre Kraft, ihr Wunsch nach einer besseren Gesellschaftsordnung konnte sich in dem Lied vollständig wiederfinden.

6-Stunden-Arbeitstag. Ca. 25 Frauen beteiligten sich an der Veranstaltung. Diskutiert wurde die Forderung nach 6-Stundentag. Warum nicht 7-Stunden-Tag? Weil in 7 Stunden relativ leicht versucht werden kann, die Arbeit von 8 Stunden unterzubringen; 6-Stunden-Tag dagegen ist ein eindeutiger Bruch. Zum Problem der Nacht- und Schichtarbeit vertraten die ASF-Frauen (Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen), daß der Rahmen eines 10-Stunden-Tages, z.B. von morgens 7 bis nachmittags 17 Uhr, nicht überschritten werden dürfe.

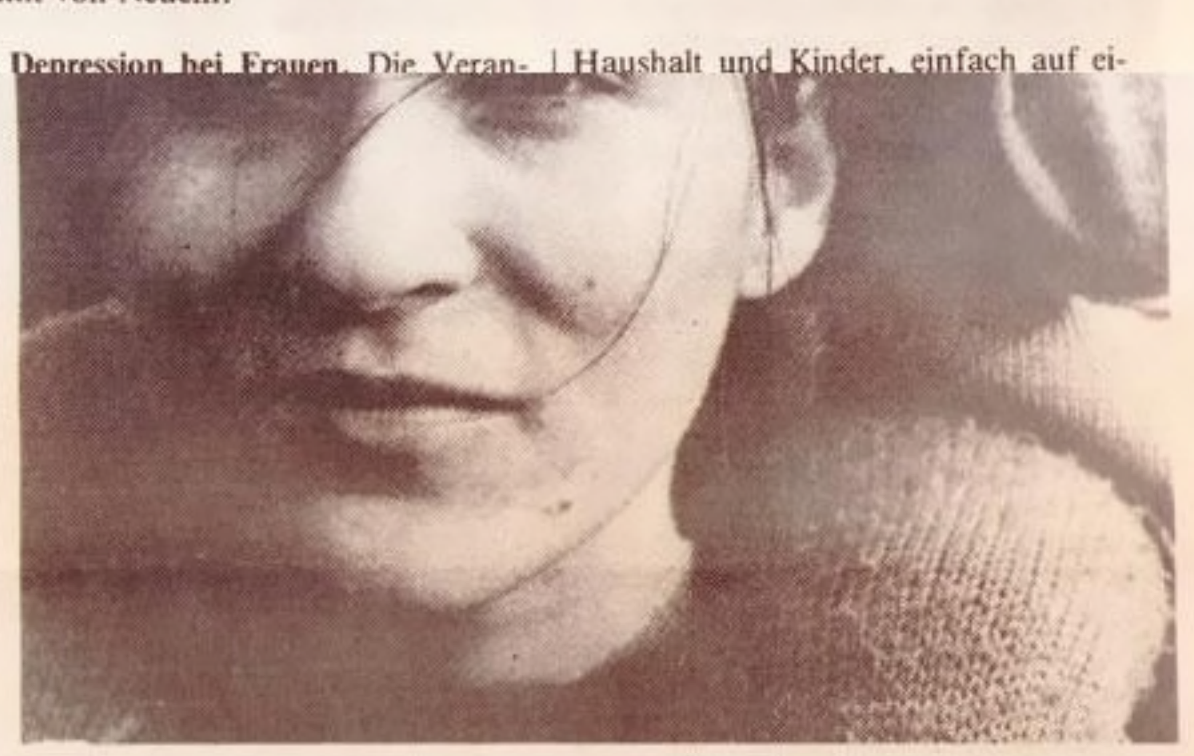
Die Unbescheidenen – Betriebsrätinnen erzählen. Die anwesenden 25 Frauen sind alle berufstätig und wollen in ihrem Betrieb aktiv werden, in die Betriebsratsarbeit einsteigen u.ä. In dem Buch, das die veranstaltenden Betriebsrätinnen herausgegeben haben, heißt es: ,,Jede Frau muß zusätzlich mit dem Widerspruch: Mann/Kinder auf der einen, Gewerkschafts- und Betriebsarbeit auf der anderen Seite fertig
werden. Wenn Männer Funktionen übernehmen, passen sich Frauen und Kinder an; Frauen in der gleichen Situation müssen sich auch in ihren Familien erst Freiraum und Anerkennung für diese Arbeit erkämpfen ... Alle Frauen machen einen Emanzipationsprozeß durch. Monika H.: ‚Er hat dann öfter gesagt, ich wachse ihm über den Kopf ...' In diesem Emanzipationsprozeß beginnt sich ihr Selbstbewußtsein zu entwickeln, das Engagement wird so positiv für die Entfaltung der Persönlichkeit durchlebt, daß ein Zurück unmöglich wird, so schließlich wachsen auch die Ansprüche an den Partner.''

Interessenvertretung von Frauen für Frauen. 20 bis 30 Frauen nahmen an dem Veranstaltungen dieses Themenkomplexes teil. 2 Strömungen gab es in der Sichtweise der Probleme berufstätiger Frauen. Für alle bestehenden Mängel, z.B. unzureichende gewerkschaftliche Unterstützung, wurde ‚die Gewerkschaft' verantwortlich gemacht; oder die Frauen stellten heraus, daß sie selber aktiv werden müssen, daß viel zu wenig Frauen bisher in der Gewerkschaft Mitglieder sind, daß die Frauen selbstbewußter, kritischer werden müssen. Wenn nicht die Initiative von den Frauen kommt, wird sich auch nichts ändern. Diskutiert wurde über verschiedene Verhaltensweisen im Betrieb: abgelehnt wurde der Frauentyp, der immer pünktlich, arbeitssam und zuverlässig seine Arbeit erledigt; dagegengestellt wurde eine Taktik des ‚Sich-Verweigerns'. Ich denke, daß man sich mit der Verweigerungstaktik langfristig isolieren wird, weil sie außer einer kritischen Haltung nichts ausdrückt und andere nicht überzeugen kann. Man zieht im Gegenteil eine unbegründete Spaltungslinie zwischen sich und andere Kollegen.

Frauen im Strafvollzug. Eine der wenigen Veranstaltungen, die die bürgerliche Presse zwecks Stimmungmache erwähnt hat. Justizsenatorin Eva Leithäuser wurde am Reden gehindert. Die Frauen hatten zunächst einen Film gesehen, den Verwandte von Hungerstreikenden im Knast gedreht hatten. Der Justizsenatorin wurde entgegengehalten, daß sie solange nicht zu reden habe, wie sie die Haftbedingungen nicht verbessere. 200 bis 300 Frauen zogen in einer spontanen Demonstration zum NDR, sie forderten, daß der Film über die Haftbedingungen gesendet wird und die Nachrichtensperre über den Hungerstreik und die Haftbedingungen aufgehoben wird.



Eva Mattes und Anna Sanders in dem Film ,,Deutschland, bleiche Mutter'' von Helma Sanders-Brahms. Ein Antikriegsfilm aus Frauensicht. Helene (Eva Mattes) heiratet Hans, weil er wenigstens kein Nazi ist und sie aus ihrem Elternhaus raus möchte. Im Krieg, nachdem ihre Wohnung zerbombt ist, macht sie die Erfahrung ihrer eigenen Kraft: sie sucht für sich und ihre Tochter eine neue Bleibe, besorgt Lebensmittel, erzieht ihr Kind, tauscht auf dem Schwarzmarkt, räumt nach dem Krieg mit anderen Frauen die Trümmer weg. Ihr Mann kommt wieder, ohne Verständnis für das Kind, ohne Verständnis für sie; nur er hat Schweres erlebt, die Grauen des Krieges ... Und dann wird es erst richtig sschlimm für Helene; sie muß sich wieder der bürgerlichen Enge unterwerfen. Deutschland hatte keine Revolution, die alten Nazis werden wieder was, die alte Unterdrückung beginnt von Neuem.



Eva Mattes und Anna Sanders in dem Film ,,Deutschland, bleiche Mutter'' von Helma Sanders-Brahms. Ein Antikriegsfilm aus Frauensicht. Helene (Eva Mattes) heiratet Hans, weil er wenigstens kein Nazi ist und sie aus ihrem Elternhaus raus möchte. Im Krieg, nachdem ihre Wohnung zerbombt ist, macht sie die Erfahrung ihrer eigenen Kraft: sie sucht für sich und ihre Tochter eine neue Bleibe, besorgt Lebensmittel, erzieht ihr Kind, tauscht auf dem Schwarzmarkt, räumt nach dem Krieg mit anderen Frauen die Trümmer weg. Ihr Mann kommt wieder, ohne Verständnis für das Kind, ohne Verständnis für sie; nur er hat Schweres erlebt, die Grauen des Krieges ... Und dann wird es erst richtig sschlimm für Helene; sie muß sich wieder der bürgerlichen Enge unterwerfen. Deutschland hatte keine Revolution, die alten Nazis werden wieder was, die alte Unterdrückung beginnt von Neuem.

Depression bei Frauen. Die Veranstaltung war mit über 200 Frauen hoffnungslos überfüllt. Zuerst hielt Frauke Teegan (Psychologin) einen Vortrag über Depression: doppelt so viel Frauen wie Männder leiden unter Depressionen, betroffen sind alle Altersstufen. Die Depression entwickelt sich bei Frauen, deren Erziehung ausgerichtet war auf Harmonie und Rücksichtnahme und an die eine entsprechende Rollenerwartung herangetragen wurde. Die Frauen wurden gezwungen, ihre Bedürfnisse zu unterdrücken, ihre Aggressionen in sich hineinzufressen. Depression statt Aggression, so faßte die Psychologin ihren Vortrag zusammen. In der Diskussion berichten viele Frauen von ihren Erfahrungen. Nicht Ärzte und Psychopharmaka haben ihnen geholfen, sondern Gespräche mit verständnisvollen Leuten, Tagebuchschreiben und festes Vertrauen auf die eigene Kraft. Im Anschluß an die Veranstaltung gründeten Frauen eine Selbsthilfegruppe gegen Depression.

Neue Mütterlichkeit. Zusammen mit Themen wie ,, Babyinitiativen in Hamburg'' und ,, Alleinerziehende Frauen'' stieß dieser Komplex auf großes Interesse. Viele Frauen wissen nicht, wie sie es vereinbaren können, sich sowohl um ihren Beruf wie die Erziehung ihrer Kinder angemessen zu kümmern. Die ‚Lösung Tagesmutter', die ohnehin nur bei zwei Verdienern zu bezahlen ist, löst ja in Wirklichkeit gar nichts, sondern entspringt meines Erachtens einem falschen Emanzipationsverständnis: etwa wie ‚eine fortschrittliche Frau hat ihren Beruf'. Aber alle ungelösten Probleme, wie Haushalt und Kinder, einfach auf einen Dritten zu schieben, ohne daß sich im Verhältnis Mann-Frau und Mann-Familie etwas ändert, bleibt doch reichlich unbefriedigend. Positiver erschienen mir da die Erfahrungen, die Frauen aus Baby-Initiativen und aus Wohngemeinschaften schildern, wo versucht wird, untereinander diese Probleme zu lösen.

Frauen gegen Kriegsgefahr – aber wie. 200 Frauen diskutierten miteinander. Einheitlich war das Bestreben, etwas gegen die wachsende Kriegsgefahr zu unternehmen. Alle Frauen waren einig darin, deutlich zu machen, daß ‚wir nicht mitmachen'. Das ‚Nicht-Mitmachen' wurde einerseits auf Frauen bezogen, die zur Einbeziehung in den Zivilschutz bezogen, andererseits auf eine völlige Verweigerungsstrategie gebracht: keine Kinder mehr kriegen. Forderungen nach Abrüstung und BRD raus aus der NATO waren unumstritten, der Krefelder Appell wurde breit unterstützt. Unklarheit und Uneinigkeit bestand in der Haltung zur UdSSR: viele Frauen hielten es für das größte Problem, daß die NATO in Polen einmarschieren könnte. Eine andere Gruppe von Frauen verfocht penetrant, daß die einzige Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, darin liege, den Kapitalisten das Kriegführen zu verunmöglichen, indem ihnen im Lohnkampf die entsprechenden Mittel abgenommen werden. Man kann schon sagen, daß das Niveau in dieser Diskussion ziemlich eingeschränkt war, im Vergleich zu Themen, mit denen sich Frauen schon länger beschäftigen (müssen), wie Familienbeziehungen und Gleichberechtigung.

„Bild lügt“

4,8 Mio. verkaufte Auflage – „Gegen-Bild-Initiativen“ enthüllen Praktiken der „Bild“-Zeitung – ein Gespräch in Frankfurt

gkr. Am 8. Januar dieses Jahres waren Redaktionsleiter und 4 weitere Redakteure bzw. Bildreporter der Frankfurter Redaktion der „Bild“-Zeitung zu drei bis acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden wegen Hehlerei bzw. schwerem Diebstahl. Nur der Fotograf Peter K. kam mit einer Geldstrafe von 4200 DM davon. Er hatte im sog. „Vampir-Prozeß“ mit seinen umfassenden Aussagen erst einen Einblick in die Arbeit der „Bild“ ermöglicht. Den Vorgang selber beschrieb Günter Wallraff in seinem zweiten Buch über die „Bild“-Zeitung „Zeugen der Anklage. Die ‚Bild‘-Beschreibung wird fortgesetzt.“ (1) Ein junger Mann, der eine Schule für drogengefährdete Jugendliche besuchte, war wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz in Verdacht geraten und auf Grund eines Haftbefehls inhaftiert worden. Der Polizeibericht sprach von „Gruselkabinett“, da bei der Festnahme auch Ampullen mit Blut und Spritzen gefunden wurden. Ein Fall für die „Bild“-Zeitung. „Deutscher Schüler trank Mädchenblut“ lautete am 3. Januar 1979 in „Bild“ der Aufmacher auf Seite 1, daneben bereits ein Foto des zum „Vampir von Sachsenhausen“ dämonisierten Abiturienten. In den folgenden Tagen bietet „Bild“ seinen Lesern eine wahre Blut-Orgie. Für „Bild“ ist klar, daß Michael K. wegen viel mehr als Rauschgiftbesitz schon längst überführt ist (vom Gericht wurde er lediglich verwarnt).

Um die richtige Geschichte zu verfassen, waren insgesamt 3 Reporter von „Bild“ zur „Fotobeschaffung“ zur Wohnung von Michael K. geschickt worden. Sie drückten die von der Polizei nur notdürftig vernagelte Tür ein und nahmen zunächst nur sechs Fotos mit, da sie gestört wurden, später dann eine ganze Menge. Allerdings wurden sie dabei von der Polizei gestellt.

„Gegen-Bild-Initiative“

Ich wollte genaueres über dieses Verfahren erfahren, und auch darüber, welche Initiativen es ansonsten gegen die Berichterstattung, gegen verbrecherische Nachrichtenbeschaffung, gegen Lügen der Bildzeitung gibt. Ich ging daher zu der in den Büchern Wallraffs angegebenen Adresse der „Gegen-Bild-Stelle“ in Frankfurt. Gleich zu Beginn wurde mir aber erklärt, es handle sich nicht um die Gegen-Bild-Stelle, sondern eine „Gegen-Bild-Initiative“. Über den Unterschied und die Arbeit der Initiative berichteten mir Mitglieder:

pir von Sachsenhausen“ dämonisierten Abiturienten. In den folgenden Tagen bietet „Bild“ seinen Lesern eine wahre Blut-Orgie. Für „Bild“ ist klar, daß Michael K. wegen viel mehr als Rauschgiftbesitz schon längst überführt ist (vom Gericht wurde er lediglich verwarnt).

Um die richtige Geschichte zu verfassen, waren insgesamt 3 Reporter von „Bild“ zur „Fotobeschaffung“ zur Wohnung von Michael K. geschickt worden. Sie drückten die von der Polizei nur notdürftig vernagelte Tür ein und nahmen zunächst nur sechs Fotos mit, da sie gestört wurden, später dann eine ganze Menge. Allerdings wurden sie dabei von der Polizei gestellt.

„Gegen-Bild-Initiative“

Ich wollte genaueres über dieses Verfahren erfahren, und auch darüber, welche Initiativen es ansonsten gegen die Berichterstattung, gegen verbrecherische Nachrichtenbeschaffung, gegen Lügen der Bildzeitung gibt. Ich ging daher zu der in den Büchern Wallraffs angegebenen Adresse der „Gegen-Bild-Stelle“ in Frankfurt. Gleich zu Beginn wurde mir aber erklärt, es handle sich nicht um die Gegen-Bild-Stelle, sondern eine „Gegen-Bild-Initiative“. Über den Unterschied und die Arbeit der Initiative berichteten mir Mitglieder:

Die Frankfurter „Gegen-Bild-Stelle“ wurde im Januar 1980 gegründet. Sie sollte vor allem Material verschicken, Kontakte halten, Tourneen von G. Wallraff etc. vorbereiten. Und auch die im ganzen Land, mit angeregt durch die Bücher von Wallraff, entstehenden Initiativen koordinieren und mit Material versorgen. Im Mai wurde diese Koordinationsfunktion nach Köln verlegt. Einer der gewichtigsten Gründe unter verschiedenen anderen war, daß in die Frankfurter Stelle eingebrochen wurde. Es wurden nicht nur 1000 DM gestohlen, sondern vor allem eine Personenkartei mit ca. 1000 Anschriften.

Seitdem sie diese Koordinations- und Vertriebsaufgaben nicht mehr haben, können sie auch mehr inhaltlich arbeiten, berichten die Mitglieder. „Jetzt können wir zum Beispiel auch mal einen Fall selber recherchieren oder auch andere Sachen wie Aktionen durchführen. Das ist auch eine Sache, die auch andere Initiativen machen.“ Sie unterstützten die Enthüllungen im „Vampir-Prozeß“ und wollen jetzt eine Dokumentation erstellen. Es gibt wenigstens 20 weitere Initiativen, vor allem in größeren Städten, aber erstaunlicherweise auch in kleineren Orten sind sie entstanden. In der Frankfurter Initiative arbeiten 6 fest mit, je nachdem kommen zu dem Treffen, das immer Mittwochs stattfindet, aber auch mehr als doppelt so viele.

Auf meine Frage, an welchen Beispielen sie in der letzten Zeit recherchiert haben, führen die zwei insgesamt 4 Fälle aus: „Zwei von unserer Gruppe haben zusammen mit einem Reporter vom Hessischen Rundfunk 3 Fälle recherchiert. Das waren zunächst zwei Fälle, die die Gewerkschaft betreffen.“ Das eine war die Berichterstattung der „Bild“-Zeitung während des Poststreiks. Am 10. November erschien die „Bild“-Zeitung mit der Hauptüberschrift: „Post-Streik: Alle Telefone tot?“ Es war eine Woche, bevor von der Postgewerkschaft die Urabstimmung über Streik durchgeführt wurde. Der Text begann: „Schöne Bescherung – Weihnachten wird es möglicherweise keine Briefe, Pakete, Päckchen geben; vielleicht sind unsere Telefone tot. Der bundesweite Poststreik vor dem Fest ist so gut wie sicher ...“ Und in der Fortsetzung im Innenteil wird noch nachgeschoben: „Auch 3. Programm abgeschaltet?“ heißt hier die Überschrift, und im Text: „Möglicherweise wird das gesamte Telefonnetz lahmgelegt. ‚Technisch ist das ohne großen Aufwand machbar‘, sagte der Gewerkschaftssprecher.“ Die Mitglieder der „Gegen-Bild-Initiative“ berichten über ihre Ergebnisse: „Das (die Behauptung der ‚Bild‘-Zeitung) war natürlich falsch. ‚Bild‘ hat angerufen bei diesem Gewerkschaftsfunktionär, haben gefragt, ob's technisch möglich wäre. Der hat ihm klipp und klar gesagt, technisch ist es möglich, aber es wird nicht daran gedacht. Das hat er noch ein paar mal wiederholt. Trotzdem die Überschrift ... Der hat also erhebliche Schwierigkeiten bekommen, auch von Kollegen, die ihm gesagt haben, er würde dem ganzen Streik schaden.“ Von dem Zusatz des Gewerkschaftsfunktionärs steht in der „Bild“-Zeitung kein Wort.

Beim zweiten Fall geht es um eine Berichterstattung der „Bild“-Zeitung in ihrem Frankfurter Teil, in derselben Woche. Bisher hatte jedes Amt der Stadt Frankfurt einen eigenen Personalrat. Der CDU-OB Wallmann will die Zahl der Personalräte von bisher 64 auf 19 reduzieren, vor allem aber nur einen zentralen Personalrat haben.

licherweise keine Briefe, Pakete, Päckchen geben; vielleicht sind unsere Telefone tot. Der bundesweite Poststreik vor dem Fest ist so gut wie sicher ...“ Und in der Fortsetzung im Innenteil wird noch nachgeschoben: „Auch 3. Programm abgeschaltet?“ heißt hier die Überschrift, und im Text: „Möglicherweise wird das gesamte Telefonnetz lahmgelegt. ‚Technisch ist das ohne großen Aufwand machbar‘, sagte der Gewerkschaftssprecher.“ Die Mitglieder der „Gegen-Bild-Initiative“ berichten über ihre Ergebnisse: „Das (die Behauptung der ‚Bild‘-Zeitung) war natürlich falsch. ‚Bild‘ hat angerufen bei diesem Gewerkschaftsfunktionär, haben gefragt, ob's technisch möglich wäre. Der hat ihm klipp und klar gesagt, technisch ist es möglich, aber es wird nicht daran gedacht. Das hat er noch ein paar mal wiederholt. Trotzdem die Überschrift ... Der hat also erhebliche Schwierigkeiten bekommen, auch von Kollegen, die ihm gesagt haben, er würde dem ganzen Streik schaden.“ Von dem Zusatz des Gewerkschaftsfunktionärs steht in der „Bild“-Zeitung kein Wort.

Beim zweiten Fall geht es um eine Berichterstattung der „Bild“-Zeitung in ihrem Frankfurter Teil, in derselben Woche. Bisher hatte jedes Amt der Stadt Frankfurt einen eigenen Personalrat. Der CDU-OB Wallmann will die Zahl der Personalräte von bisher 64 auf 19 reduzieren, vor allem aber nur einen zentralen Personalrat haben.

Vielleicht hofft er, ihn so stärker unter Kontrolle halten zu können. Es fand auf Aufruf des Personalrates eine Personalversammlung statt, an der 12000 Beschäftigte der Stadt Frankfurt teilnahmen. Überschrift der „Bild“-Zeitung: „Ämter dicht. Für Frau Spitzer keinen Paß, für Herrn Rochdi kein Auto – und für alle keine Knollen.“ Grundtenor des Artikels: Die Beschäftigten der Stadt haben sich einen faulen Lenz gemacht. Ein Bild auf derselben Seite zeigt Müllmänner, die Mittag gemacht haben in einer daneben liegenden Wirtschaft, mit der Unterschrift: „Als Wallmann sprach, feierten die Männer der Müllabfuhr im ‚Bräustübl‘ nebenan den ‚dienstfreien Tag‘.“ Das recherchierte Ergebnis: „Tatsache war gewesen, daß die Müllmänner ihre ganz normale Schicht gefahren haben, daß sie sogar morgens früher angefangen haben, weil Müllabfuhr gehört ja zu den Pflichtdiensten, um überhaupt zu dieser Personalversammlung zu kommen. Daß sie, bevor sie zur zweiten Schicht gefahren sind, eine verspätete Mittagspause eingelegt haben. Und dann nach der Versammlung mit der zweiten Schicht ihre gesamte Arbeit verrichtet haben.“

Ging es der „Bild“-Zeitung in diesen beiden Fällen ganz offensichtlich darum, die jeweils Betroffenen abzuspalten von der Masse der Arbeiter, Angestellten, einen Widerspruch zwischen deren und ihren Interessen zu erzeugen unter Verdrehung der Tatsachen, so ging es bei einem weiteren Beispiel, das mir die zwei, mit denen ich gesprochen habe, nannten, vor allem um Schürung des Hasses gegen Ausländer, verbunden mit einem Schuß Sex in Form von schlüpfrigen Angaben über eine mittlerweile schon zwei Jahre zurückliegende Vergewaltigung. Juristisch ist gegen derlei Übertreibung nichts zu machen und einer der beiden weist bei der Gelegenheit darauf hin: Die „Bild“-Zeitung ist vorsichtiger geworden. Sie gibt nicht mehr so häufig die vollen Namen an, sondern nur noch Heinz F., und auch nicht mehr die genaue Stadt. Zwar wissen in der Umgebung des Betroffenen die meisten dennoch, daß er gemeint ist, aber juristischer Zugriff ist schwieriger.

Eine Ausstellung wird vorbereitet

Die Inhalte, die die „Bild“-Zeitung damit transportieren will, sind dennoch untergebracht. Zwar geht „Bild“ im wörtlichen Sinn über Leichen (es gibt mehrere Beispiele von Menschen, die nach besonders üblen Verleumdungen durch „Bild“ Selbstmord begangen haben), in erster Linie geht es aber doch um die Verbreitung einer reaktionären, manchmal ans faschistische grenzenden Ideologie. Da lassen sich „Zugeständnisse“ in der Glaubwürdigkeit durch Verzicht auf vollen Namen schon verkraften, wenn anders sogar juristisch die Glaubwürdigkeit untergraben werden kann.

Die Ausstellung soll, wie gesagt, auch innerhalb der Gewerkschaft gezeigt werden. Das Echo auf eine Anfrage ist bisher unterschiedlich. Als einzige hat die ÖTV offiziell geantwortet. Sie hat geschrieben „daß sie zwar weiterhin unsere Initiative unterstützen will, daß sie jedoch der Meinung sei, daß entsprechende Veranstaltungen jeweils über den DGB zu planen sind und außerdem sie nicht in der Lage sei, unserer Arbeit eine eigene Veranstaltung zu widmen; sondern es müsse immer eine Veranstaltung sein, in der auch andere Themen verhandelt werden“, so berichtet eines der Mitglieder der Initiative. (3)

„Bild“ als Massenmedium

4,8 Millionen beträgt die Auflage der „Bild“-Zeitung, sie ist damit die größte Tageszeitung der BRD. Und nach Umfragen lesen etwa 10,5 Mio. Menschen in der BRD regelmäßig oder häufig „Bild“. Weshalb sie soviel gelesen wird, dafür gibt es manche Gründe. Ein wesentlicher ist sicher, daß der Inhalt rasch erfaßt wird, oft reicht bei einem Artikel die Überschrift, um zu wissen, was er enthält. Dabei ist sie so ungeordnet, daß zwar viele Ereignisse in der Zeitung enthalten sind, sie sich aber keinesfalls zu einem Gesamtbild formen. Sie eignet sich daher auch zum Lesen in der Arbeitspause, während dem Mittagessen in der Kantine oder in der Straßenbahn. Eine Berliner „Gegen-Bild-Initiative“ will z.B. darauf eingehen. Eine Ausstellung soll weniger über bestimmte Fälle berichten, sondern den Arbeitsablauf eines Arbeiters und warum er einfach gezwungen ist, von seinem Arbeitsablauf her, die „Bild“-Zeitung zu lesen.



gen durch „Bild“ Selbstmord begangen haben), in erster Linie geht es aber

ist, von seinem Arbeitsablauf her, die „Bild“-Zeitung zu lesen.



doch um die Verbreitung einer reaktionären, manchmal ans faschistische grenzenden Ideologie. Da lassen sich „Zugeständnisse“ in der Glaubwürdigkeit durch Verzicht auf vollen Namen schon verkraften, wenn anders sogar juristisch die Glaubwürdigkeit untergraben werden kann.

Über die Recherchen in einzelnen Fällen hinaus aber bereitet die Initiative gegenwärtig z.B. eine Ausstellung vor, mit der sie vor Betriebe, vor allem aber zu Gewerkschaften und auf Veranstaltungen von ihnen will, wie auch an Schulen. Schwerpunkte dieser Ausstellung sollen sein: Die Behandlung der Frauen in der Bildzeitung, gewerkschaftsfeindliche Berichterstattung und schließlich Ausländerfeindlichkeit. Auf meine Nachfrage, daß gerade letzteres ja reichlich Ansatzpunkte für Hetze seitens der „Bild“-Zeitung, aber auch zu Enthüllungen über die Absicht von „Bild“ liefert, gerade in einer Stadt mit so hohem Ausländeranteil wie in Frankfurt, in manchen Stadtteilen über 25%, meinen sie, es reicht, hier die Artikel nur zusammenzustellen. Sie geben aber auch ein Beispiel, wie selbst die Sportberichterstattung zur Ausländerhetze benutzt wird.

Das ist eine Seite, eine andere ist, daß die „Bild“-Zeitung Probleme des Arbeiters, der Jugendlichen etc. aufgreift, sie aber in der Regel überspitzt, vor allem verdreht und als Einzelschicksale behandelt.

Sei es die „Lehrstellenaktion“ von „Bild“-Hannover, die Wallraff in seinem Buch „Der Aufmacher ...“ (2)

Das ist eine Seite, eine andere ist, daß die „Bild“-Zeitung Probleme des Arbeiters, der Jugendlichen etc. aufgreift, sie aber in der Regel überspitzt, vor allem verdreht und als Einzelschicksale behandelt.

Sei es die „Lehrstellenaktion“ von „Bild“-Hannover, die Wallraff in seinem Buch „Der Aufmacher ...“ (2)

beschreibt, deren Ergebnis als „1000 neue Lehrstellen“ erscheint, wo es in Wirklichkeit nur wenig neue, oft schon lange zugesagte Lehrstellen sind. Aber wer weiß das schon, daß hier Kuhhandel betrieben wird? Sei es die Rubrik „Bild kämpft für Sie“, und wer erfährt jemals davon, wie die Zuschriften hierzu ausgeschlachtet werden? Es geht bis hin zu den Prominenten, deren Kinder und später deren Freunde vorgestellt werden. Das moderne Märchen, jeder kann es zu etwas bringen, schimmert dort an allen Ecken und Enden durch. Wie auch in jenem in einer langen Reihe von Folgen erschienen Roman „Die blaue Lagune“.

Jeder Arbeiter, der die „Bild“-Zeitung kauft, weiß, daß sie nicht objektiv berichtet. Er weiß es aus seinen eigenen Erfahrungen, und er kann feststellen, daß über die Streikkämpfe der Metallarbeiter gehetzt wird. Schon alleine wenn er die Fernsehnachrichten abends ansieht. Aber wer kann sich einfach freimachen von der Hetze, davon, daß das tote Telefon beim Postarbeiterstreik eine Wirkung hinterläßt, etwa die Sorge, ob es nicht tatsächlich einen selber trifft. Oder auch bei den Hausbesetzungen, bei Nürnberg? Zumindest ein Großteil derer, die die „Bild“-Zeitung lesen (die im übrigen eben häufig auch die SPD wählen, obwohl die „Bild“-Zeitung eindeutig Propaganda für die CDU macht) gehen davon aus, daß die Antworten auf die aufgeworfenen Fragen reaktionär sind. Über die Inhalte der „Bild“-Zeitung gibt es verschiedene Untersuchungen. Sie wurden zum Teil von Gewerkschaften, vor allem auch von der IG Metall initiiert und gefördert, so die Untersuchung von E. Küchenhoff über die Berichterstattung der „Bild“-Zeitung zu den Streiks 1963 und 1969, zu Wohnproblemen; dann die Serie in der „Metall“ ab November 1979. Sie wurden zum Teil während und nach dem Aufschwung der demokratischen Kämpfe, vor allem auch der Studentenbewegung, Ende der 60er Jahre, gegen die die Springer-Presse eine heftige Hetze entfaltete, geleistet. Damals wurden nicht nur Enthüllungskampagnen gegen die Springer-Presse geführt, sondern, nachdem Benno Ohnesorg erschossen und Rudi Dutschke lebensgefährlich verletzt wurde, wobei die Beeinflussung durch die „Bild“-Zeitung eine große Rolle spielte, sogar die Auslieferung blockierten. Es sieht so aus, als entfalte sich gegenwärtig erneut eine Kampagne gegen die „Bild“-Zeitung, nicht alleine durch die Enthüllungen von G. Wallraff ausgelöst, aber doch dadurch mitbestimmt.

Die Enthüllung einzelner Fälle, in denen die „Bild“-Zeitung lügt, sich verbrecherisch Material besorgt etc., wie es hauptsächlich durch die „Gegen-Bild-Initiative“' betrieben wird, ist sicher ein nützliches Mittel, um der Propaganda der „Bild“-Zeitung entgegenzutreten. Man sollte dabei nicht stehen bleiben. So wie es eben in dem oben schon geschilderten Fall der Personalversammlung in Frankfurt auch darauf ankommt, herauszuarbeiten, daß selbst wenn die Müllabfuhr die Tonnen nicht geleert hätte, dieses Interesse eines Teils der Arbeiterklasse zu unterstützen wäre. Also die gemeinsamen Klasseninteressen herauszuarbeiten. Die „Bild“-Zeitung leugnet diese Klasseninteressen, ihre Ideologie geht von der „formierten Gesellschaft“, nahe dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ im Faschismus, aus.

Bleibt noch zu erwähnen, daß Wallraff am 20. Januar vor dem Bundesgerichtshof gegen den Springer-Verlag gewonnen hatte. Der Springer-Verlag wollte ihm einen Teil der Enthüllungen, die er in seinem ersten Buch aus seinen Erfahrungen während der 4 Monate bei der „Bild“-Zeitung 1977 gemacht hatte, gerichtlich untersagen lassen und hatte in den ersten Instanzen auch jeweils gewonnen. „Zwar hob das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung hervor, daß ein Unternehmer von seinen Mitarbeitern prinzipiell

lungen von G. Wallraff ausgelöst, aber doch dadurch mitbestimmt.

Die Enthüllung einzelner Fälle, in denen die „Bild“-Zeitung lügt, sich verbrecherisch Material besorgt etc., wie es hauptsächlich durch die „Gegen-Bild-Initiative“' betrieben wird, ist sicher ein nützliches Mittel, um der Propaganda der „Bild“-Zeitung entgegenzutreten. Man sollte dabei nicht stehen bleiben. So wie es eben in dem oben schon geschilderten Fall der Personalversammlung in Frankfurt auch darauf ankommt, herauszuarbeiten, daß selbst wenn die Müllabfuhr die Tonnen nicht geleert hätte, dieses Interesse eines Teils der Arbeiterklasse zu unterstützen wäre. Also die gemeinsamen Klasseninteressen herauszuarbeiten. Die „Bild“-Zeitung leugnet diese Klasseninteressen, ihre Ideologie geht von der „formierten Gesellschaft“, nahe dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ im Faschismus, aus.

Bleibt noch zu erwähnen, daß Wallraff am 20. Januar vor dem Bundesgerichtshof gegen den Springer-Verlag gewonnen hatte. Der Springer-Verlag wollte ihm einen Teil der Enthüllungen, die er in seinem ersten Buch aus seinen Erfahrungen während der 4 Monate bei der „Bild“-Zeitung 1977 gemacht hatte, gerichtlich untersagen lassen und hatte in den ersten Instanzen auch jeweils gewonnen. „Zwar hob das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung hervor, daß ein Unternehmer von seinen Mitarbeitern prinzipiell

Loyalität und Verschwiegenheit auch nach ihrem Ausscheiden erwarten könne, diese Pflicht zur Verschwiegenheit sei aber dann eingeschränkt, wenn wichtige Interessen der Allgemeinheit eine öffentliche Diskussion forderten. Die beanstandete Veröffentlichung befasse sich mit derartigen gewichtigen Mißständen; ‚sie zeige Fehlentwicklungen eines Journalismus auf, an deren Erörterung die Allgemeinheit wegen der einschneidenden Folgen von Meinungsmanipulationen in hohem Maße interessiert sein müsse‘, so ein Zitat aus der Presseverlautbarung des BGH.“ („Frankfurter Rundschau“, 21.1.)

(1) Günter Wallraff: Zeugen der Anklage. Die „Bild“-Beschreibung wird fortgesetzt, Köln 1979
(2) Günter Wallraff: Der Aufmacher. Der Mann der bei „Bild“ Hans Esser war, Köln 1977
(3) Sie bitten mich, ihre Konto-Nr. zu veröffentlichen: Peter Schmid, c/o Club Voltaire, Postscheckkonto Frankfurt 396168 – 602